

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

63. Jahrgang · 1–3/2013 · 31. Dezember 2012



Deutschland und Frankreich

Ulrich Pfeil

Zur Bedeutung des Élysée-Vertrags

Clemens Klinemann

„Eiserner Kanzler“ und „Grande Nation“

Corine Defrance

Die Meistererzählung von der „Versöhnung“

Wolfram Hilz

Von „Merkozy“ zu „Merkollande“?

Daniela Schwarzer

Deutschland und Frankreich und die Krise im Euro-Raum

Claire Demesmay

Hat der deutsch-französische Bilateralismus Zukunft?

Gregory Dufour

Grenzüberschreitende Kooperation am Beispiel Lothringen

Ansbert Baumann

Ein kritischer Zwischenruf zur Kulturpolitik

Beilage zur Wochenzeitung **Das Parlament**

Editorial

Vor 50 Jahren, am 22. Januar 1963, unterzeichneten Konrad Adenauer und Charles de Gaulle in Paris den Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit. Der Élysée-Vertrag markiert den offiziellen Beginn der deutsch-französischen Freundschaft, die seither Jahr für Jahr am Unterzeichnungstag feierlich bekräftigt wird. Zwar verkennt dies, dass es schon vor 1963 insbesondere auf zivilgesellschaftlicher Ebene zahlreiche freundschaftliche Annäherungen zwischen beiden Ländern gab, aber als „Erinnerungsort“ bietet das Datum immer wieder Anlass innezuhalten und sich der Partnerschaft zu vergewissern.

Der Erfolg dieser Partnerschaft wird schon lange nicht mehr allein an den bilateralen Beziehungen gemessen, sondern vor allem auch daran, inwiefern Deutschland und Frankreich gemeinsam imstande sind, die europäische Integration als „Motor“ voranzutreiben. Gerade in Krisenzeiten, in denen rasches, kohärentes Handeln auf europäischer Ebene gefragt ist, sind ein funktionierender Dialog und eine enge Abstimmung zwischen Paris und Berlin unerlässlich. Der Grat, den die jeweiligen Staatschefs dabei zu beschreiten haben, ist schmal: Gelingt es nicht, die anderen europäischen Partner „mitzunehmen“, ist rasch von einem „deutsch-französischen Diktat“ die Rede.

So berechtigt es ist, die überaus positive Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg zu würdigen, so wichtig ist es, die Freundschaft stets aufs Neue mit Leben zu füllen – etwa durch das Erlernen der jeweils anderen Sprache. Denn die Selbstverständlichkeit, die dem Bündnis zwischen Deutschland und Frankreich inzwischen anhaftet, birgt ebenso wie die symbolträchtige Überhöhung der einstigen „Erbfeinde“ zu „Erbfreunden“ die Gefahr, dass eine schleichende Entfremdung möglicherweise gar nicht mehr bemerkt würde.

Johannes Piepenbrink

Zur Bedeutung des Élysée-Vertrags

Der Élysée-Vertrag vom 22. Januar 1963 ist in den nationalen, bilateralen und multilateralen Kontexten der deutsch-französi-

Ulrich Pfeil

Dr. phil., geb. 1966; Professor für Deutschlandstudien an der Universität de Lorraine, Metz, CEGIL – UFR Lettres et Langues, Île du Saulcy, 57045 Metz cedex 1/Frankreich. upfeil@orange.fr

schischen Beziehungen nach 1945 zu sehen,¹ die gleich nach Kriegsende auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene wieder aufgenommen wurden. Erst die Vorarbeit ermöglichte den bilateralen Abschluss, dessen in vielerlei Hinsicht improvisiertes und übereiltes Zustandekommen auch zu seiner Vorgeschichte gehört.² Der Vertrag war in erster Linie das Ergebnis einer allmählichen Annäherung zweier Männer, zu deren Lebenszielen die deutsch-französische Aussöhnung zählte und die sich nach dem Scheitern von multilateralen europäischen Plänen für den Bilateralismus entschieden. So wurde der Élysée-Vertrag zwar zu einem symbolischen Ereignis, doch barg er bereits die Keime für sein kurzfristiges Scheitern, das in der Präambel des Bundestages, in dem sich beschleunigenden Autoritätsverlust Konrad Adenauers und den Spannungen zwischen Ludwig Erhard und Charles de Gaulle zum Ausdruck kam.³

Auf dem Weg zum Vertrag

Wer sich heute mit der Geschichte des Élysée-Vertrags beschäftigt, steht zum einen vor der Frage, ob dieser als Wendepunkt der bilateralen Beziehungen und Beginn einer deutsch-französischen Erfolgsgeschichte zu verstehen ist. Zum anderen stößt er schnell auf das Paradox, dass am Beginn seiner Wirkungsgeschichte ein kapitaler Fehlstart stand und viele Zeitgenossen ihn schon auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen hatten, dass dieser halbtote Vertrag aber schließlich reanimiert, nach 20 Jahren eine dauerhafte Kraft entfalten und heute zum Symbol beziehungswei-

se Erinnerungsort der deutsch-französischen „Aussöhnung“ werden konnte.⁴ Doch beschäftigen wir uns zunächst mit dem anfänglichen Scherbenhaufen und der damit zusammenhängenden Frage, warum sich Adenauer für einen exklusiven deutsch-französischen Zweibund entschied und für eine Vertragsform optierte, obwohl im Vorfeld immer nur von einem gemeinsamen (risikoloserem) Protokoll gesprochen wurde.

Das Eintreten für die deutsch-französische Aussöhnung lässt sich bei Adenauer bereits in die 1920er Jahre datieren, als er in seiner Funktion als Kölner Oberbürgermeister auch mentale Brücken über den Rhein zu bauen versuchte. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm er dieses Vorhaben wieder auf und bezeichnete die Annäherung zwischen den beiden „Erbfeinden“ als eines seiner wichtigsten Ziele als Bundeskanzler.⁵ Durch Adenauers Vorschläge sah sich nicht zuletzt der französische Außenminister Robert Schuman ermutigt, so dass er im Mai 1950 den nach ihm benannten Plan vorlegte, der eine wichtige Etappe der europäischen Integration und des deutsch-französischen Annäherungsprozesses darstellte.⁶ Der Ost-West-Konflikt tat in dieser Phase sein Übriges, so dass sich nicht nur Frankreich und die Bundesrepublik näher kamen, sondern die „Bonner Republik“ rascher als von vielen erwartet in die westlichen Bündnisstrukturen integriert wurde.

¹ Vgl. Corine Defrance/Ulrich Pfeil (Hrsg.), *Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen 1945–1963–2003*, München 2005; dies. (éds.), *La France, l'Allemagne et le traité de l'Élysée, 1963–2013*, Paris 2012.

² Vgl. Gilbert Ziebura, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*, Stuttgart 1997; Horst Möller/Klaus Hildebrand (Hrsg.), *Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949–1963*, 4 Bde., München 1997, 1999; Ulrich Lappenküper, *Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963*, München 2001; Corine Defrance/Ulrich Pfeil, *Deutsch-Französische Geschichte*, Bd. 10: *Eine Nachkriegsgeschichte in Europa 1945–1963*, Darmstadt 2011.

³ Vgl. Hélène Miard-Delacroix, *Réflexions sur la figure des couples franco-allemands de 1963 à nos jours*, in: *Allemagne d'Aujourd'hui*, (2012) 201, S. 19–27.

⁴ Siehe hierzu auch den Beitrag von Corine Defrance in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

⁵ Vgl. Klaus Schwabe (Hrsg.), *Konrad Adenauer und Frankreich 1949–1963*, Bonn 2005.

⁶ Vgl. Andreas Wilkens (éd.), *Le Plan Schuman dans l'histoire*, Bruxelles 2004.

Vertrauensvolle Beziehungen unterhielt der Kanzler in den 1950er Jahren auch zu den französischen Staatsmännern Pierre Mendès France und Guy Mollet, so dass bereits wichtige Grundlagen für eine deutsch-französische Kooperation gelegt waren, als Charles de Gaulle im Jahre 1958 in Frankreich wieder die Macht übernahm.⁷ Adenauer begegnete ihm anfänglich mit Misstrauen und fürchtete ein Wiederaufleben einer französisch-russischen Allianz, war der General in der unmittelbaren Nachkriegszeit doch nicht unbedingt für deutschlandfreundliche Positionen bekannt gewesen. Zudem galt er mit seiner Idee vom „Europa der Vaterländer“ als Gegner supranationaler Strukturen. Eine privilegierte deutsch-französische Kooperation stand daher 1958 noch nicht auf der Tagesordnung, doch änderte sich dies, als Frankreich anders als etwa die USA während der Berlin-Krise beziehungsweise beim Mauerbau fest an der Seite Bonns stand und gegenüber den sowjetischen Erpressungsversuchen keine Bereitschaft zu einem Nachgeben signalisierte, was Adenauer de Gaulle hoch anrechnete.

Zwar entstanden neue Spannungen, als der General seine Europa-Ideen („Vom Atlantik bis zum Ural“) präsentierte und Europa zu einer eigenständigen Macht zwischen den Blöcken machen wollte, doch gelang es ihm schließlich bei dem Treffen in Rambouillet Ende Juni 1960, die Befürchtungen des Bundeskanzlers zu mindern. De Gaulle sprach sich in den Gesprächen für eine politische Union Europas und eine deutsch-französische Achse aus, was bei Adenauer schon deshalb auf offene Ohren stieß, weil seine Beziehungen zu dem schwankenden US-Präsidenten John F. Kennedy nach der Verkündung der „McNamara-Doktrin“ in eine schwere Krise gerieten. Die von Washington proklamierte *Flexible-response*-Strategie wurde vom Kanzler als Einschränkung der amerikanischen Sicherheitsgarantie für Europa interpretiert.⁸ Diese Spannungen wusste Frankreich für seine Zwecke zu nutzen und unterbreitete der Bundesrepublik nach dem Scheitern der „Fouchet-Pläne“ (Projekt

einer europäischen politischen Union) am 19. September 1962 ein Memorandum, in dem vorgeschlagen wurde, die Form der künftigen „organischen und regelmäßigen Kooperation“ in einem Protokoll niederzulegen. Adenauer wollte noch weitergehen, um seine Nachfolger zu binden, und schlug Anfang November eine inhaltliche Erweiterung der gegenseitigen Konsultationen vor. Von einem Vertrag war zu diesem Zeitpunkt noch nicht die Rede, doch die spannungsreichen internationalen Beziehungen und die Kontroversen zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ in der eigenen Partei verstärkten seinen Willen, die deutsch-französische Abmachung unter Dach und Fach zu bringen. In letzter Minute entschlossen sich beide Seiten schließlich zu einem Vertrag, der am 22. Januar 1963 im Élysée-Palast unterzeichnet wurde.

Was der Vertrag regelte

Dem Vertrag ging eine Erklärung voraus, in der beide Seiten festlegten, dass die Aussöhnung zwischen dem deutschen und französischen Volk ein „historisches Ereignis“ darstelle und „das Verhältnis der beiden Länder zueinander von Grund auf neu gestalte“. Ein besonderer Platz wurde der Jugend beider Länder eingeräumt, der „eine entscheidende Rolle bei der Festigung der deutsch-französischen Freundschaft“ zukomme. Gleichzeitig wurde betont, dass die bilaterale Kooperation ein unerlässlicher Schritt zum vereinigten Europa sei.

In dem mit „Organisation“ überschriebenen ersten Teil des Vertrags wurde ein Konsultationskalender fixiert, der unabhängig von den politischen Notwendigkeiten regelmäßige Treffen vorsah: die Staats- und Regierungschefs mindestens zweimal jährlich, die Außen- und Verteidigungsminister sowie die für Erziehungs- und Kulturfragen zuständigen Minister mindestens alle drei Monate und der Bundesminister für Familien- und Jugendfragen sowie sein französischer Kollege sogar alle zwei Monate. Schließlich waren interministerielle Kommissionen auf beiden Seiten vorgesehen, welche die Aktivitäten zwischen beiden Ländern koordinieren und darüber Bericht erstatten sollten.

Dieser organisatorische Rahmen wurde im Programmteil des Vertrags (II.) prä-

⁷ Vgl. Knut Linsel, Charles de Gaulle und Deutschland (1914–1969), Sigmaringen 1998.

⁸ Vgl. Eckart Conze, Die gaullistische Herausforderung. Deutsch-französische Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik, München 1995.

zisiert. Erstens sollte es auf dem Feld der *Außenpolitik* (II. A.) vor jeder wichtigen Entscheidung, insbesondere bei Fragen gemeinsamen Interesses, zu Konsultationen kommen, die den Zweck verfolgten, „so weit wie möglich zu einer gleichgerichteten Handlung zu gelangen“. Zweitens wurden konkrete Zielsetzungen im *Verteidigungsbereich* formuliert (II. B.): „Auf dem Gebiet der Strategie und der Taktik bemühen sich die zuständigen Stellen beider Länder, ihre Auffassungen einander anzunähern, um zu gemeinsamen Konzeptionen zu gelangen.“ Dieser Passus bedeutete nichts anderes als die Ausarbeitung eines gemeinsamen Verteidigungsplans, zu dessen Zweck deutsch-französische Institute für operative Forschung errichtet und der Personalaustausch zwischen den Streitkräften verstärkt werden sollten. Drittens wurde die Kooperation auf dem Gebiet der „*Erziehungs- und Jugendfragen*“ (II. C.) fixiert: Neben der Intensivierung des Unterrichts in der Partnersprache sah der Vertrag eine Regelung in der Frage der Gleichwertigkeit der Diplome sowie einen Ausbau der wissenschaftlichen Beziehungen vor.⁹ Wie bereits in der einleitenden Erklärung wird dem Jugendaustausch besondere Bedeutung zugeschrieben, „um die Bande (...) enger zu gestalten und ihr Verständnis füreinander zu vertiefen“. Zu diesem Zweck wurde die Einrichtung des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) beschlossen, das schließlich am 5. Juli 1963 gegründet wurde.¹⁰

Was der Vertrag nicht regelte

Auch wenn die wirtschaftliche Kooperation keine Aufnahme in den Élysée-Vertrag fand, war sie im Vorfeld nie ganz abwesend, sondern wurde stets im Rahmen der außenpolitischen Fragen diskutiert. Gleichzeitig war es aber auch kein Zufall, dass sie keinen Eingang

⁹ Vgl. Ansbert Baumann, *Begegnung der Völker? Der Élysée-Vertrag und die Bundesrepublik Deutschland, Deutsch-französische Kulturpolitik von 1963 bis 1969*, Frankfurt/M. 2003.

¹⁰ Vgl. Hans Manfred Bock (Hrsg.), *Deutsch-französische Begegnung und europäischer Bürgersinn. Studien zum Deutsch-Französischen Jugendwerk 1963–2003*, Opladen 2003; ders./Corine Defrance/Gilbert Krebs/Ulrich Pfeil (éds.), *Les jeunes dans les relations transnationales. L'Office franco-allemand pour la jeunesse 1963–2008*, Paris 2008.

in den Vertrag fand, denn auch in wirtschaftlichen Fragen prallten die unterschiedlichen Grundpositionen beider Länder aufeinander: Während der Bundeskanzler die bestehenden Institutionen nicht infrage stellte, versuchte der General stets, die supranationalen durch zwischenstaatliche Strukturen zu ersetzen. Dass die Wirtschaft im Jahre 1963 schließlich ausgeklammert blieb, muss daher als ein neutraler Akt gegenüber der Europäischen Gemeinschaft verstanden werden. Zudem bestand bereits seit Mitte der 1950er Jahre ein dichtes Netz institutionalisierter bilateraler und multilateraler Kontakte, das auch politische Krisen unbeschadet überstand. So hatte die Wirtschaft selbst nur wenig Interesse an einer Einbeziehung in das Vertragswerk, das für sie in erster Linie ein politischer und symbolischer Akt war.¹¹

Obleich es üblich ist, in Bezug auf den Abschnitt II. C. von dem kulturellen Teil des Élysée-Vertrags zu sprechen, muss festgehalten werden, dass das Wort „Kultur“ im Vertragstext nicht vorkommt.¹² Dies mag erstaunen, denn zwischen 1945 und 1963 hatte sich der Staat nie aus den kulturellen Beziehungen herausgehalten. Bereits in den unmittelbaren Nachkriegsjahren führte die französische Besatzungsmacht eine Kulturpolitik, die einen der konstruktivsten und am nachhaltigsten wirkenden Aspekte der französischen Deutschlandpolitik dieser Phase darstellte. Auch in den 1950er Jahren maßen die Regierungen beider Länder den soziokulturellen Austauschbeziehungen einen hohen Stellenwert zu, wie unter anderem im Abschluss des deutsch-französischen Kulturabkommens vom 23. Oktober 1954 zum Ausdruck kam.¹³

¹¹ Vgl. Andreas Wilkens, *Warum ist die Wirtschaft nicht Gegenstand des Élysée-Vertrages?*, in: C. Defrance/U. Pfeil (Anm. 1), S. 169–181; Werner Bühner, *Wirtschaftliche Akteure und die deutsch-französische Zusammenarbeit*, in: ebd., S. 183–195.

¹² Vgl. Corine Defrance, *Sozio-kulturelle Beziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland nach 1945*, in: Wolfgang Bergsdorf et al. (Hrsg.), *Erbfreunde. Deutschland und Frankreich im 21. Jahrhundert*, Weimar 2007, S. 7–24; dies., *Aus Feinden werden Freunde. Frankreich und Deutschland nach 1945*, in: Franz J. Felten (Hrsg.), *Frankreich am Rhein*, Stuttgart 2009, S. 217–233.

¹³ Vgl. Ulrich Lappenküper, *Sprachlose Freundschaft? Zur Genese des Deutsch-französischen Kulturabkommens vom 23. Oktober 1954*, in: *Lendemain*, 21 (1996) 84, S. 67–82.

Obleich in den folgenden Jahren viele Probleme ungelöst blieben, lässt sich trotzdem von einem originellen und lebendigen Zeitabschnitt sprechen,¹⁴ in dem sich durch den intensivierten Erfahrungsaustausch zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Repräsentanten in den deutsch-französischen Kulturbeziehungen eine neuartige Konzeption transnationaler Kommunikation entwickelte, die ihren Niederschlag im Élysée-Vertrag fand (II. C1+2) und das Fundament für die funktionale Verbindung zwischen privaten Initiativen und staatlicher Repräsentanz im Gründungsdokument für das DFJW darstellte. Der eigentliche Grund für diese „Leerstelle“ ist daher eher in den Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem französischen Außenministerium und dem neu geschaffenen Kulturministerium zu suchen, welches der Quai d’Orsay aus den bilateralen Beratungen mit der Bundesrepublik heraushalten wollte. In der Frage der Kulturhoheit der Länder behalf sich die deutsche Seite mit der Schaffung eines „Kulturbevollmächtigten“, der seit jener Zeit stets von einem Ministerpräsidenten eines Bundeslandes gestellt wird und in kulturellen Fragen der Verhandlungspartner der französischen Seite ist.

Deutsch-französische Erfolgsgeschichte?

Die Analyse des Vertragstextes zeigt nicht nur, dass Papier geduldig ist, sondern deutet in erster Linie auf die grundlegenden Ambivalenzen in den bilateralen Beziehungen hin: Adenauer verfolgte das Ziel, die deutsch-französische Versöhnung und deren dauerhafte Verankerung voranzutreiben. De Gaulle teilte diese versöhnende und verbindende Absicht, doch ging es ihm vor allem um die Emanzipation Europas von den USA. Dieses Missverständnis fand ihren Ausdruck in der Präambel, die der Deutsche Bundestag bei der Ratifizierung am 15. Juni 1963 dem Vertragswerk voranstellte. Sie bekräftigte die engen politischen, wirtschaftlichen und verteidigungspolitischen Beziehungen mit den USA, Großbritannien und der NATO und korrigierte damit den von Adenauer und de Gaulle eingeschlagenen Weg auf einschneidende Weise.

¹⁴ Vgl. Corine Defrance/Michael Kißener/Pia Nordblom (Hrsg.), *Wege der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen nach 1945*, Tübingen 2010.

Dass die bundesdeutschen Parteien derart ablehnend auf die Vertragsunterzeichnung reagierten, lag in erster Linie am allgemeinen Eindruck, dass der französische Präsident Adenauer auf einen Weg mitgenommen habe, der die bisherigen Säulen bundesdeutschen Selbstverständnisses infrage stellte: die (supranationale) europäische Integration und die transatlantische Bindung. Die Unionsparteien zerfielen zwischenzeitlich in zwei Lager, auf der einen Seite die „Gaullisten“, zu denen neben Adenauer auch Franz Josef Strauß gehörte; auf der anderen Seite die „Atlantiker“ mit Ludwig Erhard und Gerhard Schröder an der Spitze, die eher eine privilegierte Beziehung mit den USA befürworteten. Die in dieser Etikettierung zum Ausdruck kommende Ausschließlichkeit entsprach jedoch nicht der Realität, denn weder sprachen sich die „Atlantiker“ gegen eine Vertiefung der westdeutsch-französischen Annäherung aus, noch dachten die „Gaullisten“ daran, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den USA zugunsten eines deutsch-französischen *rapprochement* zu suspendieren. Für keine der beiden Seiten stellte sich die Frage des Entweder-Oder, keiner wollte öffentlich de Gaulle und (aus innenpolitischen Gründen schon gar nicht) Adenauer brüskieren beziehungsweise desavouieren, doch verweigerten sie sich den vom französischen Präsidenten angestrebten strikt bilateralen Beziehungen.¹⁵

In den Augen de Gaulles war der Élysée-Vertrag damit seines Sinnes entleert, so dass der Präsident das Bild einer missratenen Hochzeitsnacht wählte, nach der er sich – so seine Worte – weiterhin jungfräulich fühle. Dass es so weit gekommen war, verantwortete der General jedoch in hohem Maße selber, denn seit seiner berühmten Pressekonferenz vom 14. Januar 1963, in der er sich gegen die Aufnahme der Briten in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ausgesprochen hatte, und dem Abbruch der Brüsseler Beitrittsgespräche, die der französische Außenminister Maurice Couve de Murville am 29. Januar bekanntgegeben hatte, läuteten sowohl in Washington wie auch bei allen Bonner Parteien die Alarmglocken.

¹⁵ Vgl. Reiner Marcowitz, *Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958 bis 1969*, München 1996.

Den USA, die nicht auf ihre transatlantische Führungsrolle verzichten wollten, war es damit durch subtilen Druck auf Bonn gelungen, dem Élysée-Vertrag seine antiamerikanischen Spitzen zu nehmen. Sie hatten sich durch die aufflammenden Diskussionen zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ innerhalb der CDU/CSU bestärkt gefühlt und es verstanden, die Entstehung eines geschlossenen deutsch-französischen Systems zu verhindern. Zum großen Verdruss de Gaulles konservierte die Präambel-Lösung die bipolare Weltordnung und machte es ihm unmöglich, die europäische Rolle und Dominanz der USA zu konterkarieren. Die hehren Ziele des Élysée-Vertrags lagen damit in weiter Ferne, und die deutsch-französischen Beziehungen blieben daher bis zum Ende der Ära de Gaulle von Spannungen geprägt.

Welch sensiblen Charakter die Präambel im Verhältnis zwischen Paris und Bonn auch noch zum fünften Jahrestag des Élysée-Vertrags im Jahre 1968 besaß, geht aus den Gesprächen zwischen Bundespresseamt und französischem Außenministerium im Vorfeld dieses ersten „runden“ Jubiläums hervor, aus dessen Anlass beide Seiten eine gemeinsame Veröffentlichung vorbereiteten. Der Quai d'Orsay lehnte es offenbar auf höhere Weisung ab, die Präambel in einem Dokumentensteil abzudrucken, so dass sich die bundesdeutsche Seite dafür aussprach, auf eine Publikation des Vertragswerkes in dieser Broschüre gänzlich zu verzichten. Auch in der operativen bundesdeutschen Außenpolitik glich es in diesen Jahren weiterhin einer Quadratur des Kreises, den angemessenen Abstand zu den beiden Partnern in dem auch weiterhin durch enge Wechselbeziehungen charakterisierten Dreieck Bundesrepublik–USA–Frankreich zu finden, wie die Diplomaten im Auswärtigen Amt 1967 feststellten: „Schwierigkeiten treten bei der Frage auf, wie eng und herzlich das deutsch-französische Verhältnis sein kann, ohne die amerikanischen Interessen in Europa zu gefährden.“¹⁶

Wenn das im Élysée-Vertrag formulierte Ziel einer „gleichgerichteten Haltung“ im außenpolitischen Handeln auch nie erreicht

¹⁶ Stellungnahme der Abteilung IA3 im AA „Betr.: Deutsch-amerikanische und deutsch-französische Beziehungen“, 30.3.1967; PA/AA, B 24, Bd. 607, Bl. 275.

werden konnte, so gelang es beiden Ländern doch, einen Schlussstrich unter eine unheilvolle Vergangenheit zu ziehen und die Grundlage für einen in die Zukunft weisenden Anfang zu schaffen. Zwar führte er zu keinem Kraftzentrum in der Mitte Europas, doch erwies er sich als lebensfähig und sorgte gerade ab den 1970er Jahren für eine kontinuierliche Arbeit am Projekt der deutsch-französischen Verständigung und Kooperation.¹⁷ Er hatte die Regierenden zu regelmäßigen Konsultationen verpflichtet, die zwar bisweilen von so eisiger Kälte geprägt waren, dass es den Übersetzern schwer fiel, das Schweigen des einen in die Sprache des anderen zu übertragen, doch ließ er den Kontakt nie abbrechen und zwang die Verantwortlichen, Resultate zu präsentieren, die in den 1960er Jahren jedoch eher bescheiden waren.¹⁸

Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit zeigt sich ebenfalls bei der deutsch-französischen Militärkooperation, der im Vertrag die Aufgabe übertragen worden war, eine Annäherung der jeweiligen Auffassungen auf dem Gebiet der militärischen Strategie und Taktik zu erreichen. Die unterschiedliche Ausrichtung der Verteidigungspolitik ließ die bilaterale Kooperation jedoch weit hinter den Erwartungen zurückbleiben. Bonn setzte auf die atlantische Karte und entschied sich ab Sommer 1963 für ein Einschwenken auf die amerikanische Nuklear- und Europapolitik. Zu keiner Zeit erachtete die Bundesregierung eine strategische deutsch-französische Kooperation als annehmbare Alternative und lehnte deshalb Angebote de Gaulles in diese Richtung ab. Nach dem Rückzug Frankreichs aus den integrierten Strukturen der NATO im Jahre 1966 und der Vernunftentscheidung Bonns für Washington befand sich die militärische Kooperation zwischen beiden Staaten damit endgültig in der Sackgasse. Erst in den 1980er Jahren ließ sich zwischen Paris und Bonn ein Neuanfang feststellen. Mit der Schaffung des Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats auf der Grundlage eines

¹⁷ Vgl. Hélène Miard-Delacroix, *Deutsch-Französische Geschichte*, Bd. 11: Im Zeichen der europäischen Einigung 1963 bis zur Gegenwart, Darmstadt 2011.

¹⁸ Der Abstimmung dienen seit Januar 2001 auch die sogenannten Blaesheim-Treffen, bei denen sich Kanzler und Staatspräsident informell und ohne feste Tagesordnung austauschen.

Ergänzungsprotokolls zum Élysée-Vertrag (22. Januar 1988) wurde ein wichtiger Meilenstein zur Verbesserung der Zusammenarbeit erreicht. Große Bedeutung kommt auch der Deutsch-Französischen Brigade zu, die am 1. Oktober 1993 dem Eurokorps unterstellt wurde und bis heute durch die Auslandseinsätze die Kontakte zwischen deutschen und französischen Soldaten fördert.

Auch die Bilanz in den Erziehungs- und Jugendfragen ist ambivalent. Wunschdenken und Realität klaffen nicht zuletzt deswegen häufig auseinander, weil auf bundesdeutscher Seite Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern zu Verzögerungen führen. Der Fremdsprachenunterricht bleibt ein neuralgischer Punkt, genauso wie das Problem der Studienäquivalenzen, das erst in den 1980er Jahren ansatzweise gelöst werden konnte. Während die unterschiedlichen Strukturen der beiden Bildungssysteme immer wieder hemmend wirkten, war nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags trotz alledem ein spürbarer Aufschwung in den wissenschaftlichen Beziehungen zu verzeichnen.

Eine weitere Verschränkung der beiden Wissenschaftslandschaften fördert seit 1999 die Deutsch-Französische Hochschule in Saarbrücken, die neben anderen bilateralen Forschungsaktivitäten vor allem auch die grenzüberschreitenden Promotionsverfahren (*co-tutelle*) und integrierten Studiengänge unterstützt, bei denen – durch den Studienaufenthalt – die Studienleistungen sowie die Studiendauer gleichwertig auf beide Hochschulen verteilt werden müssen, um am Ende einen doppelten Abschluss zu erhalten. So leistet sie einen wichtigen Beitrag bei dem Erwerb von transnationalen Fachkompetenzen und zur Mobilität der Studenten.¹⁹ Zur Erfolgsgeschichte des Élysée-Vertrags im Bereich des Jugendaustausches gehört in jedem

¹⁹ Vgl. Corine Defrance/Ulrich Pfeil, Das Projekt einer deutsch-französischen Hochschule seit 1963, in: ders. (Hrsg.), *Deutsch-französische Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen im 20. Jahrhundert*, München 2007, S. 309–337; dies., *L'Université franco-allemande: médiateur académique*, in: *Allemagne d'Aujourd'hui*, (2012) 201, S. 83–92; Jochen Hellmann, *Binationale Integrierte Studiengänge: Akademischer Mehrwert durch Bilingualität und Bikulturalität am Beispiel der Studiengänge der Deutsch-Französischen Hochschule*, in: *Fremdsprachen Lehren und Lernen*, 41 (2012) 2, S. 84–96.

Fall das DFJW, das seit seiner Gründung über 300 000 Austauschprogramme aufgelegt hat, an denen sich in den bald 50 Jahren seines Bestehens über acht Millionen Jugendliche beteiligten.

Abschließend bleibt die Frage nach der symbolischen Wirkung des Élysée-Vertrags. Nachdem bei seinen runden Geburtstagen in den 1960er und 1970er Jahren Routine dominierte und Enthusiasmus nur schwerlich nachzuweisen war, bildete sich erst in den 1980er Jahren eine Symbolik heraus. Von entscheidender Bedeutung ist hier die Rede von François Mitterrand vor dem Bundestag im Januar 1983 – seitdem wird der Tag der Vertragsunterzeichnung für die Bestätigung der bilateralen Kooperation, aber auch zur Mystifikation des deutsch-französischen „Paares“ benutzt. Seit 2003 wird der 22. Januar als „deutsch-französischer Tag“ begangen, der gerade in den Bildungseinrichtungen beider Länder zum Anlass genommen werden soll, um über die unterschiedlichen Aspekte der deutsch-französischen Freundschaft zu diskutieren. Auch im deutsch-französischen Jahr 2012/2013 steht wieder die Jugend im Mittelpunkt, wie der Festakt in Ludwigsburg im September 2012 dokumentiert – jener Ort, an dem Charles de Gaulle vor 50 Jahren seine Rede an die deutsche Jugend hielt. Merkel und Hollande wollten diese Gelegenheit nutzen, um angesichts der Finanzkrise die besondere Bedeutung von Paris und Berlin für die Zukunft Europas zu demonstrieren. An dieser Zielvorgabe wird das *couple franco-allemand* auch in Zukunft gemessen werden.²⁰

Der Blick zurück verdeutlicht beispielhaft, dass die Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen nach 1945 nicht ohne Weiteres als blütenweiße Erfolgsgeschichte verstanden werden kann, sondern sich durch ein permanentes Auf und Ab, Widersprüchlichkeiten und Paradoxien sowie Unvollkommenheiten auszeichnet. Mit diesen zu leben und sie gleichzeitig zu überwinden, wird entscheidend sein, damit auch der 100. Geburtstag des Élysée-Vertrags einmal gebührend begangen werden kann.

²⁰ Siehe hierzu auch den Beitrag von Wolfram Hilz in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

Clemens Klünemann

„Eiserner Kanzler“ und „Grande Nation“. Selbst- und Fremd- wahrnehmungen in den deutsch-französi- schen Beziehungen

An der Spitze der Zivilisation zu marschieren oder, deutlicher gesagt, diese mit der in Frankreich heimischen Gesittung gleichzusetzen, ist die bescheidenste Forderung der

Clemens Klünemann

Dr. phil., geb. 1962; Gymnasiallehrer und Lehrbeauftragter am Institut für Kulturmanagement der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg; Kirchgärten 13, 74626 Bretzfeld. puc.kluenemann@gmx.de

„Aus mehreren Gründen ist dieser Satz geradezu emblematisch für ein lange Zeit in Deutschland vorherrschendes Frankreich-Bild. Zum einen stammt er aus einem Buch, dessen Titel auf die Verdichtung eines zentralen deutschen Frankreich-Klischees anspielt, nämlich Friedrich Sieburgs „Gott in Frankreich?“, das 1929 erschien und keinesfalls frei war von Polemik, vor allem jedoch nicht von Stereotypen, die sich als überaus wirkmächtig erweisen sollten. Zum anderen spielt dieser Satz auf die bis weit ins 20. Jahrhundert die deutsch-französischen Beziehungen eher vergiftende als befruchtende Unterscheidung zwischen „Kultur“ und „Zivilisation“ an, die für Thomas Manns antifranzösische Polemik in seinen „Betrachtungen eines Unpolitischen“ ebenso konstitutiv war wie für die französische Selbstwahrnehmung, wie sie sich bei den großen Historikern des 19. Jahrhunderts wie Jules Michelet oder Ernest Renan artikuliert. Norbert Elias hat übrigens diese auf deutscher wie französischer Seite ähnlich gemachte, aber gegensätzlich bewertete Unterscheidung in seinem 1939 erschienenen Werk „Über den Prozeß der Zivilisation“ analysiert und stellte fest: „Aus einer vorwiegend sozialen wird eine vorwiegend nationale Antithese.“¹

Und schließlich ist es sein Autor, der den eingangs zitierten Satz zu einem wichtigen Puzzleteil der deutschen Frankreich-Wahrnehmung macht: Friedrich Sieburg ist eine der schillerndsten Gestalten im Labyrinth deutsch-französischer Verständigungen und Missverständnisse – vergleichbar wohl nur mit Ernst Jünger, dem es ebenso wie Sieburg gelang, trotz seines „Flirts“ mit dem Nationalsozialismus im entscheidenden Moment die Distanz zu wahren.

Mythos vom unveränderlichen Bild des Nachbarn

An Intellektuellen wie Friedrich Sieburg oder Ernst Jünger wird deutlich, welche Last der Geschichte auf den Selbst- und Fremdwahrnehmungen von Deutschen und Franzosen und auf ihrer leichtfertig zur „Erbfeindschaft“ stilisierten Beziehung liegt – einer Beziehung, die in den vergangenen 50 Jahren womöglich ebenso leichtfertig wie vorschnell zur „(Erb-)Freundschaft“ erklärt wurde.² Jedenfalls lohnt es sich, der Entwicklung dieser Beziehung weit vor dem Jahr 1963 (als Jahr des deutsch-französischen Vertrags) beziehungsweise vor 1945 nachzugehen: Das 19. Jahrhundert hat bezüglich der Definition des anderen als Feind zweifellos die gängigsten Stereotype hervorgebracht. Den wachen Geistern blieb der Klischeecharakter keineswegs verborgen: In seinem „Wörterbuch der Gemeinplätze“ (1850) kommentiert der Romancier Gustave Flaubert den Begriff „Deutsche“ wie folgt: „Volk von Träumern (alt)“. Interessanter noch als die Anspielung auf das durch Madame de Staël in ihrem Buch „De l'Allemagne“ (1813) geprägte Deutschland-Bild ist die Tatsache, dass man offensichtlich bereits zu Flauberts Zeiten einen gewissen Überdruß kannte an Bildern des Nachbarn, die sich längst als Klischees erwiesen hatten.

Die intensiven Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich und die Reflexion der Bilder des jeweiligen Nachbarn haben die Gefahr des Überdrußes ein halbes Jahrhundert nach dem Abschluss des Élysée-Vertrags keinesfalls gebannt: Anfang

¹ Norbert Elias, *Über den Prozeß der Zivilisation*, Bd. I, Frankfurt/M. 1994¹⁸, S. 38.

² Siehe hierzu auch den Beitrag von Corine Defrance in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

2012 äußerte der Historiker Pierre Nora in einem Interview, dass sich seines Erachtens Deutschland und Frankreich nach Jahren des kulturellen Austausches und der gegenseitigen Bereicherung voneinander entfernten, weil sie sich jenseits ihrer ökonomischen Beziehungen nichts mehr zu sagen hätten.¹³ Diese Feststellung ist um so erstaunlicher, ja beunruhigender, als es am Dialog zwischen beiden Ländern wahrlich nicht mangelt, weder im wissenschaftlich-künstlerischen noch im politischen Bereich und ganz zu schweigen von den vielfältigen individuellen Beziehungen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern beider Länder. Erinnert sei auch an zahlreiche erfolgreiche Klärungen von Missverständnissen.¹⁴

Neben der Analyse einiger eher schlichter, aber nichtsdestoweniger in der Vergangenheit wirkmächtiger Klischees¹⁵ bestanden und bestehen diese Bemühungen größtenteils in der Auseinandersetzung mit mehrdeutigen und nur schwer übersetzbaren Begriffen, die den Dialog sowie den Ideenaustausch erschweren und offensichtlich manches Missverständnis hervorbringen: Natürlich kann und muss man über deutsche Begriffe (und ihre französischen Pendanten) wie „Pazifismus“, „Nation(alismus)“, „Volk“, „Bildung“ oder „Natur(schutz)“ und ihre Konnotationen im jeweiligen Land nachdenken; Orientierung findet indes nur, wer sich vor Augen führt, dass neben Begriffen und Reflexionen die Bilder des jeweils anderen stehen und dass diese unter Umständen wirkmächtiger sind als Erstere. Solche erstarrten Bilder – gemeint sind beispielsweise diejenigen von Germania und Marianne, die zwar

¹³ „Heute scheint mir – und das ist gravierend und besorgniserregend – der Wille zur Abgrenzung beider Nationen stärker zu sein als der Wille zur Annäherung (...) Wenn Sie nichts zu exportieren haben, gibt es auch nichts auszutauschen.“ Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 17.2.2012.

¹⁴ Vgl. Jacques Leenhardt/Robert Picht (éds.), *Au jardin des malentendus. Le commerce franco-allemand des idées*, Arles–Paris 1997 (dt.: *Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21. Jahrhundert*, München 2002).

¹⁵ Hanna Milling nennt als Beispiele die drei folgenden Stereotype: „der deutsche Barbar“, „der deutsche Romantiker“, „der deutsche Spießbürger“. Vgl. Hanna Milling, *Das Fremde im Spiegel des Selbst. Deutschland seit dem Mauerfall aus Sicht französischer, italienischer und spanischer Deutschlandexperten*, Berlin 2010, S. 365 ff.

einem gewissen Wandel unterliegen, der das Verständnis aber nicht erleichtert¹⁶ – existieren seit Generationen. Sie sind nicht rational, sondern vorbewusst und dien(t)en immer dann als Leitlinien und Orientierung in den deutsch-französischen Beziehungen, wenn rationale Argumentationen und logisch-diskursive Begriffe versag(t)en. Der von Pierre Nora beklagte Mangel an gegenseitigem Interesse¹⁷ hat also nichts zu tun mit einem Mangel an Bildern vom anderen. Da vielmehr das Gegenteil der Fall ist, kann von einer Art deutsch-französischen „Imagologie“¹⁸ gesprochen werden, das heißt, die Wahrnehmungen des jeweils anderen, vor allem aber die Wechselwirkungen zwischen den jeweiligen Fremd- und Selbstwahrnehmungen werden analysiert.¹⁹

Idealisierung und Dämonisierung

Das Bild, das sich die Deutschen von Frankreich machten, rief bei den einen Bewunderung, bei den anderen Ablehnung hervor, und beide gegenläufigen Tendenzen existierten gleichzeitig. Die französischen Deutschland-Bilder hingegen waren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts von der Idealisierung durch Germaine de Staël dominiert, auf die erst nach der Rheinkrise 1840 und schließlich durch den Krieg von 1870/1871 eine Ernüchterung, ja ein Umschwung folgte: Madame de Staëls „De l’Allemagne“ und der Krieg Otto von Bismarcks gegen das Kaiserreich Napoleons III. sind somit Wegmar-

¹⁶ „Auf französischer Seite dankt die patronenhafte Germania ab und überlässt das Feld einem zierlichen Gretchen oder bekannten Bonner Politikern. Auf deutscher Seite wird aus der argwöhnischen Marianne der 40er Jahre Michels Geliebte.“ Goethe-Institut Paris (Hrsg.), *Komische Nachbarn. Deutsch-französische Beziehungen im Spiegel der Karikatur/Drôles de voisins. Les rapports franco-allemands à travers la caricature, 1945–1987*, Paris 1987, S. 19.

¹⁷ Frank Baasner, Direktor des Deutsch-französischen Instituts (dfi) in Ludwigsburg, und Erwin Teufel, Präsident des dfi, haben in der FAZ vom 27.3.2012 versucht, Pierre Noras These zu widerlegen.

¹⁸ Vgl. Hugo Dyserinck/Karl Syndram (Hrsg.), *Europa und das nationale Selbstverständnis. Imagologische Probleme in Literatur, Kunst und Kultur des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bonn 1988; Jean-René Ladmiral/Edmond Marc Lipiansky, *La communication interculturelle*, Paris 1989.

¹⁹ In der wissenschaftlichen Analyse spricht man in diesem Zusammenhang von Hetero- und Autostereotypen.

ken der Entwicklung des Bildes beziehungsweise der Bilder, die man sich in Frankreich vom Nachbarn im Osten machte. Die zwei aufeinanderfolgenden Bilder – zunächst das durch de Staël geprägte Bild Deutschlands als ein Land, dessen friedliebende Bewohner sich vor allem für philosophische Ideen begeistern und dann, nach dem Krieg von 1870/1871, die Dämonisierung der Deutschen als kriegslüsternes Volk – verschmolzen zu einer Art Doppelgesichtigkeit Deutschlands. Zu jener Zeit entstand nicht nur die despektierliche Bezeichnung der Deutschen als *boches*,¹⁰ in der Janusköpfigkeit des Deutschland-Bildes liegen auch die Wurzeln für das von vielen französischen Politikern im 20. Jahrhundert favorisierte Paradigma, Deutschland sei nicht als Einheit denkbar: Notwendigerweise müsse es in zweifacher Form existieren („les deux Allemagnes“).¹¹

Diese aus der Erfahrung der Niederlage von 1871 geborene französische Wahrnehmung der Deutschen, in der Deutschland und sein Kanzler Bismarck geradezu ineinander verschmolzen, hat ein wirkmächtiges Phänomen bewirkt, das der Historiker Claude Digeon „die deutsche Krise im französischen Denken“ nannte.¹² eine Krise, die zwei französische Generationen und ihr Deutschland-Bild bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges beeinflusste. Durch diese Prägung erklärt sich die Tatsache, dass Bismarck und seine Epoche in der französischen Deutschland-Wahrnehmung bis zum heutigen Tag eine größere Rolle spielen als die napoleonischen Kriege oder die Zeit der nationalsozialistischen Besatzung. Gerade Letzteres ist umso erstaunlicher angesichts der menschlichen Grausamkeiten und materiellen Verwüstungen der 1940er Jahre, für die exemplarisch das Mahnmal von Oradour-sur-Glane

¹⁰ Ursprünglich wurde mit dem Wort *tête de boche* ein roher Mensch im Sinne eines Dickschädels bezeichnet (als Ableitung des Wortes *caboché*); als abfällige Bezeichnung für Deutsche findet der Begriff erstmals 1870 Verwendung und hatte vor allem im Umfeld der drei deutsch-französischen Kriege zwischen 1870 und 1945 Konjunktur.

¹¹ Im besten Sinne handelt es sich hier um einen Mythos im französischen Denken über Deutschland, der zudem den Vorteil hat(te), unterschiedliche Wahrnehmungen des Nachbarlandes in das „kanonisierte“ Bild zu integrieren. Vgl. J.-R. Ladmiral/E. M. Lipiansky (Anm. 8), S. 242–249.

¹² Claude Digeon, *La crise allemande de la pensée française (1870–1914)*, Paris 1959.

steht.¹³ So ließ auch die deutsche Wiedervereinigung 1990 fast reflexhaft Erinnerungen an Bismarcks Einigung zum Kaiserreich wieder aufkommen.¹⁴ Doch abgesehen davon repräsentiert Bismarck für viele französische Politiker und Historiker eine enttäuschende Abkehr vom alten deutschen Modell, die man nur überwinden zu können glaubte, indem man das Deutschland Johann Wolfgang von Goethes gegen dasjenige des Kanzlers und der Politik von „Blut und Eisen“ hervorhob und Deutschland somit quasi „verdoppelte“. Diese Doppelgesichtigkeit wird um die Jahrhundertwende und bis zum August 1914 für französische Intellektuelle¹⁵ zu einer Art Leitmotiv: Das „gute“ Deutschland der Vergangenheit konnte nun gegen die verachtenswerten Eigenschaften ausgespielt werden, die man den zeitgenössischen Nachbarn im Osten zuschrieb.

Bezeichnenderweise taucht dieses doppelte Deutschland-Bild als bestimmendes Moment für die französische Wahrnehmung des Nachbarn zwischen 1949 und 1989 wieder auf: Während der Zeit des Kalten Krieges boten die beiden deutschen Staaten den an Deutschland interessierten französischen Intellektuellen die Möglichkeit, ihre eigenen politischen Überzeugungen in dem einen oder dem anderen politischen Modell gleichsam zu spiegeln und zu konturieren. Eine Parteinahme für die DDR, womöglich sogar Sympathie mit diesem Staat, konnte innerhalb Frankreichs als Akt des Protests gegen die eigene politische Klasse gewertet werden, während die Zustimmung zur Bundesrepublik eher einer gaullistischen Position entsprach.

¹³ Der im Frühjahr 2012 erschienene Film „La mer à l'aube“ („Das Meer am Morgen“) von Volker Schlöndorff zeigt die Präsenz dieser Erinnerung; er zeigt aber auch, dass die Erinnerung an die von Krieg und Nationalsozialismus geprägten Jahre zu einem gemeinsamen Erinnerungsraum werden kann. Vgl. Clemens Klünemann, *Gesichter des Widerstands*. Ein Film gegen die Anonymität der Kriegsmaschinerie, in: *Dokumente/Documents – Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog*, (2012) 2, S. 89ff.

¹⁴ Vgl. Joseph Rovin, *Bismarck vu de France* en 1989, in J. Leenhardt/R. Picht (Anm. 4), S. 111.

¹⁵ Als Beispiele seien genannt: Ernest Renan, *La réforme intellectuelle et morale*, Paris 2011 (1872), der Roman „Jean-Christophe“ (1904–1912) von Romain Rolland sowie dessen während der ersten Monate des Ersten Weltkrieges unter dem Titel „Au-dessus de la mêlée“ (1915) veröffentlichte Schriften.

Die Schärfung, ja Spiegelung eigener politischer Überzeugungen im Bild des Nachbarn legt indes auch gewisse verborgene Unterströmungen des politischen Denkens in Frankreich offen, die eher unbewusst sind und daher von Eric Weil zurecht „Komplexe“ genannt wurden:¹⁶ Der aus Deutschland stammende Philosoph, der 1933 nach Frankreich emigrierte, nennt die Religionskriege,¹⁷ die „verratene“ Revolution¹⁸ sowie die Besetzung des eigenen Landes¹⁹ als einschneidende Erfahrungen, welche das französische Selbstverständnis, aber eben auch das Bild des östlichen Nachbarn geprägt haben. Denn was Weil als *complexes français* bezeichnet, schlägt sich in bestimmten französischen Deutschland-Bildern nieder: Als Gegenbild zur unteilbaren Nation, wie sie der erste Verfassungsartikel artikuliert („la France est une République indivisible“), wird das föderale Deutschland als ein zerrissenes Land angesehen, dessen geografische Grenzen jahrhundertlang nicht genau festgelegt waren. Deutschland wird weiterhin als ein Land betrachtet, das im Laufe seiner Geschichte die revolutionären Ideen Frankreichs aufgenommen und von den verschiedenen Bewegungen im Nachbarland profitiert habe.²⁰ Schließlich wird Deutschland seit Langem – und lange vor 1814 und 1871 – als Bedrohung angesehen.²¹ Während jedoch in dieser Lesart die

Deutschen ihre Nachbarn zu unterwerfen suchten, werden die französischen Eroberungen als Ausdruck einer zivilisatorischen Mission betrachtet.

Sind diese französischen Deutschland-Stereotype nicht also vor allem Verdrängungen der „Komplexe“, die Eric Weil nennt und die nicht ins Bewusstsein vordringen, solange sie sich auf das Nachbarland beziehen? Der tiefere Grund, von Deutschland zumindest in doppelter Form, in jedem Fall aber im Plural zu sprechen, wäre folglich eine Verschränkung französischer Auto- und Heterostereotypen: Von Deutschland im Plural zu sprechen steht somit im Zusammenhang mit der (lexikalisch-morphologisch nur schwer zu akzeptierenden) Rede von „les deux France“²² – die Pluralisierung des Begriffs Frankreich bietet jedem Franzosen und jeder Französin die Möglichkeit, sich je nach Einstellung und Überzeugung mit einem Land zu identifizieren, das in der Tat zerrissen ist zwischen den beiden politischen Lagern der Rechten und der Linken, zwischen religiöser Orientierung und radikalem Laizismus,²³ zwischen denen, die Freiheit auf ihre Fahnen geschrieben haben, und denen, für die Gleichheit ein Herzensanliegen ist – um nur einige Beispiele der inneren Spaltung zu nennen, für die der Ausdruck „les deux France“ steht.

Bilder und Karikaturen – und die Gefahr der Banalisierung

Die Matrix der Bilder des jeweiligen Nachbarn besteht nur vordergründig aus der Idee einer Fundamentalopposition oder der eines unüberwindbaren Gegensatzes, wie der Begriff „Erbfeindschaft“ suggeriert, der ja, wie Michael Jeismann betont, im Kern das Resultat einer doppelten Kollision ist: nämlich ei-

ein Recht auf Eroberungen zu haben? Ich denke, dass, sobald dies geschehen sein wird, die Nation gesäubert ist und es durchaus verschmerzen wird, sich angesichts dieses Verlusts nur noch als ein Volk zu definieren, dessen Vorfahren Gallier und Römer waren.“ Emmanuel Joseph Sieyès, *Qu'est-ce que le Tiers état?*, Paris 2002, S. 8.

²² Vgl. Pierre Nora (éd.), *Les lieux de mémoire*, Bd. III (Les France), Paris 1992.

²³ Der französische Soziologe Bruno Étienne sprach in diesem Zusammenhang ironisch von einem „France catho-laïque“.

¹⁶ Vgl. Eric Weil, *Complexes français*, in: Cahiers Eric Weil IV, Lille 1993, S. 59–65.

¹⁷ Für Weil ist das Resultat dieser Erfahrung „die Neigung, aus jeder Auseinandersetzung um politische Ideen eine grundsätzliche Auseinandersetzung über, ja zwischen Idealvorstellungen zu machen“. Ebd. S. 62.

¹⁸ Weil stellt die These auf, viele Franzosen lebten in dem Bewusstsein, dass „jede französische Revolution zu einer Konterrevolution geführt habe und dass sich letztlich die Verhältnisse verschlechtert haben“. Ebd. S. 63.

¹⁹ „Derjenige, welcher (in der Situation der äußeren Bedrohung, C. K.) nicht das tut, was er nach Meinung des Kritikers tun müsste, wird als Verräter wahrgenommen, als Abtrünniger, Lügner und Gefolgsmann des Teufels.“ Ebd. S. 64.

²⁰ „Die Revolution war im eigentlichen Sinne die Ur-Sache der Idee der deutschen Einheit, erfüllte sie doch im Bewusstsein der Vordenker Deutschlands deren sehlichste Wünsche.“ E. Renan (Anm. 15), S. 119.

²¹ Vgl. in diesem Zusammenhang die bezeichnende Passage aus der berühmten Rede „Was ist der Dritte Stand?“ des Abbé Sieyès: „Warum sollte er (der Dritte Stand, C. K.) nicht alle jene Familien in die Wälder Frankens zurückschicken, die den absurden Anspruch darauf erheben, zu denen zu gehören, die einstmal Eroberer waren, und folglich immer noch

nerseits „einer Kollision zwischen dem universalen Anspruch (des französischen wie des deutschen Nationalismus, C. K.) (...) und seiner stets nur national gedachten Einlösung“²⁴ sowie andererseits zwischen den Nationalismen selbst. Von deutscher wie von französischer Seite erscheinen die Bilder des Nachbarn dann als eine Art Gegenpol.²⁵

Von diesen Bildern gibt es indes einen geradezu unüberschaubaren Vorrat im jeweiligen kollektiven Gedächtnis, und bei manchen von ihnen könnte man meinen, dass sie der Vergangenheit angehören. Die aktuellen Krisen in den internationalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen beleben jedoch nationale Stereotype und zeigen, dass es sich bei ihnen um eine Vergangenheit handelt, die nicht vergeht.²⁶ Ein jüngeres Beispiel dafür ist der Vorwurf des sozialistischen Abgeordneten Arnaud Montebourg an die Adresse der Bundeskanzlerin Angela Merkel, eine „politique à la Bismarck“ zu betreiben.²⁷ Während in diesem Beispiel das klassische Links-Rechts-

²⁴ Michael Jeismann, *Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792–1918*, Stuttgart 1992, S. 89. Vgl. auch: Karl Ferdinand Werner, *Die Legende von der deutsch-französischen Erbfeindschaft*, in: Wilfried Pabst (Hrsg.), *Das Jahrhundert der deutsch-französischen Konfrontation*, Hannover 1983, S. 27–31.

²⁵ „Qui n’a pas d’antithèse n’a pas de raison d’être“ („Wer keinen Gegenpol hat, dem mangelt es an einem Daseinsgrund“), betont Ernest Renan in seinem Brief an David Friedrich Strauss zwei Wochen nach der französischen Niederlage in Sedan; E. Renan (Anm. 15), S. 160.

²⁶ Dies ist nur indirekt eine Anspielung auf Ernst Nolte, *Vergangenheit, die nicht vergehen will*. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte, in: *FAZ* vom 6. 6. 1986. Vielmehr spielt es an auf Éric Conan/Henry Rousseau, *Vichy, un passé qui ne passe pas*, Paris 1994, die sich allerdings unter Rekurs auf Alain Monchablon die Frage stellen: „Wie ist es möglich, zu historisieren, ohne dabei wie Nolte zu werden?“ (S. 384).

²⁷ Im „*Nouvel Observateur*“ vom 1. 12. 2011 erklärte Montebourg seine Äußerung wie folgt: „Ich meine mich erinnern zu können, dass ‚Le Retour de Bismarck‘ der Titel eines 1990 erschienenen Buches von Georges Valance ist (...). Es ist keinesfalls so, dass ich die Herren Gabriel oder Valance zitiere, um mich hinter ihnen zu verstecken, sie gleichsam als Alibi zu nutzen, sondern vielmehr um deutlich zu machen, dass wir seit etwa zwanzig Jahren beobachten können, in welchem Maße wir in der Wirklichkeit angekommen sind in unseren Beziehungen zu Deutschland; und das müssen wir verstehen, um angemessen handeln zu können.“

Abbildung 1: 300.000 Deutsche demonstrieren (für den Frieden). „Was ihnen fehlt, ist ein Chef.“



Quelle: Georges Wolinski

Schema zu stimmen scheint, durchbrechen andere Bilder diese Orientierung ganz bewusst: Als Georges Wolinski auf dem Höhepunkt der deutschen Friedensdemonstrationen im Herbst 1981 in einer Karikatur den deutschen Pazifismus mit einer vermeintlich deutschen Sehnsucht nach Massenveranstaltungen in eins setzte, deren Teilnehmer sich nichts sehnlicher wünschten als einen charismatischen Führer (*Abbildung 1*), da relativierte er bewusst die politischen Intentionen des deutschen Pazifismus und maß ihn an französischen Traumata, die sich in einem historischen Stichwort wie dem „Geist von München“ oder der historischen Frage „Sterben für Danzig?“ verdichten. Mit dem *esprit de Munich* wird bis heute die Appeasement-Politik des damaligen Ministerpräsidenten Édouard Daladier während der Münchner Konferenz 1938 assoziiert; als *munichois* gelten jene, die bereit sind, vor der politischen Gewalt(androhung) zurückzuweichen. Während in Frankreich am Vorabend des Ersten

Abbildung 2: Die Hochzeit des Jahrhunderts



Quelle: Klaus Pielert (Künstler), Haus der Geschichte, Bonn

Weltkrieges die politische Linke pazifistische Positionen vertreten hatte, wurde der *esprit de Munich* 1938 vor allem von Vertretern der nationalistischen Rechten repräsentiert. Auch diese Wechselfälle gehören zu den von Simon Epstein in seinem gleichnamigen Buch analysierten *paradoxes français*.^{F²⁸}

Karikaturen bieten die Möglichkeit, in der provozierenden Zuspitzung des bestehenden Bildes vom Nachbarn dessen tiefere Motive, die ihm selbst womöglich gar nicht bewusst sind, zu entschlüsseln, ihm somit einen Spiegel vorzuhalten. Verschiedene Studien zu deutsch-französischen Auto- und Heterostereotypen in der Karikatur^{F²⁹} zeigen darüber hinaus, dass die allgegenwärtige und voranschreitende Internationalisierung und Globalisierung keinesfalls partikuläre (nationale) Kulturräume zum Verschwinden bringt: Um bestimmte Bilder, die immer auch Bilder des eigenen Selbstverständnisses sind, verstehen zu können – das zeigt auch die Karikatur Wolinskis – bedarf es eines bestimmten kulturell geprägten Codes. Zu dieser Kategorie gehört zweifellos der Humor als *conditio sine qua non*.

^{F²⁸} Vgl. Simon Epstein, *Un paradoxe français*, Paris 2008.

^{F²⁹} Vgl. beispielsweise: Goethe-Institut (Anm. 6); Alain Deligne/Peter Ronge (Hrsg.), *Von de Gaulle bis Mitterrand. Politische Karikatur in Frankreich 1958–1987*, Münster 1987.

Diese Dialektik zu verdeutlichen, ist das Anliegen der oben genannten „Imagologie“. Man wirft der Karikatur – oftmals zu unrecht – vor, Zusammenhänge zu bagatellisieren; aber ist es nicht so, dass Karikaturen oftmals vielmehr gerade die Vergangenheit, die nicht vergehen will, beim Namen nennen und ins Bewusstsein heben können? Karikaturen sind der Stachel im Fleische dessen, was Pierre Nora an der Entwicklung der deutsch-französischen Beziehung kritisiert und was schon vor über 40 Jahren als Gefahr der „indifférence amicale“^{F³⁰} benannt wurde.

Die gegenseitige Verschränkung der Idee von der Pluralität des eigenen Landes – „les deux France“ als unbewusstes Motiv der Rede von „les deux Allemagnes“ – ist ein Element des jederzeit abrufbaren Vorrats an deutsch-französischen Bildern des Nachbarn. Dieser Vorrat wurde und wird bemüht, wenn es die *identité nationale* – oder wahlweise die „(deutsche) Leitkultur“ – zu bekräftigen gilt; und hier zeigt(e) sich, dass die größte Schwäche dieses Bilder-Vorrats in seiner Anfälligkeit für Banalisierungen liegt. Eine der am häufigsten bemühten Darstellungen der deutsch-französischen Beziehun-

^{F³⁰} Klaus Heitmann, *L'image française de l'Allemagne dans son évolution historique*, in: *Revue d'Ethnopsychologie*, 4 (1967) 22, S. 437.

gen ist das Bild des Paares, wobei die Rollenverteilung durchaus divergiert: Frankreich („la France“) spielt nicht notwendigerweise den weiblichen Part, der bisweilen – man denke an die berühmte Karikatur von Klaus Pielert, die am 5. Juli 1952 im „Kölner Stadt-Anzeiger“ veröffentlicht wurde (*Abbildung 2*), – sogar dem 80-jährigen Konrad Adenauer zugeteilt wird. Das Bild des deutsch-französischen Paares – wahlweise wird auch dasjenige des „Tandems“ oder des „Motors“ gewählt – suggeriert partnerschaftliche, ja harmonische Beziehungen auch jenseits der zur Tagespolitik gehörenden Konflikte.

In diese vermeintliche Harmonie mischen sich indes gelegentliche Zwischentöne: Zu ihnen gehört die immer wieder zu hörende deutsche Rede von Frankreich als der *Grande Nation*, bei der bisweilen ein ironischer, ja polemischer Unterton unüberhörbar ist.^{f1} Oftmals jedoch wird dieser Topos als eine Art Zitat benutzt, wobei denjenigen, die ihn verwenden, gar nicht bewusst ist, dass der Begriff in Frankreich unbekannt ist: Er stammt vielmehr aus der antifranzösischen Polemik im Kontext der Befreiungskriege gegen Napoleon^{f2} und parodiert, unbewusst, aber um so ressentimentgeladener, das französische Selbstbewusstsein einer Nation, deren Größe darin bestehe, der Welt die Segnungen der Zivilisation zu bringen.^{f3} Es sei daran erinnert, dass Friedrich Nietzsche in seiner „Genealogie der Moral“ (1887) das Ressentiment definiert als „das Schweigen, das Nicht-Vergessen, das Warten, das vorläufige Sich-verkleinern, Sich-demütigen“. Dies ist genau die Situation, in der sich der erwachende deutsche Nationalismus im nachnapoleonischen 19. Jahrhundert befand: schwankend zwischen der Bewunderung für eine trotz der Revolution in Frankreich be-

^{f1} Eklatantestes Beispiel ist das Buch des Pariser ZDF-Korrespondenten Alexander von Sobeck, *Ist Frankreich noch zu retten? Hinter den Kulissen der Grande Nation*, Berlin 2007.

^{f2} Die deutsche Herkunft des Begriffs *Grande Nation* erläutert der Freiburger Romanist Hans-Martin Gauger, *Was wir sagen, wenn wir reden*, München 2004.

^{f3} Wie sehr dies in der Tat ein wichtiger Teil des französischen Selbstverständnisses ist – aber eben auch ein klassisches französisches Autostereotyp – wird in konzentrierter Form deutlich in einem kleinen, aber repräsentativen Büchlein: Max Gallo, *L'Amour de la France expliqué à mon fils*, Paris 1999.

stimmend bleibenden höfischen Kultur und ihrer Selbstinszenierung einerseits und der trotzigen Ablehnung der Vorstellung, sich von ihr politisch wie kulturell dominieren zu lassen, andererseits.

Produktive Missverständnisse

Trotz der seit Beginn der 1960er Jahre erfolgreichen Bemühungen einer Annäherung zwischen zwei bis dato in ihren Klischees verharrenden Ländern wird auch in jüngeren Veröffentlichungen^{f4} immer wieder die traditionelle Konfliktlinie sichtbar, welche seit der Revolution von 1789 beide Länder zu trennen scheint: auf der einen Seite das Selbstbewusstsein einer Nation, die sich als Avantgarde eines in der Zukunft zu verwirklichenden Projekts von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sieht, auf der anderen Seite eine „verspätete Nation“,^{f5} die ihr Selbstverständnis nicht in einem Zukunftsprojekt definiert, sondern durch die Besinnung auf tatsächliche oder vermeintliche Ursprünge. Vor diesem Hintergrund wären die jeweiligen „Gründungsmythen“ näher zu untersuchen, die sich eben darin unterscheiden, dass sich die Französische Republik in der Tradition von Aufklärung und Revolution verortet und diese weiterführen will, während sich die Bundesrepublik Deutschland als Überwindung der fürchterlichen Verwerfungen deutscher Geschichte versteht.

Durch diesen grundsätzlichen Unterschied entstehen auch 50 Jahre nach Abschluss des Élysée-Vertrags von 1963 Missverständnisse in der Wahrnehmung des jeweiligen Nachbarn, die bisweilen unüberwindbar scheinen;

^{f4} Vgl. beispielsweise: Bernard Nuss, *Les enfants de Faust. Les Allemands entre ciel et enfer*, Paris 1994; Philippe Delmas, *De la prochaine guerre avec l'Allemagne*, Paris 1999; Michel Meyer, *Le démon est-il allemand?*, Paris 2000; Markus C. Kerber, *Europa ohne Frankreich. Deutsche Anmerkungen zur französischen Frage*, Frankfurt/M. 1999; Wolf Lepenies, *Kultur und Politik. Deutsche Geschichten*, München 2006 (insb. Kap. 7 „Deutsch-französische Kulturkriege“, S. 193–265); Karl Heinz Götze, *Süßes Frankreich? Mythen des französischen Alltags*, Frankfurt/M. 2010; Bernard de Montferrand/Jean-Louis Thiériot, *France–Allemagne. L'heure de vérité*, Paris 2011.

^{f5} Vgl. Helmuth Plessner, *Die verspätete Nation: über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes*, Stuttgart 1959.

erinnert sei hier an das immer wieder von Alfred Grosser geäußerte Wort „Die Franzosen möchten von den Deutschen respektiert werden, aber die Deutschen werden die Franzosen nie respektieren. Und die Deutschen wollen von den Franzosen geliebt werden, aber die Franzosen werden die Deutschen nie lieben.“ Wie kaum ein anderer verkörpert der 1925 in Frankfurt geborene und 1933 mit seinen Eltern nach Frankreich emigrierte Grosser die deutsch-französischen Beziehungen im 20. Jahrhundert. Ob Grossers Einschätzung noch Gültigkeit hat, sei dahingestellt; jedenfalls ist das grundsätzliche gegenseitige Unverständnis überwunden, das Ernest Renan im August 1870 wohl zu recht feststellte.¹⁶ Ebenfalls überwunden ist die Kollision von „Kultur“ und „Zivilisation“ und mit ihr die fatale Dialektik aus der Zeit Friedrich Sieburgs, der zufolge man „die jeweilige Identität in der Abgrenzung vom anderen suchte und das ‚Positive‘ in dem, was der Gegner als ‚negativ‘ ansah.“¹⁷

Dass auch 50 Jahre nach dem Vertragswerk von Paris deutsche und französische Selbst- und Fremdwahrnehmungen bisweilen voneinander abweichen, ja miteinander kollidieren, ist keinesfalls als Defizit anzusehen, sondern als Chance, das eigene Selbstverständnis durch die Wahrnehmung des Nachbarn zu reflektieren. Womöglich ist die permanente Auseinandersetzung mit diesen Divergenzen das effektivste Mittel, der von Pierre Nora unlängst beklagten Entfremdung und Gleichgültigkeit in den deutsch-französischen Beziehungen entgegenzusteuern.

¹⁶ Am 18.8.1870 schrieb Ernest Renan an David Friedrich Strauss: „Le grand malheur du monde est que la France ne comprend pas l'Allemagne et que l'Allemagne ne comprend pas la France: ce malentendu ne fera que s'aggraver.“ („Es ist ein großes Übel für die Welt, dass Frankreich Deutschland nicht versteht und dass Deutschland Frankreich nicht versteht: Dieses gegenseitige Unverständnis füreinander wird noch größer werden.“) E. Renan (Anm. 15), S. 144.

¹⁷ Wolfgang Geiger, *Das Frankreichbild im Dritten Reich*. Vortrag an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, 18.5.2000, online: <https://ssl.humanities-online.de/download/fvortrag.html> (22.11.2012).

Corine Defrance

Die Meister- erzählung von der deutsch-französi- schen „Versöhnung“

Nachdem der Europäischen Union 2012 der Friedensnobelpreis für ihren Beitrag zu Frieden, Versöhnung und Demokratie auf dem Kontinent zugesprochen worden ist, sollte noch einmal nach dem Versöhnungsprozess gefragt werden, der dieses Europa erst ermöglicht hat und durch dessen Entstehung er noch gefestigt wurde. Die deutsch-französische Annäherung steht historisch betrachtet im Zentrum dieser beiden miteinander verschränkten Entwicklungen, und es ist gewiss kein Zufall, dass die EU den Nobelpreis mitten im „Deutsch-Französischen Jahr“ 2012/2013 erhalten hat, in dem Franzosen und Deutsche offiziell den 50. Jahrestag des Élysée-Vertrags, ihrer „Versöhnung“ und „Freundschaft“ feiern.

Corine Defrance

Dr. phil. habil., geb. 1966; Professorin für Zeitgeschichte, Mitglied der interdisziplinären Forschungsgruppe „Identité, relations internationales et civilisations de l'Europe“ (UMR IRICE), Centre national de la recherche scientifique, Université de Paris, Panthéon-Sorbonne, 1, rue Victor Cousin, 75005 Paris/Frankreich. corine.defrance@wanadoo.fr

Wenngleich die Stationen, Akteure und Ausdrucksformen dieser Annäherung heute hinlänglich bekannt sind, bleibt doch nach dem Aufbau des Versöhnungsnarrativs zu fragen. Wer waren die „Autoren“, welches die Strukturen und Ziele, die Grenzen, ja die Gefahren? Längst ist die Aussöhnung im Diskurs über die deutsch-französischen Beziehungen unerlässlich geworden; doch sie läuft Gefahr, sich zu einem Störfaktor zu entwickeln – so sehr wird diese „Erfolgsgeschichte“, dieser neue Mythos der „Erbfreunde“ zuweilen als Modell und einer der besten Exportartikel der deutsch-französischen Geschichte herausgestellt. Selbst der deutsch-französische Politikwissenschaftler Alfred

Grosser, der sich gegen den Begriff der Versöhnung sträubt, erinnert daran, „dass wir ein Vorbild abgeben“ für andere verfeindete Volksgruppen.¹

Trotz der realen Grundlagen der Annäherung, der Verständigung und der Kooperation ist die deutsch-französische Versöhnung ein Mythos, insofern als sie eine erzählerische Fiktion ist, eine „Meistererzählung“, welche die Wirklichkeit inszeniert. Sie ist zum einen ein *Konstrukt*, das bei der Auflösung des alten und antagonistischen Mythos vom „Erbfeind“ ansetzt.² Zum anderen ist sie sehr zeitgenössisch und beruht auf einem Epos und symbolischen Orten. Zudem ist sie *sinnstiftend*, soll die „Versöhnung“ nach dem absoluten Tiefpunkt von Gewalt und Verbrennen doch den Beginn einer neuen europäischen, von Friedenskonsolidierung geprägten Ordnung markieren. Und schließlich ist sie *symbolträchtig*, gab es doch einen historischen Präzedenzfall: die Aussöhnung in der Zwischenkriegszeit. 1926 erhielten die Außenminister Aristide Briand und Gustav Stresemann für ihre Verdienste um die Unterzeichnung der Verträge von Locarno und die deutsch-französische Aussöhnung gemeinsam den Friedensnobelpreis. Der Ausgang ist bekannt. Wie also war es nach dem Zweiten Weltkrieg möglich, eine neue Versöhnungsgeschichte zu schreiben, die den Fehlschlag der Zwischenkriegsjahre vergessen ließ?

Nach einer Analyse der Konstruktion der Versöhnungsgeschichte und ihrer heutigen Ausdrucksformen werde ich im Folgenden verschiedene Versuche darstellen, den Versöhnungsmythos zu dekonstruieren. Sie belegen eine Form von Verdrossenheit gegenüber einem institutionalisierten Diskurs. Es stellt sich schließlich die Frage, wie die Symbolik der deutsch-französischen Aussöhnung erneuert werden kann.

Übersetzung aus dem Französischen: Nicole Maschler, Berlin.

¹ Alfred Grosser, France-Allemagne, la vertu agissante d'une morale, in: CERAS – Projet, September 2004; online: www.ceras-projet.com/index.php?id=2629 (23. 11. 2012).

² Vgl. Michael Jeismann, Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792–1918, Stuttgart 1992.

Kurz bevor der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy am 28. Oktober 2009 Bundeskanzlerin Angela Merkel in Paris zu den Gedenkfeierlichkeiten zum Tag des Waffenstillstandes am 11. November 1918 empfing, erklärte er, künftig „einen Tag der deutsch-französischen Aussöhnung, Verständigung und des deutsch-französischen Projektes zum Aufbau einer gemeinsamen Zukunft“ begehen zu wollen.³ Das Datum, das der Präsident wählte, überraschte. Denn seit den Festlichkeiten zum 40. Jahrestag des Élysée-Vertrags gibt es einen offiziellen „Deutsch-Französischen Tag“: den 22. Januar – der Tag, an dem 1963 im „Salon Murat“ des Élysée-Palasts der Vertrag unterzeichnet wurde.

Seinen größten symbolischen Ausdruck fand der Versöhnungsmythos bislang in der 40-Jahrfeier des Vertrags am 22. Januar 2003 in Versailles – so wie Gedenkfeiern überhaupt einen wesentlichen Anteil an der Entwicklung nationaler, wenn nicht gar grenzüberschreitender Mythen haben. Nach einer Phase politischer Turbulenzen nahmen die Verantwortlichen in Frankreich und Deutschland den Jahrestag zum Anlass, vor dem Hintergrund der drohenden US-Militärintervention im Irak ihre neue Solidarität zur Schau zu stellen. Die Inszenierung dieses Tages – die Wahl der Akteure und des Ortes, der protokollarische Ablauf, der Inhalt der Reden – war der Höhepunkt einer Erzählung, die zu Beginn der 1960er Jahre ihren Anfang genommen hatte.

Die Gedenkfeier zum 40. Jahrestag bot die Chance, die Zusammenarbeit zwischen den Parlamentariern als Volksvertreter zu betonen. Eingangs erklärten sie: „Die deutschen und französischen Abgeordneten würdigen General de Gaulle und Kanzler Konrad Adenauer, die die historische Chance einer deutsch-französischen Aussöhnung als unverzichtbare Etappe auf dem Weg zu einem vereinten Europa ergriffen haben.“⁴ Die bei-

³ Arnaud Leparmentier/Marion van Tenterghem, M. Sarkozy et Mme Merkel en quête de mémoire, in: Le Monde vom 11. 11. 2009, S. 9.

⁴ Die Texte der Erklärung und der anderen Reden sind auf der Website der Französischen Nationalversammlung dokumentiert: www.assemblee-nationale.fr/12/dossiers/assemblee-bundestag.asp (23. 11. 2012).

den Präsidenten von Bundestag und Nationalversammlung, Wolfgang Thierse und Jean-Louis Debré, sprachen zwar ebenso wie Staatspräsident Jacques Chirac und Kanzler Gerhard Schröder von „Versöhnung“, aber mit unterschiedlichem Tenor.

Folgte man den beiden Franzosen, gründete die Aussöhnung auf dem Willen de Gaulles und Adenauers und begann mit der Vertragsunterzeichnung 1963; Thierse und Schröder hingegen nahmen auch Bezug auf Robert Schuman, Jean Monnet und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Der Aussöhnungsprozess habe demnach schon zu Beginn der 1950er Jahre begonnen und sich nicht auf die Ebene der Staats- und Regierungschefs beschränkt: Thierse dankte ausdrücklich den Akteuren der Zivilgesellschaft; Schröder führte eine große Zahl von Mittlern der deutsch-französischen Beziehungen an und würdigte die Arbeit „von unten“, indem er die Städtepartnerschaften und den Jugendaustausch hervorhob, die „schon vor dem Élysée-Vertrag existierten“. Die deutschen Politiker unterstrichen, wie sehr sich die verschiedenen Akteure der – staatlichen und gesellschaftlichen – bilateralen Beziehungen ergänzten.

Alle Redner setzten sich mit der Wahl von Versailles als Ort der Feierlichkeiten zum Jahrestag des Élysée-Vertrags auseinander. Präsident Chirac wies ausdrücklich auf den zweifachen historischen Bezugspunkt hin – die Ausrufung des Deutschen Kaiserreichs 1871 und den Friedensvertrag von Versailles 1919: „Fortan symbolisiert Versailles (...) die Verbundenheit zwischen Deutschland und Frankreich und, darüber hinaus, unseres gesamten Kontinents.“ Auf diese Weise wurde der Ort der doppelten Erinnerung – Symbol einer zweifachen Demütigung und Quelle des Hasses – zu einem gemeinsamen, positiven Ort umgewidmet.¹⁵ Der Wandel der Erinnerung war vollzogen. Auch Schröder interpretierte Versailles als Symbol für die Zukunft und als Ausdruck grundlegender Werte: „Versailles, das ist auch der Ort, der in unserer Erinnerung stets mit der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789

verbunden bleiben wird“ – Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit als „das Fundament und Modell“ des aufzubauenden Europas.

Etappen der Mythenbildung

Auch wenn der Élysée-Vertrag gemeinhin als „Versöhnungsvertrag“ bezeichnet wird, handelt es sich doch offiziell um einen „Kooperationsvertrag“. Der Begriff der „Versöhnung“ (*réconciliation*) taucht darin nicht auf und wird nur ein einziges Mal in der gemeinsamen Erklärung von de Gaulle und Adenauer erwähnt. Ohnehin war der Begriff zu Beginn der 1960er Jahre noch nicht sehr verbreitet. Er wurde in den 1950er Jahren zwar von zivilgesellschaftlichen Akteuren verwendet, kam in der Diplomatsprache aber erst gegen Ende der 1950er Jahre auf.¹⁶

Am 22. Januar 1963 unterzeichneten de Gaulle und Adenauer den Élysée-Vertrag und umarmten sich vor Mitgliedern ihrer Regierungen und einigen Fotografen. Hier endete die Inszenierung. Einige Monate zuvor, im Juli und September 1962, hatten die beiden gegenseitigen Staatsbesuche jedoch Gelegenheit für beeindruckende Symbolpolitik geboten. Mit der Messe in der Kathedrale von Reims, so de Gaulle, hätten Adenauer und er am 8. Juli „die Versöhnung besiegelt“ („sceller la réconciliation“) – ein Satz, den er in eine marmorne Bodenplatte auf dem Vorplatz der Kathedrale eingravieren ließ. Zum 50. Jahrestag des Treffens im Juli 2012 wurde gar eine zweite Tafel mit der deutschen Übersetzung von de Gaulles Worten enthüllt. Auch unter dem neuen Tandem Merkel–Hollande bleibt die Versöhnung somit in die deutsch-französischen Feierlichkeiten „in Stein gemeißelt“.

Dem Vertragsschluss war also zu Beginn der 1960er Jahre eine politische Inszenierung vorausgegangen, galt es doch, Emotionen zu wecken und sich der Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu versichern, um sich in diesem Sinne zu binden. Der Festakt am 22. Januar 1963 war, verglichen mit dem von Reims im Juli 1962, von großer Nüchternheit. Dies ist zweifelsohne darauf zurückzu-

¹⁵ Vgl. Robert Frank, *Le traité de l'Élysée: un lieu de mémoire franco-allemand?*, in: Corine Defrance/Ulrich Pfeil (éds.), *La France, l'Allemagne et le traité de l'Élysée, 1963–2013*, Paris 2012, S. 397–413.

¹⁶ Vgl. Ulrich Lappenküper, *Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“*, München 2000, S. 1708.

führen, dass das Dokument lange Zeit nur ein Protokoll sein sollte und seine Unterzeichnung teilweise improvisiert war.⁷ Zudem ging es darum, Parallelen zwischen den Verträgen von Locarno und dem Élysée-Vertrag zu vermeiden, aber auch zwischen dem Tandem Briand–Stresemann, das in den Köpfen immer noch sehr präsent war, und de Gaulle und Adenauer. Auch in seinen Memoiren bezog sich Charles de Gaulle später nur ein einziges Mal auf Aristide Briand und ging auf Stresemann gar nicht ein; Adenauer nannte Briand und Stresemann in seinen Erinnerungen ebenfalls nur einmal: Im Verlauf eines im August 1954 mit (dem französischen Ministerpräsidenten) Pierre Mendès France geführten Gesprächs über die ungewisse Zukunft der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft merkte er an, dass einige ein Scheitern gewiss in die Kette der misslungenen Annäherungsversuche seit Briand und Stresemann einreihen würden.⁸

Nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags verbreitete sich der Begriff der „Versöhnung“ immer weiter. Aber erst mit dem zehnten Jahrestag nahm der Mythos in Frankreich allmählich seine bekannte Gestalt an: dass nämlich alles mit de Gaulle und Adenauer begonnen habe und die deutsch-französischen Beziehungen seit 1963 ausgezeichnet seien.

Eine neue Dynamik erhielt die Versöhnungssymbolik, als sich François Mitterrand und Helmut Kohl am 22. September 1984 vor dem Beinhaus von Douaumont die Hände reichten und – in meisterhafter Inszenierung – eine gemeinsame Erinnerung an den *Grande Guerre*, den Ersten Weltkrieg, schufen;⁹ das Bild ging um die Welt. Die beiden Staatsmänner zeigten, dass ihre Länder sich von nun an der gemeinsamen schmerzhaften Vergangenheit stellen konnten – und dass die

⁷ Vgl. Corine Defrance/Ulrich Pfeil, *Deutsch-Französische Geschichte*, Bd. 10: Eine Nachkriegsgeschichte in Europa, Darmstadt 2011, S. 109–114.

⁸ Vgl. Konrad Adenauer, *Erinnerungen*, Bd. 2, Stuttgart 1966, S. 288. Erst 1988 erwähnte Helmut Kohl Briand und Stresemann. Schröder und Merkel griffen dies wieder auf, um die deutsch-französische „Versöhnung“ in eine Traditionslinie zu stellen (Reden am 22. Januar 2003 bzw. am 11. November 2009).

⁹ Vgl. Ulrich Pfeil, *Der Händedruck von Verdun. Pathosformel der deutsch-französischen Versöhnung*, in: Gerhard Paul (Hrsg.), *Das Jahrhundert der Bilder*, Bd. 2: 1949 bis heute, Bonn 2008, S. 498–505.

Erinnerung an diese Vergangenheit, die beide Seiten lange Zeit entzweit hatte, im Begriff war, zu einer gemeinsamen Erinnerung zu werden, die sie verbindet.

Versöhnung und Erinnerung: Welcher Geschichte gedenken?

Bis zum Zeitpunkt des Festakts in Versailles im Jahre 2003 waren Reims und Verdun die zwei zentralen Orte in der Geschichte der Beziehungen beider Länder. Beide Städte waren mit Karl dem Großen verbunden und erinnerten an die deutsch-französische Feindschaft im 19. und 20. Jahrhundert: Reims war während des deutsch-französischen Krieges von 1870/1871 besetzt und im Ersten Weltkrieg zur Märtyrer-Stadt geworden; Verdun war *das* Sinnbild des *Grande Guerre* und der Leidensgemeinschaft. Beide Völker, die einander geschichtlich eng verbunden waren, hatten sich gegenseitig auch verwundet, und so ging es den staatlichen Repräsentanten darum, die Erinnerungen des einstigen Gegners und seine Erinnerungsorte zu würdigen und auf diese Weise die Grenzen der Nationalgeschichten zu überwinden.¹⁰ Der Erste Weltkrieg wurde allmählich zu einem Knotenpunkt der „gemeinsamen Geschichte“.

Nicolas Sarkozy und Angela Merkel sind dem von ihren Vorgängern eingeschlagenen Weg gefolgt, wenn sie auch einen anderen Ort wählten und am 11. November 2009 am Grab des unbekanntes Soldaten unter dem Triumphbogen in Paris zusammenkamen. Indes war es das erste Mal, dass ein(e) deutsche(r) Regierungschef(in) an der Gedenkfeier zum Tag des Waffenstillstandes teilnahm. Zwar hatte Chirac 1998 Schröder eingeladen, ihn zu begleiten; der Bundeskanzler hatte die Einladung aber ausgeschlagen. Anders als Verdun, das sich 1984 als Ort für eine gemeinsame Totenehrung eignete, standen der 11. November und das Grab des unbekanntes Soldaten am Triumphbogen für den Sieg der Alliierten und Frankreichs und die Niederlage Deutschlands; zwei einander zuwiderlaufende Erinnerungen – trotz der Gedenkfeiern zum Ende der Kämpfe.

¹⁰ Vgl. Valérie Rosoux, *La réconciliation franco-allemande: crédibilité et exemplarité d'un „couple à toute épreuve“*, in: *Cahiers d'histoire*, 100 (2007) Januar–März, S. 23–26, hier: S. 23.

Wenngleich zum Ersten Weltkrieg wegen der gemeinsamen Verantwortung der Mächte seit beinahe 30 Jahren ein gemeinsames Gedenken möglich ist, scheinen doch die Wunden der Erinnerung an die Dramatik und Asymmetrie der Kriegsereignisse lange Zeit verschwiegen worden zu sein, um eine Annäherung beider Länder nicht zu behindern. Versöhnung setzt also Reue und eine Form von Vergebung voraus.

De Gaulles Bereitschaft zu verzeihen, entsprach seiner Vorstellung von einer asymmetrischen Beziehung, auf der seine Deutschland-Politik beruhte. Anfang 1960 vertraute der General seinem Minister Alain Peyrefitte an: „Es gibt keinen außer mir, der Frankreich und Deutschland versöhnen könnte, da nur ich Deutschland aus seiner Schande wieder aufrichten kann.“¹¹ Die Aussöhnung ist also ein Prozess, der verschiedene Stationen durchläuft, und eine Abstufung in der Fülle von Erinnerungsmöglichkeiten.

Der Zweite Weltkrieg wurde zunächst nur andeutungsweise und in „steriler“ Weise in das offizielle Gedenken eingeschrieben. Selbst die Wahl von Reims als Ort für das Treffen von 1962 verwies auf die bedingungslose Kapitulation Nazideutschlands. 22 Jahre später, in Verdun, bezogen Kohl und Mitterrand auch die gefallenen Soldaten des Zweiten Weltkrieges in die Ehrung ein. Doch der Ort war so untrennbar mit dem Ersten Weltkrieg verbunden, dass diese Botschaft kein Gehör fand. Den Wendepunkt in der offiziellen Gedenkpolitik markierten fraglos die Feiern zum 60. Jahrestag der Landung der Alliierten in Caen im Juni 2004, bei denen Bundeskanzler Schröder an der Seite des französischen Präsidenten Chirac saß. Allerdings blieben bei diesem gemeinsamen Gedenken die schmerzhaftesten Kapitel des Zweiten Weltkrieges wie das Massaker von Oradoursur-Glane vom 10. Juni 1944 oder die Deportationen in die Konzentrations- und Vernichtungslager ausgespart.

Fußt die Versöhnung also auf Vergessen? Die Antwort ist kompliziert und hängt auch

¹¹ „Il n'y a que moi qui puisse réconcilier la France et l'Allemagne, puisqu'il n'y a que moi qui puisse relever l'Allemagne de sa déchéance.“ Alain Peyrefitte, *C'était de Gaulle*, t. 1: La France redevient la France, Paris 1994, S. 83.

davon ab, wer sich erinnert. Sicher waren die Regierenden der Ansicht, dass die Rückbesinnung auf die dunkelsten Seiten der Geschichte den Aufbau einer engen Kooperation stören könnte, und sie haben es daher über viele Jahre hinweg vermieden, die Vergangenheit öffentlich zu thematisieren.¹² Gleichwohl haben Paris und Bonn nach langen, harten Verhandlungen im Juli 1960 – also noch vor der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags – ein Wiedergutmachungsabkommen für die französischen Opfer des Nationalsozialismus geschlossen.¹³ Die Anerkennung der Leiden der Opfer war Ende der 1950er und in den 1960er Jahre jedoch begleitet von einer wachsenden Nachsicht der französischen Justiz gegenüber deutschen Kriegsverbrechern, die ihre Taten in Frankreich verübt hatten.¹⁴ Lange Zeit waren es in erster Linie ehemalige Résistance-Mitglieder und Überlebende der Lager, die dazu beitrugen, eine Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus und später die Verfolgung von NS-Verbrechern vor deutschen und französischen Gerichten durchzusetzen. Mit den Prozessen gegen Klaus Barbie (1986), Paul Touvier (1994) und Maurice Papon (1998) kehrte an der Wende von den 1980er zu den 1990er Jahren die Erinnerung an die dunklen Jahre der Besatzung mit den Schrecken des NS-Terrors, der Miliz und der Kollaboration zurück. Die Verbrechen der Vergangenheit waren durch die „Aussöhnung“ also nicht in Vergessenheit geraten.

Offensichtlich muss unterschieden werden zwischen der offiziellen Erinnerung, die von den Regierenden getragen wird, und den lebendigen Erinnerungen verschiedener gesell-

¹² Vgl. Nicolas Moll, *Effacer le passé au nom de l'amitié? La gestion des mémoires de la Seconde Guerre mondiale au sein du processus de réconciliation franco-allemande*, in: *Allemagne d'Aujourd'hui*, (2012) 201, S. 28–39.

¹³ Vgl. Claudia Moisel, *Pragmatischer Formelkompromiss: Das deutsch-französische Globalabkommen von 1960*, in: Hans Günter Hockerts/Claudia Moisel/Tobias Winstel, *Grenzen der Wiedergutmachung. Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa 1945–2000*, Göttingen 2006, S. 242–284, hier: S. 257.

¹⁴ Vgl. Bernhard Brunner, *Der Frankreich-Komplex. Die nationalsozialistischen Verbrechen in Frankreich und die Justiz der Bundesrepublik Deutschland*, Göttingen 2004, S. 85f.; Claudia Moisel, *Frankreich und die deutschen Kriegsverbrecher. Politik und Praxis der Strafverfolgung nach dem Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 2004, S. 240.

schaftlicher Gruppen: von Mitgliedern der Résistance, von deportierten Juden, Zwangsarbeitern, Veteranen und anderen. Diese Gruppen haben wesentlich dazu beigetragen, dass die schmerzliche Vergangenheit in den Medien thematisiert wurde, die Justiz sich ihrer annahm und sie nach und nach Aufnahme in die offizielle Meistererzählung fand. Dazu beigetragen haben auch französische und deutsche Historiker, die seit Kriegsende Geschichtsunterricht und Lehrbücher überprüften; die Erinnerung wurde aber auch durch das Kino oder die Literatur transportiert. Die Gewalt und die Leiden der Kriegsjahre sind nicht vergessen worden. Es ist diese Kluft zwischen der Vielzahl und der Komplexität der kollektiven Erinnerungen und dem eindimensionalen, belehrenden offiziellen Gedächtnis, die dazu geführt hat, dass der Versöhnungsmythos heute infrage gestellt wird.

Herausforderung des Versöhnungsmythos

Der Historiker Joseph Rován hat den Zweiten Weltkrieg als einen europäischen Bürgerkrieg interpretiert und nicht als einen Krieg von Nationen, die (in diesem Fall Frankreich und Deutschland) einander feindlich gegenüberstehen¹⁵ – eine Interpretation, die von Nicolas Sarkozy in seiner Rede vom 11. November 2009 übernommen wurde.¹⁶ Rován betonte, wie wichtig die Erfahrungen der deportierten Résistance-Kämpfer in den Konzentrationslagern seien, um zu verstehen, dass die ersten Opfer des nationalsozialistischen Regimes deutsche Demokraten gewesen waren. Nach einer solchen Auseinandersetzung konnte die Versöhnung nicht im nationalen Rahmen erfolgen. Alfred Gros-

¹⁵ Bezogen auf seine Erfahrungen in Dachau schrieb Rován: „In unseren Augen waren die politischen Gefangenen aus Deutschland unsere Frontkämpfer gegen die Vichy-Leute und die Anhänger der „Legion“ die Verbündeten unserer nationalsozialistischen Gegner. Das war der wesentliche Unterschied insbesondere zum Ersten Weltkrieg. Der Zweite war in vielerlei Hinsicht ein europäischer Bürgerkrieg.“ Joseph Rován, France–Allemagne 1945. Bâtir un avenir commun, Konferenz, Paris 24.–26. 2. 2000, <http://old.futuribles.com/PAX/Rovan.doc> (23. 11. 2012).

¹⁶ Vgl. Ansprache von Nicolas Sarkozy auf der Gedenkfeier zum Waffenstillstand nach dem Ersten Weltkrieg, Paris 11. 11. 2009, online: www.france-allemande.fr/Gedenkfeier-zum-Waffenstillstand,4970.html (23. 11. 2012).

ser teilte Rováns Standpunkt und seine Argumentation. Diesen beiden Franzosen deutscher Herkunft, deren Familien vor dem Nationalsozialismus geflohen waren, ging es nicht um Versöhnung, sondern um Gerechtigkeit, Verstehen und Mitverantwortung. Grosser fasste das Handeln all der Wegbereiter einer Politik der ausgestreckten Hand in der unmittelbaren Nachkriegszeit so zusammen: „Wir stützten uns nicht auf eine Versöhnungsutopie. Wir glaubten, dass eine Verwirklichung von Moral nicht wirkungslos wäre.“¹⁷

Auch Historiker und Vertreter der Zivilgesellschaft, die in der deutsch-französischen Zusammenarbeit engagiert sind, üben seit Langem Kritik am Mythos der deutsch-französischen Versöhnung, die 1963 mit der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages begonnen habe. Denn diese Interpretation überdeckt die Arbeit, die von der Zivilgesellschaft bereits in den Jahren zwischen Kriegsende und Vertragsunterzeichnung geleistet worden ist. Die historische Forschung hat sich in den vergangenen Jahren verstärkt mit den Initiativen befasst, die von der Zivilgesellschaft ausgingen und die eine wesentliche Rolle – ja häufig eine Vorreiterrolle – im Prozess der deutsch-französischen Annäherung gespielt haben.¹⁸

Wenn der frühere Präsident der Fédération des Associations Franco-Allemandes pour l'Europe (FAFA) den öffentlichen Diskurs beharrlich kritisierte, tat er dies also durchaus berechtigt. Er riskierte dabei allerdings, einen neuen „versöhnlerischen“ Mythos zu schaffen: „Diejenigen, die – ob unwissentlich oder wissentlich – die deutsch-französische Kooperation mit dem Élysée-Vertrag 1963 höher einstufen, haben sich nicht nur im Datum vertan: Sie verfälschten auch den tiefen Willen zur Versöhnung und Freundschaft, der seit dem Kriegsende 1945 von beiden Völ-

¹⁷ „Nous n'avons pas eu recours à une utopie de la réconciliation. Nous avons cru que la mise en pratique d'une morale pouvait ne pas être inefficace.“ A. Grosser (Anm. 1).

¹⁸ Vgl. Hans Manfred Bock (Hrsg.), Projekt deutsch-französische Verständigung. Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des Deutsch-französischen Instituts in Ludwigsburg, Opladen 1998; Corine Defrance/Michael Kissener/Pia Nordblom (Hrsg.), Wege der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen – Zivilgesellschaftliche Annäherungen, Tübingen 2010.

kern geäußert wurde, die sich gegenseitig als Opfer des gleichen verbrecherischen Wahnsinns erkannt hatten.¹⁹ Damit überschätzte er den Wunsch nach Versöhnung in der unmittelbaren Nachkriegszeit jedoch erheblich und kam zu einem in der Nachschau allzu optimistischen Urteil. 1945 ging es nicht um „Versöhnung“, sondern um Verstehen und unter Umständen um Annäherung. Es ist daran zu erinnern, dass das Bild des Nachbarn in der öffentlichen Meinung niemals zuvor so negativ war wie 1945.

Kritik an „privilegierten“ deutsch-französischen Beziehungen

Peter Sloterdijks „Bemerkungen zu den deutsch-französischen Beziehungen“²⁰ sind aus dem Blickwinkel derjenigen geschrieben, die im heutigen Europa eine Normalisierung, ja eine Banalisierung der deutsch-französischen Beziehungen erkennen wollen – ein Schluss, zu dem kürzlich auch der französische Historiker Pierre Nora kam.²¹ Indem er die beiden vergangenen Jahrhunderte seit Napoleon umspannt, möchte Sloterdijk zeigen, wie Frankreich und Deutschland – ermüdet von der Maßlosigkeit ihrer Auseinandersetzung – der Leidenschaft entsagen wollten. Durch Gleichgültigkeit hätten beide Länder den Weg der Befriedung finden wollen. So interpretiert er das Treffen zwischen de Gaulle und Adenauer in Reims 1962 als den Moment der einvernehmlichen Scheidung zwischen beiden Ländern. Der Philosoph beschwört eine endgültige Entfremdung und ein gegenseitiges Unverständnis herauf, sowohl in kultureller als auch in psychopolitischer Hinsicht, diplomatisch verschleiert durch die Freundschaft zwischen den Völkern.

Seit den 1980er Jahren scheint ein gewisses freundschaftliches Desinteresse in Bezug auf die jeweils andere Gesellschaft heraufzuziehen. Allerdings haben sich beide Gesellschaften seit der unmittelbaren Nachkriegszeit ei-

nander stark angenähert: Die Beziehungen und der Austausch waren noch nie so vielschichtig; das Bild des Nachbarn ist positiv und spiegelt gegenseitiges Vertrauen und eine große Übereinstimmung der Werte wider. Um seinen Standpunkt zu rechtfertigen, ist Sloterdijk gezwungen, diese Entwicklung zu ignorieren – doch seine bewusst provokante These veranschaulicht gleichwohl die wachsende Distanz, hervorgerufen durch das Überengagement von Politikern und Mittlern und die Selbstbeweihräucherung in den deutsch-französischen Beziehungen.

Wenngleich de Gaulle und Adenauer ihre Inszenierung der Aussöhnung in Reims gelungen ist und Kohl und Mitterrand sie in Verdun erfolgreich erneuert haben, stellt die Aufrechterhaltung der Erinnerung an die Versöhnung doch stets eine neue Herausforderung dar. Die Kritik ist im Laufe der Jahre lauter geworden, weil der Versöhnungsmythos mit Blick auf Adenauer, de Gaulle und den Élysée-Vertrag zu einem Dogma zu werden beginnt. Im Januar 2003 hat Bundeskanzler Schröder begonnen, den Faden der Versöhnungsgeschichte fortzuspinnen, indem er andere Darstellungen einbezog, insbesondere die der zivilgesellschaftlichen Akteure. Er versuchte auch, wieder mehr Emotionen zu wecken, indem er persönliche Erinnerungen zur Sprache brachte und einige Verse aus dem Chanson „Göttingen“ zitierte – einem Sinnbild der bilateralen Beziehungen von der Sängerin Barbara aus dem Jahre 1964.

Mit seinem Vorschlag, den 11. November – neben oder anstelle des 22. Januar – zum Tag der deutsch-französischen Versöhnung zu machen, versuchte Präsident Sarkozy im Herbst 2009 den Bezug zum Élysée-Vertrag von 1963 zu lösen und so den Versöhnungsmythos neu zu begründen. Es fragt sich nur, ob der Drang, einen Erinnerungsbruch herbeizuführen, nicht am Ende die Geschichte verwischt. Ein gemeinsames Gedenken an einem Tag der Versöhnung hätte die Gefahr heraufbeschworen, dass die Erinnerung den Blick auf die Geschichte verstellt. So ist es nicht verwunderlich, dass das Projekt aufgegeben wurde. Es darf mit Spannung erwartet werden, wie Angela Merkel und François Hollande den Festakt zum 50. Jahrestag des Vertragsschlusses begleiten werden.

¹⁹ Bernard Lallement, Haben Sie Zivilgesellschaft gesagt?, in: Dokumente/Documents – Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, (1999) 5, S. 96–102.

²⁰ Vgl. Peter Sloterdijk, Theorie der Nachkriegszeiten: Bemerkungen zu den deutsch-französischen Beziehungen seit 1945, Frankfurt/M. 2008.

²¹ Vgl. Pierre Nora, Man hat sich auseinandergelebt, Gespräch von Olivier Guez mit Pierre Nora, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. 2. 2012.

Getriebewechsel im europäischen Motor: Von „Merkozy“ zu „Merkollande“?

Jede gute Beziehung muss auch Krisen aushalten können, um sich als solche zu erweisen – in dieser Hinsicht hatten die deutsch-

Wolfram Hiltz

Dr. phil. habil., geb. 1966; Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Lennéstraße 27, 53113 Bonn. wolfram.hiltz@uni-bonn.de

französischen Beziehungen, basierend auf dem Élysée-Vertrag des Jahres 1963, in den zurückliegenden fünf Jahrzehnten genügend Gelegenheiten sich zu bewähren. Das zentrale Ziel von Präsident Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer, die nachfolgenden Politikergenerationen zum deutsch-französischen Dialog zu verpflichten und bilaterale Konsultationen in festgelegten Abfolgen zum Bestandteil der Regierungsarbeit in Paris und Bonn beziehungsweise Berlin zu machen, wurde zweifellos erreicht. Auch das gemeinsam abgestimmte Vorgehen in Fragen der europäischen Integration war insgesamt so erfolgreich, dass die Europäische Gemeinschaft seit den 1980er Jahren den Schritt aus der Stagnation zu neuer Dynamik und nach dem gesamteuropäischen Umbruch 1989/1990 hin zur Europäischen Union schaffte.

Spätestens seit dieser Zeit waren Frankreich und die Bundesrepublik gemeinsam zum „Motor der Integration“ geworden. Das bilaterale Verhältnis wurde nicht mehr nur an den Fortschritten beim Ausbau der zwischenstaatlichen Beziehungen gemessen, sondern auch an der Erfüllung der Funktion eines „Führungsstandems“ in der thematisch und mitgliedstaatlich weiter wachsenden Integrationsgemeinschaft. Sowohl aufgrund der dadurch gestärkten Ansprüche in Paris und Bonn/Berlin, die EU angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts in die

richtige Richtung zu führen, als auch wegen der zeitweisen Orientierungslosigkeit aller EU-Partner auf dem Weg zur Anpassung der Unionsstrukturen an die Erfordernisse einer EU der 27 waren gute deutsch-französische Beziehungen alleine nicht mehr ausreichend. Die Beurteilungsmaßstäbe für die bilateralen Beziehungen hatten sich vielmehr umgekehrt: Obwohl die Führung einer erweiterten Union durch ein historisch bewährtes Tandem als kaum mehr realistisch galt, sollten insbesondere Deutsche und Franzosen der EU einen Weg aus Stagnation und Krise bahnen. Erfolge beim Bemühen, in der Außenpolitik und bei Fragen des gemeinsamen Interesses „so weit wie möglich zu einer gleichgerichteten Haltung zu gelangen“, wie es der Élysée-Vertrag formuliert, reichen dafür schon lange nicht mehr aus.

Im Folgenden sollen deshalb die deutsch-französischen Beziehungen nicht alleine mit Blick auf die Gestaltung des bilateralen Verhältnisses der vergangenen Jahre analysiert werden, sondern auch bezogen auf die gemeinsame Fähigkeit, einen konstruktiven Beitrag zur Bewältigung der europäischen Herausforderungen zu leisten.

EU-Reform 2007

Die Lösung der europäischen Verfassungskrise unter deutscher EU-Präsidentschaft zu Beginn der ersten Amtsmonate von Nicolas Sarkozy im Mai/Juni 2007 scheint angesichts der seither aufgetauchten Herausforderungen bereits eine Ewigkeit her zu sein. Ein kurzer Blick auf die Beilegung dieser Vertragsreformkrise, welche die EU seit dem misslungenen Gipfel von Nizza 2000 beschäftigt hatte, ist gleichwohl lohnend, weil hierbei das Arbeitsverhältnis zwischen Bundeskanzlerin und Präsident nachhaltig geprägt wurde. Merkel und Sarkozy legten in den ersten gemeinsamen Wochen auf europäischer Bühne den Grundstein für ihre später häufig sehr intensive Zusammenarbeit, gerade in der späteren Euro-Krise.

Obwohl das überbordende Temperament Sarkozys im harten Gegensatz zur demonstrativen emotionalen Zurückhaltung Merkels stand, ergänzten sich beide bei der schwierigen Kompromissuche sehr gut, an dessen Ende im Juni 2007 der Weg

zum EU-Reformvertrag beschlossen wurde. Die Rollenverteilung eines quirligen Neulings, der mit allerhand forschen Ideen für Verwirrung in Brüssel sorgte, aber zugleich der deutschen Bundeskanzlerin bei der Rettung der wesentlichen Inhalte des EU-Verfassungsvertrags in den schwierigen Endverhandlungen mit Polen, Briten und Niederländern hilfreich zur Seite stand, erwies sich als Erfolgsformel. Dieser gemeinsame Erfolg wurde durch die Gegensätze in der öffentlichen Bewertung des jeweiligen Anteils am Verhandlungserfolg nicht beeinträchtigt: Merkel wurde europaweit für die umsichtige und erfolgreiche Präsidentschaft gelobt, während Sarkozy über die Medien einen Hauptanteil am Vertragskompromiss für sich reklamierte.¹

Damit war das bilaterale Binnenverhältnis zwischen Merkel und Sarkozy, inklusive Wirkungsoptionen innerhalb der erweiterten EU, für die Folgezeit bereits stark geprägt: Zwischen der eher vorsichtig abwägenden Bundeskanzlerin und dem häufig vortretenden Präsidenten bestand der feste Wille, Kompromisse zu schmieden, mit denen beide medial in unterschiedlicher Weise, aber inhaltlich gemeinsam im EU-Rahmen zu Ergebnissen kommen wollten. Am Ende des Jahres 2007, als der EU-Reformvertrag von Lissabon unterzeichnet wurde, konnten Merkel und Sarkozy dies berechtigterweise als Erfolg gemeinsamer Anstrengungen feiern, mit denen sie – eng abgestimmt – einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen dieses EU-Reformschrittes geleistet hatten.

Außenpolitische Testfälle 2008

Nach der raschen Herausbildung eines konstruktiven bilateralen Konsultationsverhältnisses zwischen Merkel und Sarkozy, das bereits nach wenigen Monaten stabil wirkte, weil es mit seiner zielgerichteten Arbeit auf Erfolge blicken konnte, standen die ersten außenpolitischen Bewährungsproben im Laufe des Jahres 2008 an.

¹ Vgl. Stehender Applaus für „Miss Europa“, in: Die Welt vom 27.6.2007; Pour Nicolas Sarkozy, le traité simplifié a „sauvé“ une Europe en peril, in: Le Monde vom 2.7.2007. Siehe hierzu auch Wolfram Hilz, Perspektiven der „neuen“ deutsch-französischen Beziehungen, in: APuZ, (2007) 38, S. 27f.

Mit seinem Vorstoß zu einer Union der Mittelmeeranrainer ohne die nördlichen EU-Mitglieder im Frühjahr 2008 demonstrierte Frankreichs Präsident die Grenzen seines Koordinierungswillens mit der Bundeskanzlerin. Diese setzte daraufhin, unterstützt durch die Mehrzahl der EU-Partner, eine Variante durch, mit der die bisherige Mittelmeerpolitik der gesamten EU („Barcelona-Prozess“), eingebettet in die EU-Nachbarschaftspolitik (ENP), in neuem Rahmen fortgesetzt werden konnte. Als Nicolas Sarkozy im Juli 2008 zur feierlichen Gründung der „Union für das Mittelmeer“ – bestehend aus allen EU-Mitgliedern und den restlichen Anrainern des Mittelmeers – unter französischer EU-Präsidentschaft nach Paris einlud, war das Verhältnis zu Angela Merkel sichtlich getrübt; aber auch der schier unbändige Tatendrang Sarkozys als selbsterklärter Anführer der EU merklich gedämpft.²

Als wenige Wochen später, im August 2008, zwischen Georgien und Russland ein militärischer Konflikt um die Region Südossetien ausbrach, versuchte Präsident Sarkozy alle europäischen Partner hinter die von ihm reklamierte Führung als Krisenmanager zu bringen. Mit der raschen Aushandlung eines EU-Friedensplans, den die damaligen Präsidenten Russlands und Georgiens, Dmitrij Medwedew und Michail Saakaschwili, unterzeichneten, gelang Sarkozy dies auch zunächst. Unter den EU-Partnern wuchs jedoch die Kritik an einem zu konzilianten Kurs Frankreichs gegenüber Moskau, als Russland seine Truppen unsanktioniert weiter im georgischen Kernland beließ. Nachdem die Bundesregierung den moskaufreundlichen Kurs der Pariser Führung stützte, trug dies zur außenpolitischen Annäherung von Merkel und Sarkozy 2008 bei. Zugleich vertiefte es die Spaltung in der EU hinsichtlich des Kurses gegenüber Russland, das sich bis heute in einer Blockade der Verhandlungen um ein Partnerschaftsabkommen mit Moskau niederschlägt.³

² Vgl. John Lichfield, Europe's closest friendship falls apart, in: The Independent vom 28.2.2008; Sarkozys Mittelmeer-Union gestutzt, in: Neue Zürcher Zeitung vom 14.3.2008; Stéphane Dupont, Le couple franco-allemand recolle les morceaux, in: Les Echos vom 10.7.2008.

³ Vgl. Florian Gathmann, Russland nutzt Lücke in Sarkozys Friedensplan, 14.8.2008, www.spiegel.de/politik/ausland/a-572141.html (3.12.2012); Michaela

Am Ende des Jahres 2008, das bereits von den ökonomischen Schockwellen einer globalen Finanzkrise erschüttert wurde, war von einer außen- und sicherheitspolitischen Führungsrolle des Tandems Merkel-Sarkozy in der EU nichts zu erkennen. Wiederholte impulsive Vorstöße des Hausherrn im Élysée, mit denen er alleine den Ton angeben wollte, führten zur Uneinigkeit der 27 EU-Mitglieder. Der bilaterale Schulterschluss mit Merkel in der Georgien-Krise brachte wegen des moskaufreundlichen Kurses beider kaum Fortschritte in Richtung einer geschlossenen EU-Außenpolitik.

„Arabischer Frühling“ 2011

Die bilateralen Schwierigkeiten, einen konstruktiven Beitrag zu einer außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähigen EU zu leisten, wurden angesichts der Herausforderungen durch den Umbruch in der arabischen Welt zum Jahresbeginn 2011 noch deutlicher: Die Reaktionen der EU-Partner auf das Aufbegehren der Menschen gegen die autoritären Herrscher in Nordafrika, die von den Europäern teils über Jahrzehnte entscheidend gestützt worden waren, erfolgten weitgehend unkoordiniert. Ausgehend von wechselhaften Signalen der Pariser Führung gab es keine abgestimmte deutsch-französische Position zum „Arabischen Frühling“, die als Ausgangspunkt für eine gemeinsame Haltung der EU hätte dienen können.

Der im Zuge des militärisch eskalierenden Bürgerkriegs in Libyen erfolgte Schulterschluss zwischen London und Paris im März 2011 bot für die restlichen EU-Mitglieder nur noch die Option, sich der geplanten Intervention anzuschließen oder dies abzulehnen. Nicolas Sarkozy und Premierminister David Cameron strebten keine EU-Mission an, sondern eine „Koalition der Willigen“. Für die EU bedeutete dies in jedem Fall eine Schwächung, die dadurch vergrößert wurde, dass sich die EU-Partner Paris und Berlin in unterschiedlichen Lagern wiederfanden, als der UN-Sicherheitsrat in seiner Resolution 1973 am 17. März 2011 ein militärisches Eingreifen zum Schutz der Zivilbevölkerung und die

Wiegel, Nicolas Sarkozy: Der europäische Chefdiplomat, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 2. 9. 2008.

Errichtung einer Flugverbotszone in Libyen autorisierte. Resultat der deutsch-französischen Libyen-Kontroverse, in deren Folge Frankreich an der NATO-geführten Militärmission teilnahm, die Bundesrepublik jedoch nicht, war die völlige Lähmung der bilateralen Koordinationsfähigkeit in sicherheitspolitischen Fragen.^f

Die negative außen- und sicherheitspolitische Gesamtbilanz von Merkel und Sarkozy beeinträchtigt auch die Entwicklungsperspektiven der EU in diesem Bereich, der mit dem Vertrag von Lissabon nach dem Willen beider ausgebaut werden sollte.

Globale Finanzkrise 2008

Obwohl es auch rein bilaterale ökonomische Herausforderungen gab, bildeten die im Herbst 2008 beginnenden Finanz- und Wirtschaftskrisen die alles dominierende Aufgabenstellung für Deutsche und Franzosen als wiederentdeckte Führungsstaaten in der EU.^f Galt es zunächst noch, der gewachsenen gemeinsamen Verantwortung zur Koordinierung einer europäischen Antwort auf die globale Rezession gerecht zu werden, stand seit dem Frühjahr 2010 die sich kontinuierlich verschärfende Verschuldungskrise innerhalb der Eurozone im Mittelpunkt deutsch-französischer Aktivitäten.

Angesichts der unkalkulierbaren Entwicklung an den Finanzmärkten seit September 2008 als Folge der geplatzten Immobilienblase in den USA und der Pleite der wichtigen Investmentbank Lehman Brothers befanden sich Paris und Berlin in ihrer Zusammenarbeit vor einer mehrfachen Herausforderung. Die Regierungen der beiden größten EU-Volkswirtschaften mussten akutes Krisenmanagement betreiben, das den Anforderungen der nationalen Bedürfnisse gerecht wurde, ohne die eu-

^f Vgl. Philipp Wittrock, Nerviger Nachbar, 23.3. 2011, www.spiegel.de/politik/ausland/a-752683.html (3.12.2012); Michaela Wiegel, Deauville exklusive Berlin, in: FAZ vom 28.5.2011; Andreas Rinke, Eingreifen oder nicht? Warum sich die Bundesregierung in der Libyen-Frage enthielt, in: Internationale Politik, 66 (2011) 4, S. 44–52.

^f Vgl. Tobias Kunstein/Wolfgang Wessels, Die Europäische Union in der Währungskrise: Eckdaten und Schlüsselentscheidungen, in: Integration, 34 (2011) 4, S. 308–322.

ropäischen Nachbarn zu verprellen. Merkel und Sarkozy mussten aber auch eine gemeinsame ökonomische Linie finden, um innerhalb der EU Zersetzungsprozesse durch nationale Rückzugsgefechte zu verhindern, durch welche die Vorteile des Binnenmarktes infrage gestellt worden wären. Hierbei kam insbesondere der weiteren Einbindung der zunehmend integrations-skeptischen Regierung in London eine Schlüsselrolle zu. Um die ebenfalls unabdingbare Koordination des Krisenmanagements im Rahmen der G7/G8 beziehungsweise G20 zugunsten der europäischen Interessen zu forcieren, war eine enge Positionsabstimmung zwischen Berlin und Paris unerlässlich.

Obwohl die Regierungen in der EU zunächst primär durch nationale Interventionsmaßnahmen zur Abwendung eines drohenden Liquiditätseinbruchs der Banken sowie kurzfristige Hilfsprogramme zur Konjunkturstützung reagierten, spielte die deutsch-französische und die daran anschließende EU-interne Koordinierung bei der Krisenbewältigung des Herbstes 2008 eine zentrale Rolle.¹⁶ Trotz enormer interner Kontroversen zwischen dem rastlos auf europäische Stützungsmaßnahmen drängenden EU-Ratspräsidenten im Élysée-Palast und der zögerlichen Bundeskanzlerin, die auf passgenaue nationale Interventionsmaßnahmen setzte, entschieden sich die EU-Mitglieder beim Gipfel im Dezember 2008 für einen milliardenschweren Konjunkturrahmen, mit dem alle EU-Mitglieder flexibler auf die zu erwartende Rezession des Jahres 2009 reagieren konnten.¹⁷

Diese Einigung im EU-Kreis, die Nicolas Sarkozy für sein Ansehen als europäischer Krisenmanager zu nutzen wusste, war beachtlich, weil es auf dem Weg dorthin zu erheblichen persönlichen Spannungen zwi-

schen Sarkozy und Merkel gekommen war. Frankreichs Präsident, der vor Tatendrang strotzte und im vormals reservierten britischen Premier Gordon Brown einen Bündnisgenossen gefunden hatte, machte sich über die Zögerlichkeit der integrationspolitischen Galionsfigur Merkel lustig, was ihr in der internationalen Presse den Spitznamen „Madame No“ einbrachte.¹⁸ Einerseits wies diese Überheblichkeit Sarkozys auf die Grenzen der Annäherung zwischen den bekanntermaßen konträren Charakteren hin. Andererseits bewies die Bundeskanzlerin durch ihre professionelle Zurückhaltung, dass sie die europäische Problemlösung nicht durch persönliche Animositäten gefährden wollte.

Die Kooperation zwischen Berlin und Paris war in der ersten Hälfte des Jahres 2009 erneut gefordert, als die Konjunktur weltweit massiv einbrach und die EU-Partner nach koordinierten Stützungsmaßnahmen für die internationalen Finanzmärkte suchten. Dieses Mal übernahm die Bundeskanzlerin wieder stärker die Initiative. Zusammen mit dem französischen Präsidenten drängte sie auf eine geschlossene Position der Europäer bei den wegweisenden G8- und G20-Gipfeln Anfang April 2009 in London. Zwar ließen sich Großbritanniens Premier Brown und der kurz zuvor ins Amt gekommene US-Präsident Barack Obama von Merkel und Sarkozy nicht zu strikten Regulierungsschritten für Finanzmärkte bewegen; Grenzen für Hedgefonds und Ratingagenturen sowie koordinierte Wachstumsmaßnahmen, einschließlich einer Mittelserhöhung für den Internationalen Währungsfonds (IWF), entsprachen jedoch den deutsch-französischen Forderungen.¹⁹

Euro-Krise seit 2010

Nachdem mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 die EU-Mitglieder in der anhaltenden Wirtschafts-

¹⁶ Für die Anfangsphase vgl. exemplarisch: Gemeinsame Pressekonferenz mit Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Sarkozy, Colombelles-Deux-Églises, 11.10.2008, www.france-allemande.fr/Gemeinsame-Pressekonferenz-mit,3694.html (3.12.2012); Euro-Zone demonstriert Einigkeit, in: Handelsblatt vom 12.10.2008.

¹⁷ Über die fiskalpolitische Umsetzung der Konjunkturförderung sollte weiterhin jedes Mitgliedsland eigenständig entscheiden. Vgl. Ein Flickenteppich an Konjunkturprogrammen, in: FAZ vom 12.12.2008. Siehe hierzu auch: André Schmidt, Die Wirtschaftskrise 2008/09 – die erste Bewährungsprobe für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, in: Integration, 32 (2009) 4, S. 388–397.

¹⁸ Vgl. Markus Feldenkirchen et al., Madame No, 1.12.2008, www.spiegel.de/spiegel/print/d-62332798.html (3.12.2012); Stefan Kornelius, Das Problem Merkel, in: Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 8.12.2008.

¹⁹ Vgl. Merkel und Sarkozy fordern Geschlossenheit in der Krise, in: Der Tagesspiegel vom 18.3.2009; G20 bewegen sich auf Merkels und Sarkozys Finanzreformpläne zu, 2.4.2009, www.spiegel.de/politik/ausland/a-616993.html (3.12.2012).

krise den Erfolg ihrer Bemühungen um eine grundlegende Reform der Europäischen Union feiern konnten, stand die nächste ökonomische Bewährungsprobe bereits vor der Tür: Zu Jahresbeginn 2010 stellte die Verschuldungslage Griechenlands die Eurozone vor eine schwere Belastungsprobe, in der es erneut auf eine enge deutsch-französische Koordinierung ankam. Umso überraschender war der bilaterale und damit auch europäische Zwist, der die ersten Reaktionen auf die drohende griechische Zahlungsunfähigkeit prägte: Die Pariser Führung – sekundiert von den meisten Euro-Mitgliedern – forderte eine schnelle Finanzspritze für Athen, deren größten Anteil Deutschland übernehmen sollte. Dies verursachte einen Abwehrreflex in Berlin, der in vielen EU-Staaten als Verweigerung europäischer „Solidarität“ gewertet wurde. Zwar entfiel auf die Bundesrepublik im ersten, bilateralen Hilfspaket der Euro-Länder für Griechenland vom März 2010 letztlich doch der größte Anteil der möglichen Kredite zur Stabilisierung des Euro-Mitglieds; Angela Merkel hatte aber durch ihre beharrlichen Forderungen nach strengen Auflagen für die Hilfen sowie der Mitwirkung des IWF eine klar konditionierte Euro-Stabilisierung durchgesetzt. Damit wurde Präsident Sarkozy, der rasche Hilfsmaßnahmen ohne substanzielle Eingriffe in die Handlungsautonomie der Euro-Mitglieder präferiert hatte, ausgebremst.¹⁰

Die stabilitätspolitisch härtere Linie Merckels war die Grundlage für die Ausweitung von Finanzhilfen durch einen zeitlich begrenzten, großen „Euro-Rettungsschirm“ in Form der European Financial Stability Facility (EFSF) für weitere Euro-Mitglieder, die im Mai 2010 von der Zahlungsunfähigkeit bedroht waren. Mit der Zusage von rund 120 Milliarden Euro am Gesamtpaket von 720 Milliarden Euro durch die EU 27 und den IWF lancierte die Bundeskanzlerin zugleich ihre Forderung, wonach der gescheiterte Euro-Stabilitätspakt künftig mit härteren Sanktionen versehen werden müsste.¹¹

¹⁰ Vgl. A Grimm tale of euro-integration, 18.2.2010, www.economist.com/node/15549113 (3.12.2012); Kai Beller/Peter Ehrlich/Ina Linden, Griechenland-Hilfe: Details des Rettungspaketes, in: Financial Times Deutschland (FTD) vom 26.3.2010.

¹¹ Vgl. Werner Mussler/Patrick Welter, 720-Milliarden-Schutzprogramm: Wie der Euro-Rettungstopf funktioniert, in: FAZ vom 11.5.2010; Mark Schrörs et al., High Noon in Euroland, in: FTD vom 15.5.2010.

Der Grundsatzstreit über die Verankerung automatischer Sanktionen bei künftigen Verstößen gegen die Stabilitätskriterien zwischen Merkel und Sarkozy führte im Sommer 2010 wohl nur deswegen nicht zur bilateralen Blockade, weil bereits die nächsten Krisengipfel bevorstanden. Um die wirksame Reform des Stabilitätspakts und die Etablierung eines dauerhaften Euro-Rettungsschirms auf den Weg zu bringen, entschlossen sich beide zu einer Festlegung der deutsch-französischen Positionen bei einem Treffen im Oktober 2010 im französischen Seebad Deauville. Während der bilaterale Zwist und das Zögern Berlins im Frühjahr 2010 für Unmut gesorgt hatten, war die Einigung während dieses Zweiergipfels ebenfalls Anlass zu heftiger Kritik durch die EU-Partner. Das öffentliche Aufbegehren gegen das deutsch-französische „Diktat“ bei den entscheidenden EU-Gipfeln Ende Oktober und im Dezember 2010 in Brüssel verdeutlichte die Grenzen der bilateralen Absprachen zwischen Paris und Berlin in der EU der 27: Koordinierung innerhalb des „alten Tandems“ war solange erwünscht und gefordert, solange es nicht den formalen Entscheidungsspielraum der anderen zu sehr einengte.¹²

Mit der vorgezogenen bilateralen Absprache hatten Merkel und Sarkozy zum einen inhaltlich die Leitlinien für die Reform des Stabilitätspakts festgezurr, mit denen sich die anderen Mitglieder der Eurozone arrangieren mussten. Zum anderen hatten „Merkozy“ aber auch das Entscheidungsverfahren auf dem Weg zur inhaltlichen Kompromissfindung einseitig zu ihren Gunsten verändert. Weder dem Chef der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker, noch dem Präsidenten des Europäischen Rats, Herman van Rompuy, gelang es im Herbst 2010 die wichtige „Gipfelregie“ in der Hand zu behalten.

Angesichts immer dramatischerer Entwicklungen in Griechenland, drohender Refinanzierungspässe der großen Euro-Staaten Italien und Spanien sowie der Schwierigkeit, die parlamentarische Unterstützung in allen

¹² Vgl. Werner Mussler, Stabilitätspakt à la Deauville, in: FAZ vom 20.10.2010; Leigh Phillips, Battle over treaty change divides Europe ahead of summit, 28.10.2010, <http://euobserver.com/9/31148> (3.12.2012); EU einigt sich auf Krisenmechanismus für den Euro, in: NZZ vom 17.12.2010.

EU-Staaten für die Bereitstellung der milliardenschweren Einlagen für den European Stability Mechanism (ESM) zu bekommen, fand der enge Schulterschluss zwischen Berlin und Paris im Laufe des Jahres 2011 seine Fortsetzung. Obwohl Deutschlands ökonomische Schlüsselstellung für alle künftigen Einzelschritte zur Stützung der Eurozone mittlerweile zu einer unübersehbaren „Unwucht im Tandem“ geführt hatte, drangen in dieser Frage keine erkennbaren Spannungen zwischen Berlin und Paris an die Öffentlichkeit. Dies war umso bemerkenswerter, als die erwähnten Streitigkeiten in der Libyen-Frage und bei der unkoordinierten Reaktion auf die Atomkatastrophe von Fukushima im März 2011 für erheblichen bilateralen Zwist gesorgt hatten.¹³

Der letzte gemeinsame Vorstoß von „Merkozy“ zur Stabilisierung der Eurozone im Winter 2011/12 in Form eines „Fiskalpakts“, der die von der Bundesregierung bereits zu Beginn der Krise geforderte Verschuldungsbremse mit Sanktionen in den nationalen Haushalten aller EU-Mitgliedstaaten festzuschreiben sollte, brachte das neue interne Kräfteverhältnis zwischen Berlin und Paris mustergültig zum Ausdruck: Das ökonomisch rascher und vollständiger genesene Deutschland hatte zum Ende des Jahres 2011 sowohl im Verhältnis zum stagnierenden Frankreich als auch zu den immer noch erheblich kriselnden Euro-Partnern die Schlüsselrolle bei den europäischen Stabilisierungsbemühungen eingenommen – ob es wollte oder nicht. Den Widerstand gegen das „Spardiktat“ des geplanten Fiskalpakts musste deshalb vor allem Bundeskanzlerin Merkel parieren, die nun endgültig die undankbare Rolle des „deutschen Zuchtmeisters“ in den Medien der Euro-Staaten zugeschrieben bekam.¹⁴ Merkels Partner im Euro-Krisenmanagement, Nicolas Sarkozy, führte zur Jahreswende 2011/2012 schon längst den politischen Überlebenskampf in Frankreich, in

dem die deutsche Bundeskanzlerin in überraschender Deutlichkeit für den Amtsinhaber Partei ergriff.

Auswirkungen der Wahl Hollandes

Die Wahl François Hollandes zum siebten Präsidenten der V. Republik am 6. Mai 2012 hatte eine merkliche Abkühlung der deutsch-französischen Beziehungen zur Folge, die eine direkte Folge des engen Schulterschlusses von „Merkozy“ im Wahlkampf und im Umgang mit der europäischen Staatsschuldenkrise war. Aufgrund der sozialistischen Parteiprogrammatik und als Gegenposition zum Wirtschaftskurs Sarkozys, den Merkel offen unterstützt hatte, legte sich Hollande vor seiner Wahl auf das Ziel einer Neuverhandlung des europäischen Fiskalpakts fest, der am 2. März 2012 unterzeichnet worden war. Außerdem trat er mit der Forderung nach einem substanziellen Wachstumspakt der EU-Partner auf. Die Gefahr einer Blockade der deutsch-französischen Beziehungen, die angesichts des weiterhin erforderlichen gemeinschaftlichen Krisenmanagements leicht zum fatalen Stagnationssignal in der Eurozone werden konnte, hatten folglich Merkel und Hollande mit der Festlegung auf einen potenziellen Kollisionskurs während des ersten Halbjahres 2012 zu gleichen Teilen zu verantworten.¹⁵

Dadurch wurde ein negativer Effekt verstärkt, der als „innere Regel“ der deutsch-französischen Beziehungen bezeichnet werden kann: Je enger und ergebnisreicher die Kooperation zwischen Präsident und Bundeskanzler(in) ist, desto schwieriger wird es für Neulinge im Élysée-Palast oder Kanzleramt, an das positive bilaterale Verhältnis der jeweiligen Vorgänger anzuknüpfen.

Dass Hollande nach seinen ersten EU-Gipfel-Erfahrungen im Mai und Juni 2012 die unrealistische Forderung der Neuverhandlung des Fiskalpakts zurücknahm und sich mit der formalen Realisierung seiner Forderung eines EU-Wachstumspakts zufrieden geben musste, führte auch zu keiner Besserung im Ver-

¹³ Vgl. Europäer verstimmt über „deutschen Alleingang“ bei Atomkraft, in: FAZ vom 7.6.2011.

¹⁴ Vgl. Honor Mahony, New treaty in force when 9 countries have ratified, 16.12.2011, <http://euobserver.com/economic/114668> (3.12.2012); Schulterschluss für den Euro (Blaesheim-Treffen von Angela Merkel und Nicolas Sarkozy), 9.1.2012, www.france-allemande.fr/Schulterschluss-fur-den-Euro,6435.html (3.12.2012); Charlemagne, And then there was one, in: The Economist vom 19.1.2012.

¹⁵ Vgl. Merkel und Hollande auf Kollisionskurs, in: SZ vom 21.5.2012; Hugh Carnegy, Hollande hardens line on links with Merkel, in: Financial Times vom 24.5.2012.

hältnis zwischen Paris und Berlin. Während der ersten Monate der gemeinsamen Regierungszeit gab es keine nachhaltigen Anzeichen der Annäherung von Merkel und Hollande, obwohl die feierliche Eröffnung des deutsch-französischen Jahres im September 2012 in Ludwigsburg und etliche gemeinsame EU-Gipfel dazu Anlass geboten hätten.¹⁶ Der Druck auf den französischen Präsidenten, sich von fast allen sozialpolitischen und steuerpolitischen Wahlversprechen zu distanzieren, um die fortgesetzte Haushaltsverschuldung und die schwindende Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Unternehmen zu stoppen, dämpfte dessen Bedürfnis nach einer engeren Koordinierung mit der Bundesregierung zusätzlich.

Das faktische Eingeständnis der Aussichtslosigkeit eines klassischen sozialistischen Wirtschaftsmodells, das Sarkozy – unterstützt von Merkel – im Präsidentschaftswahlkampf vorhergesagt hatte, verbaute bisher den Weg zur engen politischen Koordinierung zwischen Hollande und Merkel. Die tatsächliche Annäherung der inhaltlichen Positionen seit dem Sommer 2012 erleichterte zwar die Arbeitsbeziehungen zwischen deutschen und französischen Fachministern erheblich, die atmosphärische Störung zwischen Bundeskanzlerin und Präsident blieb davon jedoch weitgehend unberührt, wie auch die Divergenzen zur EU-Bankenunion im Oktober 2012 belegten.¹⁷

Fazit

Die festgestellte Abkühlung der deutsch-französischen Beziehungen unter Merkel und Hollande weist auf die Grenzen des Élysée-Vertrags mit den diversen Ergänzungsabkommen hin: De Gaulle und Adenauer ist es zweifellos gelungen, bis heute alle Nachfolger auf die Intensivierung des bilateralen Meinungsaustausches zu verpflichten. Die

¹⁶ Vgl. François Hollande's fiscal puzzle, in: The Economist vom 7.7.2012; Cerstin Gammelin/Stefan Cornelius, Europas Sommer des Missvergnügens, in: SZ vom 14./15.7.2012; „Wir bilden das Herz Europas“, in: FAZ vom 22.9.2012.

¹⁷ Vgl. Stefan Ulrich, Hollande zögert und zaudert, in: SZ vom 8.10.2012; Carsten Volkery, Drängler Hollande, Bremserin Merkel, 19.10.2012, www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/a-862152.html (3.12.2012).

Qualität und politische Wirkung dieser Mechanismen hängt aber weiterhin alleine davon ab, ob die jeweiligen Führungspersonen in Paris und Berlin diese Form persönlich mit Leben füllen. Konvergenz oder gar Deckungsgleichheit der Interessen und Positionen ist hierfür nicht alleine ausschlaggebend. Das zum Ende der gemeinsamen Amtsjahre geradezu mystifizierte Paar „Merkozy“ liefert hierfür den mustergültigen Beleg, wie der Überblick über die gemeinsamen Versuche der Krisenbewältigung zeigt. Die gemeinsame Führungsrolle in der EU der 27 war nur in den Themenfeldern zu erreichen, in denen beide die mühsame Kompromissuche trotz erheblicher inhaltlicher und stilistischer Gegensätze engagiert betrieben (Vertragsreform, Finanzkrisen). In der Außen- und Sicherheitspolitik hatten die bilateralen Koordinierungsmängel dagegen einen wesentlichen Anteil an der Handlungsschwäche der EU (Mittelmeerunion, Georgien, „Arabischer Frühling“).

Die Bereitschaft zur deutsch-französischen Kompromissuche war immer schon das entscheidende Momentum, um davon ausgehend im europäischen Rahmen ein Ziel gemeinsam erreichen zu können. Damit wird noch einmal das entscheidende Gewicht des europäischen Faktors für ein fruchtbares bilaterales Verhältnis zwischen Paris und Berlin deutlich, das auch über die Entwicklungsperspektive der Beziehungen zwischen Merkel und Hollande entscheiden wird. Kommt es bei der Zielformulierung auf europäischer Ebene nicht zum Kompromiss zwischen Bundeskanzlerin und Präsident, werden die bilateralen Beziehungen weiterhin von pragmatischer Kühle geprägt bleiben – „Merkollande“ wäre dann eine unerreichbare Vorstellung.

Ein zuverlässiger und durchzugsstarker „europäischer Motor“ wird aber angesichts der fortdauernden Rezession in weiten Teilen des Kontinents dringender denn je benötigt. Ohne funktionierendes „deutsch-französisches Getriebe“ kann dieser jedoch nicht in Fahrt kommen.

Daniela Schwarzer

Deutschland und Frankreich und die Krise im Euro-Raum

In der Finanz- und Verschuldungskrise haben Frankreich und Deutschland ihre traditionelle europapolitische Rolle als Impuls-

Daniela Schwarzer

Dr. rer. pol., geb. 1973; Leiterin der Forschungsgruppe EU-Integration, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP); 2012/2013 als Fritz-Thyssen-Fellow am Weatherhead Center for International Affairs der Harvard University, Cambridge, MA/USA; SWP, Ludwigkirchplatz 3–4, 10719 Berlin. daniela.schwarzer@swp-berlin.org

geber und Kompromissfinder erst relativ spät eingenommen. Als die Finanzkrise 2008/2009 zunächst Mittel- und Osteuropa erfasste, haben im Wesentlichen Deutschland und Österreich, die besonders von den Auswirkungen betroffen waren, die Prinzipien und Instrumente des Krisenmanagements

mitgestaltet, die später Modell für das Vorgehen in der Eurozone standen. Erst als die Verschuldungskrise Anfang 2010 Griechenland ergriff, rückten Berlin und Paris in den Mittelpunkt des Krisenmanagements und brachten später wichtige Reformvorschläge für die Governance-Strukturen der Eurozone ein.¹

Obleich die Ausgangspositionen Deutschlands und Frankreichs in vielen Punkten auseinanderlagen, ist das Interesse an gemeinsamen Antworten enorm hoch. Grund hierfür sind nicht nur die direkten Auswirkungen der Entwicklungen in Südeuropa und Irland auf beide Volkswirtschaften. Die Verschuldungs- und Banken Krisen sind aufgrund ihres systemischen Risikos die größten Herausforderungen für die EU und ihre Mitgliedstaaten seit Beginn der Integration: Eine weitere Ausdehnung der Krise, etwa auf Italien, bedroht die Existenz der Eurozone. Bereits jetzt stößt die finanzielle Belastung der Geberländer an politische, verfassungsrecht-

liche und ökonomische Grenzen. Eine Kapitalflucht aus dem Euroraum hat eingesetzt, die immer schwieriger umzukehren wird.

Die aktuelle Vertrauenskrise kann nur überwunden werden, wenn das Krisenmanagement effektiv funktioniert und den Investoren glaubwürdige Schritte hin zu einer Beilegung der Funktionsdefizite der Eurozone aufgezeigt werden. Die Initiativen und Einigungsfähigkeit der beiden größten Staaten der Eurozone, die zusammen 47 Prozent ihrer Wirtschaftskraft und den entsprechenden Anteil an Garantien und Kapital in den europäischen Rettungsmechanismen stellen, sind hierfür entscheidend.

Unterschiedliche Sichtweisen auf die Wirtschafts- und Fiskalpolitik

In der Diskussion um Krisenmanagement und Governance-Reformen sind alte deutsch-französische Konflikte über die Gestaltung der Währungsunion wieder aufgebrochen. Der Vertrag von Maastricht, der 1992 die Grundlage für die Schaffung der gemeinsamen Währung legte, hatte diese überdeckt, nicht aber grundsätzlich ausgeräumt. Beide Regierungen formulieren ihre Positionen vor dem Hintergrund divergierender ökonomischer und politischer Vorstellungen und unterschiedlicher materieller Interessen.

Auf deutscher Seite dominiert traditionell ordnungspolitisches Denken: Prioritär sind Geldwertstabilität und eine unabhängige Zentralbank. Der Staat soll vor allem den Rahmen für den Wettbewerb setzen. Das neoklassische Paradigma, das Lehre und Forschung in Deutschland stark beeinflusst,² prägte überdies die deutsche Antwort auf die Krise. Seine Verfechter argumentieren, dass sich Volkswirtschaften rasch auf Schocks einstellen, vor allem durch angebotsseitige Maßnahmen. Bei schwacher Nachfrage und hoher Arbeitslosigkeit verbessern demnach sinkende Preise und Löhne die Wettbewerbsfähigkeit und damit die Wachstumsaussichten, da die Märkte auf Basis rationaler Annahmen der Akteure die Preise entsprechend bestimmen.

¹ Vgl. Daniela Schwarzer, Economic Governance in der Eurozone, in: APuZ, (2012) 4, S. 17–24.

² Vgl. Sebastian Dullien/Ulrike Guérot, The long shadow of ordoliberalism: Germany's approach to the Euro crisis, ECFR Policy Brief, February 2012.

Die ökonomische Debatte in Frankreich wie auch im Vereinigten Königreich oder den Vereinigten Staaten macht sich eher für eine Wachstumsförderung durch eine Stabilisierung der Nachfrage stark. Lohn- und Preissenkungen werden als nur begrenzt durchsetzbar erachtet und sind in ihrer Wirkung umstritten, da deflationäre Tendenzen die Nachfrage, Beschäftigungsentwicklung und so die mittel- und langfristigen Wachstumsperspektiven belasten könnten.

Auch in der Fiskalpolitik setzen Paris und Berlin immer wieder unterschiedliche Schwerpunkte. Inmitten der Wirtschaftskrise 2009 wurde in Deutschland diskutiert, wann das Konjunkturprogramm baldmöglichst beendet werden könnte, um der gewachsenen Verschuldung Einhalt zu gebieten. Im August 2009 wurde die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert. Zeitgleich initiierte der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy den sogenannten *Grand emprunt*, um von 2010 bis 2012 mit Investitionen von 35 Milliarden Euro Projekte in den Bereichen Bildung, Forschung, Industrieentwicklung, kleine und mittelständische Unternehmen, Informationstechnologie und nachhaltige Entwicklung zu fördern.[¶] Die unterschiedliche Bedeutung, die zu diesem Zeitpunkt Konjunkturprogrammen beigemessen wurde, erklärt sich erstens aus der wirtschaftlichen Situation der beiden Länder: Frankreichs Wachstum ist stärker abhängig von einer robusten Binnen- nachfrage als die exportorientierte deutsche Wirtschaft. Zudem wird die nachfragestimulierende Wirkung von Fiskalpolitiken unterschiedlich gesehen: In der deutschen Debatte werden Sparprogramme auch in Zeiten niedrigen Wachstums als wenig problematisch eingeschätzt; sinkende Staatsausgaben (statt erhöhte Steuern) würden das Vertrauen der Privatwirtschaft und damit Investitionen ankurbeln. In Frankreich wird bei rigider Sparpolitik tendenziell ein Nachfragerückgang erwartet; wenn Löhne und Preise sinken, könne die Arbeitslosigkeit steigen, die Wirtschaft in eine Rezession rutschen und der Anteil der Schulden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) zunehmen.

¶ Vgl. Frédéric Schaefer, *Avec le grand emprunt, Nicolas Sarkozy veut réussir l'après-crise*, in: *Les Echos* vom 15.12.2009; Website zum *Emprunt national 2010*: www.emprunt-national-2010.fr/actualites.html (3.12.2012).

Trotz dieser unterschiedlichen Grundhaltungen änderte sich die haushaltspolitische Debatte in Frankreich ab 2010. Gründe waren die Zunahme der Staatsverschuldung, die mittlerweile bei rund 90 Prozent des BIP liegt, und steigende Risikoaufschläge auf französische Staatsanleihen ab Mai 2011. Die Anfang 2012 erfolgte Herabstufung der Kreditwürdigkeit wurde bereits befürchtet. Im Januar 2010 initiierte Sarkozy eine erste „Defizit-Konferenz“ und verwies auf das deutsche Beispiel der Schuldenbremse.[†] Am 13. Juli 2011 nahm die Nationalversammlung ein Gesetz zur Einführung einer Regel zur Begrenzung der Verschuldung an.[‡] Die ursprünglich angestrebte Verfassungsänderung[§] ließ Sarkozy jedoch fallen, da die notwendige Dreifünftel-Mehrheit der Parlamentarier im Kongress von Versailles schwer erreichbar schien, nachdem die Wahl im September 2011 eine linke Senatsmehrheit hervorgebracht hatte.[¶]

Im Präsidentschaftswahlkampf 2012 forderten indes beide Kandidaten der Stichwahl, den Staatshaushalt auszugleichen, Nicolas Sarkozy mit dem Zieljahr 2016, François Hollande mit 2017. Obwohl der neue Präsident Hollande Bedingungen für die Ratifizierung des Fiskalpakts in Frankreich formulierte, wie etwa mehr öffentliche Investitionen und eine europäische Wachstumsstrategie, stellte auch er die Einführung einer nationalen Schuldenbremse nicht infrage.

Umgang mit Griechenland

Die Zuspitzung der Verschuldungskrise Anfang 2010 korrelierte mit einer schrittweisen Dynamisierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit, die in der ersten Phase der Krise nur schleppend gewesen war. Nach der

† Vgl. Schlussfolgerungen zur ersten Tagung der Defizitkonferenz, Rede des Präsidenten der Republik vom 28.1.2010, www.elysee.fr/president/root/bank/pdf/president-5442.pdf (3.12.2012).

‡ Vgl. Règle d'or: projet de loi adopté, 13.7.2011, www.lefigaro.fr/flash-eco/2011/07/13/97002-20110713FIL-WW00338-regle-d-or-projet-de-loi-adopté.php (3.12.2012).

§ Vgl. Schlussfolgerungen zur zweiten Tagung der Defizitkonferenz, Rede des Präsidenten der Republik vom 20.5.2010, <http://blog-pfm.imf.org/files/discours-du-president.pdf> (3.12.2012).

¶ Vgl. Leo Klimm, *Sarkozy kann Schuldenbremse abschreiben*, in: *Financial Times Deutschland* (FTD) vom 26.9.2011.

symbolischen „Wiederbelebung“ des Tandems im Zuge der Feierlichkeiten zum 11. November 2009 in Paris wurde im Februar 2010 eine Liste mit 80 deutsch-französischen Projekten veröffentlicht.⁸ Die Mehrzahl davon waren keine gänzlich neuen Initiativen und hatten keinen direkten Bezug zur Krise. Doch zeugten sie von einem neu erstarkenden politischen Willen, gemeinsame Initiativen zu starten, andere sichtbarer zu machen und Berlin und Paris wieder in die Rolle des politischen Motors der EU zu bringen. Kurz darauf wurden aber die Differenzen zwischen der deutschen und der französischen Regierung über den Umgang mit Griechenland manifest. Zwar versprachen die Staats- und Regierungschefs den unter Druck geratenen Ländern am 11. Februar 2010 unisono finanzielle Unterstützung und sendeten somit ein wichtiges Signal an die Marktakteure. Aber in den folgenden Wochen zeigte sich, dass die deutsche Regierung viel zögerlicher als die französische war, Griechenland rasche Hilfe zukommen zu lassen.

Hierfür gab es mindestens vier Gründe. *Erstens* wollte sie größtmöglichen Druck aufrechterhalten, um die Reformagenda des damaligen Premiers Georgio Papandreou zu unterstützen. Das deutsche Denken war stark von der eigenen Erfahrung mit Ausgabenkürzungen und Reformen im Rahmen der Agenda 2010 geprägt, die in Verbindung mit Lohnzurückhaltung Deutschland nach der Wiedervereinigung zu starker Wettbewerbsfähigkeit verholfen hatte. Rettungspakete, so wurde befürchtet, könnten politische Reformwilligkeit ersticken.

Zweitens gibt es eine starke Überzeugung, dass in der Eurozone die auf Beharren Deutschlands im Vertrag von Maastricht festgelegten Prinzipien angewendet werden müssten – Geldwertstabilität und Zentralbankunabhängigkeit, gesunde öffentliche Finanzen und die *No-bailout*-Klausel. Diese Erwägungen spielten auch bei den notwendigen Ratifizierungen der Hilfspakete im Bundestag eine große Rolle.

Darüber hinaus gab es *drittens* eine juristische Dimension: Eine deutsche Beteiligung

an Rettungsmaßnahmen könnte vor dem Bundesverfassungsgericht angefochten werden. Die Entscheidungsträger sahen deshalb unter anderem die Notwendigkeit, Hilfsmaßnahmen mit dem Argument zu rechtfertigen, dass die Stabilität des Euro in Gefahr sei. Präventivem Eingreifen, das von Frankreich favorisiert wurde, stand diese Überlegung entgegen.

Viertens war die öffentliche Skepsis gegenüber finanzieller Hilfe für ein überschuldetes Land groß, zumal Griechenland selbst für seine Lage verantwortlich gemacht wurde. Angesichts bevorstehender Landtagswahlen und schlechter Umfragewerte für die schwarzgelbe Regierungskoalition im Frühjahr 2010 wurde die Haltung der Bevölkerung genau beobachtet. Das deutsche Eigeninteresse an der Unterstützung Griechenlands wurde derweil zunächst nicht breit diskutiert.

Die genannten Faktoren erklären, warum die Bundesregierung darauf bestand, Hilfe nur unter strikter Einhaltung bestimmter Bedingungen zu gewähren und nur, wenn die Finanzstabilität insgesamt gefährdet sei. Darüber hinaus sollten die Governance-Strukturen der Eurozone so reformiert werden, dass künftig nationale Politiken besser kontrolliert werden würden. In Paris wurde hingegen befürchtet, dass die Eurozone in eine sich selbst erfüllende Krise geraten könnte, im Verlauf derer das Verhalten der Investoren die reale Situation substantiell verschlechtern könnte. Das deutsche Zögern wurde als zentraler Grund für die Zuspitzung der Krise angesehen. Der Akzent der französischen Debatte lag weniger auf der „Schuld“ Griechenlands oder der Analyse struktureller Gründe der Krise, sondern auf politischen Maßnahmen zur Eindämmung der Marktdynamiken, die unter anderem den französischen Bankensektor zu erschüttern drohten.

Die öffentliche Meinung, die Bedeutung des Parlaments und verfassungsmäßige Zwänge spielten in Frankreich eine untergeordnete Rolle, als es seinen Anteil von 20 Prozent an den Rettungsmaßnahmen bestätigte. Eine großzügige und schnelle finanzielle Unterstützung seitens der Mitgliedstaaten wurde nicht nur als „natürliches“ Engagement für die europäische Solidarität gesehen, sondern als notwendige Antwort auf die Dynamiken der Märkte. In Deutschland hingegen wurde Solidarität in

⁸ Vgl. Französisches Präsidialamt, Deutsch-französische Agenda 2020, 4.2.2010, www.dfh-ufa.org/uploads/media/Agenda_franco-allemand_2020_du_4_fevrier_2010.pdf (3.12.2012).

der EU vor allem eher als Respekt gegenüber den gemeinsamen Regeln interpretiert.

Kritisch aufgenommen wurde in Frankreich Angela Merkmals Vorschlag, dass Länder, die wiederholt den ökonomischen Orientierungen der Union zuwiderhandeln, aus der Eurozone ausgeschlossen werden könnten.⁹ Die französische Regierung teilte die Sorgen der Europäischen Zentralbank (EZB), dass Staatsbankrotte und Austritte unkontrollierbare Entwicklungen im europäischen und weltweiten Bankensystem provozieren könnten.

Krise bei den Wurzeln packen

Aus Sicht der Bundesregierung und der Mehrheit der Bundestagsabgeordneten waren die Annahme des Rettungspakets für Griechenland und die Schaffung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) im April und Mai 2010 nur akzeptabel, wenn parallel Maßnahmen ergriffen würden, um die Ursachen der Krise zu bekämpfen und eine ähnliche Situation der Staatsverschuldung in Zukunft zu verhindern. Wenig überraschend plädierte Deutschland für stärkere Regeln und mehr Automatismus in den Sanktionen, einem geringen Grad der Risikoteilung und wenig Raum für politische Diskretion. Im Mai 2010 stellte Finanzminister Wolfgang Schäuble neun Vorschläge zur Reform der Eurozone vor.¹⁰ Hierzu gehörte eine Reform des Stabilitätspakts, um die Überwachung und Koordination der nationalen Haushaltspolitiken zu verbessern, die Umsetzung der Verfahren zu automatisieren und Sanktionen einzuführen. Er schlug zudem einen neuen Mechanismus zur Koordination der Wirtschaftspolitiken vor. Die Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten in Bezug auf Wettbewerbsfähigkeit und außenwirtschaftliche Ungleichgewichte sollten von Staaten mit außenwirtschaftlichen Defiziten korrigiert werden. In der Tradition neoklassischen Denkens sollten Regierungen zu Einsparungen und strukturellen Reformen bewegt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit

⁹ Vgl. Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Haushaltsgesetz 2010 vor dem Deutschen Bundestag am 17. März 2010 in Berlin, www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2010/03/27-1-bkbt.html (3.12.2012).

¹⁰ Vgl. Schäubles Euro-Masterplan unter Beschuss, 19.5.2010, www.handelsblatt.com/3439952.html (3.12.2012).

zu erhöhen und Investitionen der Privatwirtschaft zu stärken.

In Frankreich wurde diese Politik als potenziell gefährlich aufgefasst. Paris stimmte einer besseren Koordinierung der Wirtschaftspolitik zu, allerdings sollte dies mit dem Ziel geschehen, negative Effekte der angebotsseitigen Politiken zu mildern. Dort, wo eine Senkung des Preisniveaus zum Ausgleich von Wettbewerbschwierigkeiten notwendig sei, sollte diese durch eine Stimulierung der Nachfrage flankiert werden. Dies kann durch eine Investitionspolitik auf europäischer Ebene geschehen, wie dies Präsident Hollande vorgeschlagen hat, oder auch durch nationale Haushaltspolitiken, falls die fiskalischen Regelungen und die Kosten der Refinanzierung dafür Raum lassen. Der Abbau volkswirtschaftlicher Ungleichgewichte sollte in symmetrischer Form vor sich gehen, nicht nur die Defizit-, auch die Überschussländer müssten ihren Teil dazu beitragen. In diesem Sinne forderte die damalige französische Finanzministerin Christine Lagarde Lohnsteigerungen in Deutschland¹¹ – und erntete damit in der deutschen Debatte zunächst viel Kritik.

Unter dem Eindruck der Auswirkungen der Spar- und Reformpolitik auf das Wachstum in Südeuropa änderte sich die deutsche Haltung jedoch etwas. Wenngleich die Bundesregierung noch immer in der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Erholung der Krisenländer sah, räumte Schäuble im Mai 2012 ein, dass die Löhne in Deutschland schneller ansteigen könnten, um die Ungleichgewichte in der Eurozone zu reduzieren.¹²

Der dritte deutsche Vorschlag war ein permanenter Krisenlösungsmechanismus, der neben einem Stabilisierungsfonds auch ein Verfahren zur Abwicklung möglicher Staatsbankrotte umfassen sollte. Die „Drohung“, dass ein Staat Pleite gehen könnte, sollte fiskalpolitische Regeln durch Marktdruck stützen. In Frankreich wurden die Schaffung ei-

¹¹ Vgl. Ben Hall, Lagarde criticises Berlin policy, in: *Financial Times* vom 14.3.2010; Transkript des Interviews mit Christine Lagarde, in: *Financial Times* vom 15.3.2010, online: www.ft.com/intl/cms/s/0/78648e1a-3019-11df-8734-00144feabd00.html#axzz22mv7w5Z0 (3.12.2012).

¹² Vgl. Wolfgang Schäuble im Focus-Interview, 7.5.2012, www.wolfgang-schaeuble.de/index.php?id=37&textid=1516&page=1 (3.12.2012).

nes institutionellen und rechtlichen Rahmens zur Schuldenrestrukturierung und der Einbezug des Privatsektors in die Lösung der Krise wegen möglicher Destabilisierungseffekte mit Vorbehalten gesehen.

Deauville und Eurozonengipfel

Trotz der beschriebenen Auffassungsunterschiede wurde unter dem wachsenden Druck der Krise auf dem deutsch-französischen Gipfel von Deauville am 18./19. Oktober 2010 auf Grundlage der deutschen Vorschläge ein Kompromiss erreicht.¹³ Es sollte zunächst keinen Einbezug des Privatsektors in die Lösung der Schuldenkrise geben, sondern erst für ab 2013 emittierte Schuldtitel. Während sich Sarkozy und Merkel zum Ärger einiger anderer Regierungen gemeinsam für einen Stimmrechtsentzug im Rat aussprachen, falls Regierungen mehrmals die vereinbarten Koordinierungsregeln verletzen, wurde die Idee quasi-automatischer Sanktionen fallengelassen. Dies war kein „Geschenk“ für Sarkozy, sondern Ausdruck der Tatsache, dass dieser Vorschlag ohnehin nur von zwei weiteren Ländern, den Niederlanden und Finnland, unterstützt wurde und daher in den europäischen Verhandlungen gescheitert wäre.

Genauso verhielt es sich zu diesem Zeitpunkt in Bezug auf härtere fiskalische Regeln. Als sich die Krise ein Jahr später weiter verschärfte, konnten Deutschland und Frankreich ihre Partner zu einem ambitionierteren Rahmen bewegen – dem Fiskalpakt. Sarkozy akzeptierte überdies eine Reform des geltenden EU-Vertrags – ein wichtiges Anliegen Deutschlands, um rechtliche Konflikte zwischen der *No-bailout*-Klausel und den neuen Rettungsmechanismen zu vermeiden.

Die Deauville-Übereinkunft wurde dafür anerkannt, dass sie der Arbeit der Van Rompuy-Gruppe, die vom Europäischen Rat beauftragt worden war, Vorschläge für eine Reform der Eurozone auszuarbeiten, eine Bezugsgrundlage gab. Auch für die ab Herbst 2011 laufenden Verhandlungen über das „Six-pack“, ein Gesetzespaket zur Reform der wirtschafts- und haushaltspolitischen Ko-

ordinierung, war der Kompromiss hilfreich. Gleichzeitig aber verärgerte der deutsch-französische Alleingang die Eurozonen-Partner und sorgte für viel öffentliche Kritik.

Der Kompromiss von Deauville bestand im Wesentlichen darin, deutsche Vorschläge für Frankreich akzeptabel zu machen. Paris brachte kaum neue Vorschläge ein, warb allerdings erfolgreich gemeinsam mit dem Präsidenten des Europäischen Rats Herman van Rompuy für die Einrichtung eines Eurozonengipfels. Sarkozy hatte dies seit seiner Wahl 2007 gefordert – im Oktober 2008 schließlich gelang es ihm, die Staats- und Regierungschefs der Eurozone sowie den britischen Premierminister zu einem Bankkrisengipfel zu versammeln. Trotz der drängenden Probleme, die insbesondere die Eurozone betrafen, wollte die deutsche Regierung zunächst die fiskalische und wirtschaftliche Koordinierung in allen 27 EU-Staaten verbessern. Berlin lehnte einen regelmäßigen Eurozonengipfel zunächst brüsk ab – wollte man doch kein politisches Gegengewicht zur EZB entwickeln. Die Tatsache, dass Sarkozy in seinem Wahlkampf 2007 (wie auch Hollande 2012) die Ziele und die Rolle der EZB infrage stellten, schürte auf deutscher Seite das Misstrauen.

Erst unter noch massiveren Druck der Krise änderte die Bundesregierung ihre Position. Beim Eurozonengipfel am 26. Oktober 2011 wurde dieser schließlich als regelmäßiges, mindestens zwei Mal jährlich stattfindendes Format institutionalisiert.¹⁴ Die Bundesregierung akzeptierte die Legitimität und Bedeutung der französischen Forderung, die politische Kooperation in der Währungsunion zu verbessern. Gleichzeitig betonte sie, dass damit nicht das Ziel verfolgt werde, politische Interessen auf Kosten der Geldpolitik zu unterstützen, sondern dass auf diese Weise die Konvergenz nationaler Politiken zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit (Arbeitsmarkt, Sozialpolitik, Diskussion um Mindestlöhne) sichergestellt werden solle.

Vor dem Hintergrund der alten Bedenken gegenüber dieser neuen „Wirtschaftsregie-

¹³ Vgl. Deutsch-französische Erklärung, Deauville, 18.10.2010, www.elysee.fr/president/root/bank_objets/Franco-german_declaration.pdf (3.12.2012).

¹⁴ Vgl. Stellungnahme im Rahmen des Eurozonen-Gipfels, Brüssel, 26.10.2011, www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/125644.pdf (3.12.2012).

„rung“ hatte Deutschland schon im Frühjahr 2011 den Euro-Plus-Pakt durchgesetzt, der strukturelle und fiskalische Reformen vorsieht und als erste „Arbeitsagenda“ für die Staats- und Regierungschefs der Eurozone gesehen werden kann.¹⁵

Zuspitzungen und Revisionen

Ende 2010/2011¹⁶ nahm die Anzahl europäischer Krisengipfel deutlich zu – und wiederholt wurden sie als „Gipfel der letzten Chance“ bezeichnet. Sowohl Frankreich als auch Deutschland bewegten sich von ursprünglichen Positionen weg und wurden nach der starken Kritik am bilateralen Vorgehen beim Deauville-Gipfel offener in ihrer Art, die Agenda und Entscheidungen der Eurozone vorzubereiten.

Im Februar 2011 schlugen beide Länder auf deutsche Initiative hin den erwähnten Euro-Plus-Pakt zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit vor. Frankreich unterstützte das deutsche Werben für härtere Sanktionen im Falle eines Verstoßes gegen das fiskalische Regelwerk. Deutschland hingegen akzeptierte, dass das Vergabevolumen des Europäischen Rettungsfonds EFSF auf 440 Milliarden Euro aufgestockt würde und stimmte am 21. Juli 2011 einer Erweiterung seines Instrumentariums zu. Nach einer bilateralen Kompromissfindung mit Frankreich konnte Deutschland auch die anderen Mitglieder der Währungsunion davon überzeugen, dass als Teil eines weiteren Hilfspaketes eine „freiwillige“ Beteiligung von Banken und Versicherungen stehen sollte.¹⁷

Doch die erhoffte Beruhigung der Märkte blieb trotz dieser weitreichenden Beschlüsse weiter aus. Merkel und Sarkozy formulierten unter größtem Druck am 16. August 2011 erneut ein klares Bekenntnis zu einer Reform der Eurozone. Bestandteile sollen eine Wirtschaftsregierung, nationale Schuldenbremsen und die Einführung einer Finanztransakti-

onssteuer sein. Darüber hinaus wollen beide Länder eine Annäherung in der Steuerpolitik erreichen.¹⁸

Im Herbst 2011 verpflichteten sich die Staats- und Regierungschefs der 17 Eurozonenstaaten auf ein noch größeres Maßnahmenpaket, um der Vertrauenskrise Einhalt zu gebieten. Teil davon war der Fiskalpakkt zur Einführung nationaler Schuldenbremsen, eine deutsche Erfindung, die mit französischer Unterstützung eingebracht und beim Europäischen Rat am 8./9. Dezember 2011 in ihren Grundzügen beschlossen wurde.

Nach Monaten des Wahlkampfes und dem politischen Führungswechsel in Paris kam es im Frühsommer 2012 zu offenen Spannungen zwischen Berlin und Paris. Der neue Präsident François Hollande absolvierte zwar symbolstark seinen ersten Auslandsbesuch noch am Tag der Amtseinführung in Berlin, doch die inhaltlichen Differenzen zwischen Merkel und dem Sozialisten Hollande über das Management der Verschuldungskrise und die Notwendigkeit einer aktiven Wachstumsförderung für die Eurozone waren offensichtlich. Wie so oft in der Vergangenheit erforderte ein Regierungswechsel in einem der Staaten erst eine langsame Annäherung der Partner.

Nachdem zunächst von einem „roten Pakt gegen Merkel“¹⁹ die Rede war, da sich Hollande nicht nur mit der sozialdemokratischen Oppositionsspitze in Berlin sondern auch mit linken Regierungspolitikern in anderen EU-Staaten abstimmte, bewegte sich der Präsident auf die Kanzlerin zu, was die Grundlage für einen EU-Gipfelbeschluss am 28./29. Juni 2012 legte. Anders als zu Zeiten „Merkozy“ wurde dieser Gipfel indes zunächst im Vierergerespann mit den spanischen und italienischen Premierministern Mariano Rajoy und Mario Monti vorbereitet,²⁰ bevor am Tag vor

¹⁵ Der Pakt, der im März 2011 geschlossen und von 24 EU-Staaten unterzeichnet wurde, findet sich online unter: www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/120313.pdf (3. 12. 2012).

¹⁶ Am 21. November 2010 beantragte Irland Finanzhilfen, am 6. April 2011 folgte Portugal.

¹⁷ Vgl. Europäischer Rat, Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Eurozone, Brüssel, 21. 7. 2011.

¹⁸ Im Februar 2012 wurde ein deutsch-französisches Grünbuch zur Besteuerung von Unternehmen vorgelegt: www.france-allemande.fr/IMG/pdf/120206_Livre_vert_convergece_fiscale.pdf (3. 12. 2012).

¹⁹ Veit Medick, Roter Pakt gegen Merkel, 12. 6. 2012, www.spiegel.de/politik/deutschland/a-838345.html (3. 12. 2012).

²⁰ Vgl. Steven Erlanger, Talks May Test Partnership Between a Weak France and a Strong Germany, in: *The New York Times* vom 21. 6. 2012.

dem EU-Gipfel ein bilaterales Arbeitstreffen im Élysée-Palast stattfand.¹²¹

Ein wichtiges Signal ging vom gemeinsamen Kommuniqué von Merkel und Hollande am 27. Juli 2012 aus, als beide angesichts des wachsenden Drucks auf Spanien und Italien erklärten, „alles zu tun, um die Eurozone zu schützen“.¹²² Die Aussage wurde nicht nur als Beleg eines neuen gemeinsamen Handlungswillens, sondern auch als Unterstützung für die Europäische Zentralbank gewertet, die einen Tag zuvor – unter Protesten der Bundesbank – angekündigt hatte, mit dem OMT-Anleihekaufprogramm (OMT = *Outright Monetary Transactions*) weiter aktiv für eine Bekämpfung der eskalierenden Verschuldungskrise einzutreten. Paris unterstützte seit Längerem ein stärkeres Eingreifen der EZB. Die Bundesregierung hatte dies zu Beginn der Krise zunächst abgelehnt – aus grundsätzlichen Erwägungen und weil sie nicht den Eindruck erwecken wollte, dass die Politik der EZB, deren Unabhängigkeit sie verteidigt, „Befehle“ erteile. Seit der Krisenverschärfung 2011 und dem wachsenden Unwillen in Deutschland, die direkt von den Regierungen garantierten Hilfsmaßnahmen auszubauen, wurden die Maßnahmen der EZB stillschweigend auch von Berlin unterstützt.

Eine anhaltende Asynchronität in der deutsch-französischen Diskussion, die nicht nur der Präsidentschaftswahl 2012 geschuldet ist, zeigt sich indes in der Debatte über eine mögliche politische Vertiefung der Eurozone. Auf die Fragen, welches Maß an politischer Integration die Eurozone braucht und in welcher Form dies realisiert werden soll, ist eine Antwort aus Paris bislang ausgeblieben – obgleich diese Debatte in Deutschland seit Mitte 2011 recht intensiv geführt wird und das publizistische Interesse an Vorschlägen aus Berlin auch in Frankreich groß ist.

Fazit

Trotz grundsätzlicher politischer und ökonomischer Auffassungsunterschiede über

den Umgang mit der Eurozone, insbesondere nach dem Führungswechsel in Frankreich, kam es in der Krise zu keinem Zerwürfnis zwischen Berlin und Paris. Solange sie die Eurozone erhalten wollen, haben beide aus Eigeninteresse kaum eine attraktive Alternative zur Kompromissfindung. Die Anpassung an äußere Zwänge betrifft nicht nur europapolitische Themen und das Management der Verschuldungskrise, sondern etwa im französischen Fall auch ein Umsteuern in der nationalen Haushalts- und Wirtschaftspolitik, deren Gestaltungsspielraum aufgrund des Marktdrucks zunehmend geringer wird.¹²³

Ein solides Fundament enger Beziehungen auf Arbeitsebene, aber auch zwischen Parlamentariern und Parteien gewährleistet Kontinuität im deutsch-französischen Verhältnis, auch wenn politische Wechsel stattfinden. Ein Beispiel für die Intensität der operativen Zusammenarbeit ist eine gemeinsame Arbeitseinheit der Finanzministerien, die Vorlagen für die Minister beider Länder erstellt, damit diese im Rat der Wirtschafts- und Finanzminister mit einer Stimme sprechen. Unter dem größten Druck der Krise und bei den tiefsten Auffassungsunterschieden ist jedoch die Zusammenarbeit der „Chefs“ unabdingbar.

Politische Abstimmung auf höchster Ebene kann indes materielle Interessenunterschiede und normative Positionen nicht gänzlich nivellieren. Trotz aller Nähe und gegenseitiger Abhängigkeit bleiben manche Differenzen weiter bestehen. Diese müssen unter anderem in der öffentlichen Diskussion (besser) verstanden und als legitim respektiert werden, auch wenn gerade bei der Auseinandersetzung über wirtschaftliche Themen die nationale Sicht gerne als „einzige Wahrheit“ interpretiert wird. Trotz der erreichten Intensität bleibt daher für das bilaterale Verhältnis auch langfristig die „Basisarbeit“ so wichtig: der lebendige Austausch zwischen Experten, Praktikern aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung, Journalisten und anderen Multiplikatoren.

¹²¹ Vgl. Stefan Ulrich, Ein zartes Schulterklopfen vor dem Gipfelanstieg, in: Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 27.6.2012.

¹²² Zit. nach: René Höltzsch, „Alles tun, um die Euro-Zone zu schützen“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 27.7.2012.

¹²³ Vgl. Stefan Ulrich, Warten auf Hollande, in: SZ vom 26.6.2012.

Claire Demesmay

Hat der deutsch-französische Bilateralismus Zukunft?

Seit dem Beginn der europäischen Integration wurde Deutschland und Frankreich die Funktion eines Motors zugeschrieben.

Claire Demesmay

Dr. phil., geb. 1975; Leiterin des Programms Frankreich/deutsch-französische Beziehungen im Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Rauchstraße 17–18, 10787 Berlin. demesmay@dgap.org

Zwar war dieser Bilateralismus in seiner Intensität und Wirkkraft im Laufe der Jahrzehnte sehr unterschiedlich ausgeprägt und hing stark von dem jeweiligen „Tandem“ an der Spitze beider Länder ab.

Fest steht jedoch, dass er nur dann funktionieren kann, wenn beide Staaten dem Prinzip der produktiven Gegensätze folgen. Selbst wenn die aus den jeweiligen nationalen politischen und wirtschaftlichen Kulturen resultierenden Divergenzen keinen grundsätzlichen Anlass zur Sorge geben, so ist es trotzdem von wesentlicher Bedeutung, dass die jeweiligen Regierungen den Willen zeigen, diese zu überwinden. Weiterhin kann dieser Bilateralismus nur wirksam sein, wenn Deutschland und Frankreich stellvertretend für andere Länder der Europäischen Union sprechen. Tatsächlich können sie nur dann eine Dynamik anstoßen, wenn sich ihre übrigen Partner mit ihren Vorschlägen identifizieren und diese mittragen. Die Legitimität der deutsch-französischen Kooperation hängt also wesentlich vom europäischen Kontext ab, in den sie eingebettet ist.

Dieser Kontext hat in den vergangenen 50 Jahren eine Metamorphose erfahren, die dem Ende des Kalten Krieges, den verschiedenen Erweiterungsrounds der EU, aber auch der Globalisierung geschuldet ist. Diese Umwälzungen haben den deutsch-französischen Bilateralismus weniger selbstverständlich gemacht als zuvor, obwohl er durch die immer stärkere Institutionalisierung des gegenseitigen Austauschs zunehmend von Routine gekennzeichnet ist. Seit 2007 hat die bi-

laterale Zusammenarbeit jedoch unter dem Eindruck der Krise und der Diskussion um Staatsschulden ein Comeback erfahren, auch wenn sich dabei die internen Parameter erneut verändert haben: Deutschland sieht seine Position gestärkt, während Frankreich aufgrund seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten geschwächt scheint. Nun stellt sich die Frage nach der Bedeutung dieses neuen Kapitels der deutsch-französischen Zusammenarbeit für die europäische Integration. Konnte das bilaterale Tandem in der jüngsten Vergangenheit zu einer effizienten Krisenlösung beitragen? Verfügt ein solcher Ansatz in Zukunft über eine ausreichende Legitimität? Und sind beide Länder in der Lage, auch über die Schuldenkrise hinaus eine dauerhafte Antriebsrolle in der EU wahrzunehmen?

Ein geschwächtes, aber kein marginalisiertes Tandem

Der Beitritt von zwölf neuen Mitgliedstaaten hat die internen Gleichgewichte der Europäischen Union verändert und damit die Rolle des deutsch-französischen Bilateralismus dauerhaft geschwächt. Durch die Veränderungen der Rahmenbedingungen auf institutioneller und symbolischer Ebene wurden seine Wirkungskraft und Legitimität in verschiedenen Bereichen unterhöhlt:

- Ob in demografischer, wirtschaftlicher oder politischer Hinsicht – die beiden Staaten haben weniger Gewicht in einer EU mit 27 als in einer mit 15 Mitgliedstaaten. Darüber hinaus sind sie auch auf institutioneller Ebene weniger gut im Entscheidungsprozess repräsentiert: Nach den Erweiterungsrounds 2004 und 2007 mussten sie nicht nur auf ihren zweiten Kommissar verzichten. Auch im Europäischen Parlament und im Europäischen Rat mussten sie die relative Verringerung ihrer Sitz- beziehungsweise Stimmzahl hinnehmen.
- Nachdem die Erinnerung an die Konflikte des vergangenen Jahrhunderts allmählich verblasst, ruft der Diskurs über einen Raum des Friedens, der auf der deutsch-französischen Versöhnung beruht, nicht mehr dieselben Emotionen wie in der Vergangenheit hervor. Zudem haben die Länder Mittel- und Osteuropas eine neue Lesart der Geschichte in die EU eingebracht. Ihr liegen

andere, insbesondere in der Epoche des Kalten Krieges wurzelnde Erinnerungen und Erfahrungen zugrunde. Der deutsch-französische Diskurs über die einstigen „Erbfeinde“, die heute Hand in Hand im Dienste Europas handeln, wirkt daher heute weniger mobilisierend als früher.

- Die Erweiterung hat auch die Heterogenität der politischen und wirtschaftlichen Kulturen innerhalb der EU verstärkt, was Kompromissfindungen erschwert. Bedingt durch ihre geografische Lage und ihre historischen Erfahrungen haben die neuen Mitgliedstaaten oft eine andere Sicht auf die Herausforderungen, mit denen die Europäer konfrontiert sind. Die Diversifizierung der europäischen Landschaft hat aber auch dazu beigetragen, die Positionen Deutschlands und Frankreichs einander anzunähern, beispielsweise in der Frage künftiger Erweiterungen. In diesem Kontext sind beide Länder weniger in der Lage als früher, Lösungen zu entwickeln, in denen sich auch ihre Partner wiedererkennen.
- Die Reform der EU-Institutionen, die den Erweiterungen vorausging und sie erst ermöglichte, hat die Macht der Kommission und des Europäischen Parlaments verstärkt. Dasselbe gilt für die Europäische Zentralbank (EZB), deren Handlungsfeld unter dem Eindruck der Eurokrise neu definiert wurde. Somit hat die supranationale Dimension der Entscheidungsprozesse an Wichtigkeit gewonnen. Daraus folgt, dass der Handlungsspielraum der Mitgliedsländer heute begrenzter ist als zuvor – insbesondere, aber nicht ausschließlich im Bereich der Haushaltspolitik. Die auf intergouvernementalen Mechanismen basierende deutsch-französische Kooperation scheint im Widerspruch zu stehen zu diesem supranationalen Ansatz.

Aus diesen Gründen funktioniert der deutsch-französische Bilateralismus seit Mitte der 2000er Jahre nur noch eingeschränkt. Einigen Beobachtern zufolge ist die deutsch-französische Abstimmung nur noch für ein Viertel der europäischen Entscheidungen von Bedeutung.[¶] Derartige quantitative Überlegungen sollten jedoch nicht über die Tatsache hinweg-

¶ Vgl. William E. Paterson, *Did France and Germany Lead Europe? A Retrospect*, in: Jack Hayward (ed.), *Leaderless Europe*, Oxford 2008, S. 89–110.

täuschen, dass die beiden Länder in der Entscheidung über Zukunftsfragen der EU und im Bereich der Krisenbewältigung an Einfluss behalten. Wie bedeutsam dieser ist, hängt von den Themen, aber auch von der Form des Entscheidungsprozesses ab. Insbesondere intergouvernementale Abstimmungen begünstigen den Einfluss des deutsch-französischen Tandems.

Hinzu kommt, dass angesichts der Komplexität der EU der 27 die Notwendigkeit zur Führung erhalten bleibt und sich in bestimmten Situationen sogar verstärkt.[¶] In einem System, das zahlreiche Akteure einbindet und in dem jeder dieser Akteure *de facto* nur eine begrenzte Rolle spielt, sind informelle Begegnungen von besonderer Bedeutung, vorausgesetzt, sie folgen dem Ziel einer Kompromissfindung. Insofern sind deutsch-französische Kompromisse heutzutage alles andere als überflüssig für das Funktionieren der Europäischen Union.

Comeback des deutsch-französischen Bilateralismus

Mit der Finanzkrise und der wachsenden Bedeutung des Themas Staatsfinanzen hat der deutsch-französische Bilateralismus eine Dynamik wiedergefunden, die bereits als unwiderruflich verloren galt.[¶] Innerhalb der Eurozone spielen Deutschland und Frankreich noch immer die Hauptrollen. Mit seinen 17 Mitgliedern stellt dieses „Europa im Kleinen“ gewissermaßen die Rahmenbedingungen für die deutsch-französische Führungsrolle vor der EU-Erweiterung wieder her. Im Euroraum verfügen beide Länder über ein entscheidendes demografisches und wirtschaftliches Gewicht: Gemeinsam vereinen sie rund die Hälfte der Bevölkerung und des Bruttoinlandsprodukts auf sich und sind mit 47,5 Prozent am

¶ Vgl. Joachim Schild, *Mission Impossible? The Potential for Franco-German Leadership in the Enlarged EU*, in: *Journal of Common Market Studies*, (2010) 5, S. 1367–1390.

¶ Vor der Erweiterungsrunde 2004 haben zahlreiche Experten auf den Verlust dieser Dynamik hingewiesen und das „Ende einer privilegierten Beziehung“ vorhergesagt. Vgl. zum Beispiel: Sabine von Opateln, *Ende einer privilegierten Beziehung*, in: *Dokumente/Documents – Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog*, (2003) 2, S. 11–18.

dauerhaften Rettungsschirm ESM beteiligt. Darüber hinaus repräsentieren sie zwei traditionell sehr unterschiedliche Wirtschaftsmodelle, in denen sich die Mehrzahl der anderen Mitgliedstaaten der Eurozone wiederfindet. Daher haben deutsch-französische Kompromisse in einem solchen Rahmen immer noch beziehungsweise wieder einen Antriebseffekt, der sehr oft in europäischen Abkommen mündet.

Im Kontext der Schuldenkrise formten Paris und Berlin die vom damaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy geforderte „kleine Exekutive“. Unter dem Zwang, gemeinsame Antworten auf die Krise zu finden, knüpften der Präsident und Bundeskanzlerin Angela Merkel wieder an die Tradition der deutsch-französischen Synthesen an. Von einer Krisensitzung zur nächsten führten sie häufig schwierige und angespannte bilaterale Verhandlungen. Ihre Positionen schienen oft unvereinbar, gingen sie doch zurück auf höchst unterschiedliche wirtschaftliche Traditionen und Herangehensweisen, die schon während der Gestaltung der Währungsunion zu Unstimmigkeiten geführt hatten. Allmählich und mit dem Andauern der Krise mussten jedoch sowohl Berlin als auch Paris – wenn auch zögernd und unter Widerstand – Zugeständnisse machen. Immer wieder legten sie daraufhin ihren Partnern gemeinsame Vorschläge vor, die diese nahezu immer unterstützten. Deutschland und Frankreich fanden sich damit an der Spitze des Krisenmanagements wieder.

Indem sie schrittweise aufeinander zugehen, zeichneten beide Länder nach und nach die Umriss eines fragilen Kompromisses.[†] Während französische Vorstellungen bis Sommer 2010 dominierten, konnte Deutschland insbesondere seither seine Positionen geltend machen. Zwar hat Paris es nicht geschafft, das Instrument der Eurobonds durchzusetzen, erreichte dafür aber, dass die stabilsten EU-Mitgliedstaaten die schwächsten Partner, allen voran Griechenland, finanziell unterstützen. In diesem Sinne ist es Frankreich gelungen, Deutschland von der Notwendigkeit zu überzeugen, mit der Europäischen Finanzstabilisierungsfä-

[†] Vgl. Christian Deubner, Der deutsche und der französische Weg aus der Finanzkrise, DGAP-Analyse Frankreich 2, April 2011.

zilität (EFSF) einen Rettungsschirm gegen die Krise zunächst aufzubauen und dann im Herbst 2012 mit dem ESM dauerhaft einzurichten. Zudem wurde die EZB dazu befugt, Staatsanleihen von schwachen Staaten der Eurozone aufzukaufen, und dies in einem zweiten Schritt sogar unbegrenzt. Neben den Bedingungen, die es an die Annahme dieser unterschiedlichen Maßnahmen geknüpft hat, erreichte Berlin auf der anderen Seite vor allem eine Stärkung des Prinzips der Haushaltsdisziplin. Sie wird nun als politische Priorität angesehen und steht unter einer verstärkten Kontrolle durch die EU, wie es der Europäische Fiskalpakt vom 2. März 2012 vertraglich festlegt. Der Ende Juni 2012 nach der Wahl François Hollandes verabschiedete Wachstumspakt hat diese Architektur der Kompromisse kaum verändert.

Neue Herausforderungen, alte Methoden

Aus der Krisensituation heraus ist zweifelsohne größere Bereitschaft zur engen Zusammenarbeit entstanden. Dabei bedienen sich beide Länder der traditionellen Methoden des Bilateralismus, die sich über Jahrzehnte bewährt haben. Die Ungeduld der Finanzmärkte erzeugte dabei eine nie gekannte Dringlichkeit. Lange diplomatische Verhandlungen zur Kompromissfindung schienen kein adäquates Instrument zu sein. Konnten Deutschland und Frankreich dennoch auf effiziente Weise zur Krisenlösung beitragen?

Die Methode der Kompromissfindung, um deutsch-französische und im weiteren Sinne auch innereuropäische Meinungsverschiedenheiten zu überwinden, hat den Vorteil, dass die beschlossenen Maßnahmen politisch akzeptiert und somit legitimiert sind. Dies ist gerade in Deutschland ein wichtiger Punkt, wo die Bundesregierung ihrer Verpflichtung nachkommt, für die entscheidenden europapolitischen Entscheidungen die Zustimmung des Bundestags einzuholen. Außerdem können sich die Regierungen im intergouvernementalen Verhandlungsmodus gewisse Garantien sichern, die für sie und ihre Wählerschaft von Bedeutung sind.

Problematisch ist jedoch, dass die Erarbeitung von Kompromissen viel Zeit in An-

spruch nimmt.⁵ Während Paris und Berlin sich bemühten, ihre Meinungsverschiedenheiten auszuräumen, unterlag die wirtschaftliche und finanzielle Situation einer rasanten Negativentwicklung, welche die getroffenen Entscheidungen häufig bereits unzureichend erscheinen ließ. Wiederholt erweckten die europäischen Staats- und Regierungschefs den Eindruck, dass sie mit dem Tempo der Finanzwelt nicht Schritt halten konnten; regelmäßig äußerten sie sich widersprüchlich oder änderten ihren politischen Kurs, insbesondere zu den Themen, über die sich Frankreich und Deutschland bereits zu Beginn nicht hatten einigen können. So verständigten sich die Europäer im Oktober 2011 zum Beispiel über einen Schuldenschnitt für Griechenland, obwohl sie im Mai des gleichen Jahres jegliche Restrukturierungsmaßnahmen ausgeschlossen hatten. Auf diese Weise verunsicherten sie die Märkte weiter und hofften vergeblich auf nachhaltige Entspannungseffekte. Paris und Berlin lernten schließlich aus ihren Fehlern und versuchten zumindest auf der Ebene der politischen Kommunikation den Eindruck von Einigkeit zu erwecken. Aber welche Anstrengungen auch immer sie unternehmen – eine integrierte europäische Wirtschaftssteuerung können sie nicht ersetzen.

Besonders in Frankreich wurde die Sorge der deutschen Regierung vor übereilem Handeln negativ aufgenommen. Aus Sicht der Kritiker war es vor allem dem Zögern Deutschlands zuzuschreiben, dass wichtige Entscheidungen vertagt werden mussten. Statt „Panik auf den Märkten zu vermeiden“,⁶ habe dieses Verhalten zu weiterer Verunsicherung beigetragen – dieser Vorwurf wurde wiederholt laut, insbesondere in Bezug auf die Ausstattung der EFSF oder das EZB-Programm zum Ankauf von Staatsanleihen.

Die Kritik fußt auf der Annahme, dass es in derartigen Krisensituationen eine Notwendigkeit ist, möglichst rasch auf die Finanzwelt zu reagieren – auch wenn dies unkonventionelle Schritte erfordert. Sie trägt jedoch den erheblichen Unterschieden in den Poli-

tik- und Wirtschaftskulturen der jeweiligen Länder keine Rechnung. Angesichts der auseinanderdriftenden Positionen und beträchtlichen Herausforderungen wäre es schwierig, wenn nicht sogar unmöglich gewesen, vorausgehende Verhandlungen zwischen zwei Ländern wie Deutschland und Frankreich zu vermeiden. Bedauerlich erscheint dennoch, dass den Spitzenpolitikern in beiden Ländern nicht früher bewusst geworden ist, wie unerlässlich eine deutsch-französische Verständigung ist, und dass sie sich nicht von Anfang an um eine Annäherung bemüht haben, statt ihre Meinungsverschiedenheiten nach außen zu tragen.

Keine Legitimität ohne Einbeziehung der EU-Partner

Eine weitere Herausforderung, die beide Länder neben einer effizienten Krisenlösung zu meistern hatten, war die Einbeziehung der anderen EU-Partner. Es handelt sich dabei zwar um eine ständige Herausforderung für die deutsch-französische Zusammenarbeit, doch im Verlauf der Krise erlangte sie eine besondere Bedeutung. Angesichts der Dringlichkeit der Situation waren Frankreich und Deutschland wiederholt versucht, ausschließlich als Duo zusammenzuarbeiten. Zwar drängten die europäischen Partner regelmäßig darauf, die deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten zugunsten eines Kompromisses beizulegen, doch wehrten sie sich entschieden dagegen, aus dem Entscheidungsprozess ausgeschlossen zu werden. Statt einen Impulseffekt zu erzeugen, stießen die auf diese Art erarbeiteten deutsch-französischen Positionen daher mehrfach auf Ablehnung bei den europäischen Partnern.

Mit dieser Problematik mussten sich Paris und Berlin während der Krise mehrfach auseinandersetzen, vor allem aber nach dem Treffen von Sarkozy und Merkel in Deauville im Oktober 2010. Gemäß dem klassischen Kompromissprinzip sprachen sich die beiden Staats- und Regierungschefs dort für neue Haushaltsregeln und eine Änderung des Vertrags von Lissabon aus. Die überraschten europäischen Partner zeigten sich wenig erfreut darüber, dass sie zehn Tage vor dem gemeinsamen Gipfel in Brüssel damit vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Denn die deutsch-französische Einigung stellte nicht zuletzt

⁵ Vgl. Daniela Schwarzer, Der hohe Preis des Zauderns, in: Der Tagesspiegel vom 4. 8. 2011.

⁶ Jean Quatremer, Sortie de route pour „Merkozy“, 17. 11. 2011, <http://bruxelles.blogs.liberation.fr/coullisses/2011/11/sortie-de-route-pour-merkozy.html> (5. 12. 2012).

wesentliche Elemente der bisherigen Strategie infrage. Insbesondere Vertreter der europäischen Institutionen machten öffentlich keinen Hehl aus ihrer Verärgerung. Kommissarin Viviane Reding unterstrich, dass „neue Regeln nicht von zwei Staaten in Deauville gemacht“ würden, sondern von „27 Staaten in Luxemburg, Brüssel und Straßburg“.¹⁷

Die Bedenken hielten sich auch danach: Im Oktober 2011 erklärte der Vorsitzende der Eurogruppe Jean-Claude Juncker, dass eine gemeinsame Wirtschaftsregierung zwar wünschenswert sei, es aber kein „deutsch-französisches Kommando“ geben dürfe.¹⁸ Auch der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz sagte, „dieses deutsch-französische Direktorium, das sich anmaßt, über alles alleine zu entscheiden, das ist eine echte Gefahr“.¹⁹ Es erscheint daher so wichtig wie nie zuvor, die bilaterale Zusammenarbeit zu öffnen und die europäischen Partner einzubinden – sei es auf der Ebene der Mitgliedstaaten oder der EU-Institutionen. Das Ziel ist dabei in erster Linie, den deutsch-französischen Kompromissen eine größere Legitimität zu verleihen. Dies gilt insbesondere für Themengebiete, in denen die Positionen beider Länder nicht die innereuropäischen Unterschiede abbilden. Frankreich und Deutschland müssen kritische Stimmen zulassen und Positionen einbinden, welche sie selbst nicht zwangsläufig vertreten. Dies betrifft nicht zuletzt die politischen Entscheidungen, die sich an die gesamte EU richten und nicht ausschließlich an die Eurozone.

In diesem Sinne birgt das „Weimarer Dreieck“ ein gewisses Potenzial für die Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Polen. Allerdings hat diese Kooperation, abgesehen von einer Erklärung über die Wiederbelebung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) im Juli 2011, bis heute nur zu wenigen europäischen Projekten geführt. Grund dafür ist vor allem die

Asymmetrie zwischen den drei Partnerländern. Neben der wirtschaftlichen Diskrepanz zwischen Polen auf der einen und Frankreich und Deutschland auf der anderen Seite sind die Interdependenzen der jeweiligen Länder sehr verschieden, sei es im Bereich der politischen Institutionen oder der Zivilgesellschaft. In diesem Zusammenhang fällt es Warschau oft schwer, seinen Platz im Dreieck zu finden. Außerdem steht es nicht immer stellvertretend für die Interessen und Standpunkte der kleinen mittel- und osteuropäischen Staaten. Nichtsdestotrotz ist dieses trilaterale Format innerhalb der EU durchaus sinnvoll, gerade wenn es um gemeinsame Außenpolitik, Energiepolitik oder auch um die EU-Nachbarschaftspolitik geht.

Die Öffnung gegenüber anderen muss aber nicht zwangsläufig über ähnlich stark institutionalisierte Strukturen stattfinden. Unterschiedliche informelle Kooperationsformate mit drei oder vier Teilnehmern haben in den vergangenen Jahren ihre Effektivität bewiesen, ohne dabei auf einer genau festgelegten Struktur zu fußen. Hier sollte auf die Diskussionsplattform zwischen Paris, Berlin und London hingewiesen werden, welche außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen wie den Afghanistan-Einsatz oder die iranische Nuklearstrategie thematisiert, oder auf die Zusammenarbeit zwischen Paris, Berlin und Rom im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion, die im Zuge der Schuldenkrise neu belebt wurde. Der Vorteil dieser Mechanismen liegt in ihrer Flexibilität, da sie den zeitlichen und räumlichen Prämissen angepasst werden können und so auch verschiedene Themenschwerpunkte und Interessen abdecken. Insofern sie sich nicht in einem Exklusivmodus den gemeinschaftlichen EU-Spielregeln widersetzen, sind derartige Konstellationen um einen deutsch-französischen Kern ein interessanter Ansatz, die Entscheidungsfindungsprozesse in einer immer heterogeneren und komplexeren EU zu vereinfachen.

¹⁷ Zit. nach: EU-Kommissarin geißelt Merkel-Plan als „selbstmörderisch“, 28.10.2010, www.handelsblatt.com/3576352.html (5.12.2012).

¹⁸ Zehn Schritte zur Rettung des Euro (Interview mit Jean-Claude Juncker), 12.10.2011, www.handelsblatt.com/4743196-all.html (5.12.2012).

¹⁹ „Wir haben den größten ökonomischen Wurf und das kleinste politische Karo“ (Interview mit Martin Schulz), 30.10.2012, www.dradio.de/dlf/sendungen/idw_dlf/1591336 (5.12.2012).

Führungsrolle jenseits der Schuldenkrise?

Durch die Finanz-, Wirtschafts- und anschließende Schuldenkrise hat der deutsch-französische Bilateralismus wieder an Bedeutung gewonnen und ist zu einem wichtigen Rad im Getriebe des europäischen Krisenmanagements geworden. Zugleich aber ha-

ben Deutschland und Frankreich andere europapolitische Felder aus den Augen verloren. Seit Ausbruch der Krise im Jahr 2007 wurde die europäische Integration zwar vertieft, doch hat sich diese Vertiefung auf den wirtschafts- und haushaltspolitischen Bereich konzentriert. In den strategischen Feldern der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Energiepolitik wurde in den vergangenen Jahren auf europäischer Ebene wenig erreicht.

Ausgerechnet bei diesen Fragen, in denen Deutschland und Frankreich traditionell weit auseinanderstehen, ist eine bilaterale Kooperation erforderlich, um die innereuropäischen Differenzen zu überwinden. Aber wie die Debatte über einen Militäreinsatz in Libyen im Frühling 2011 zeigte, herrscht zwischen beiden Ländern, wie auch zwischen den anderen Mitgliedstaaten, große Uneinigkeit über die außenpolitische Orientierung der EU. Obwohl Deutschland und Frankreich in der Außenpolitik kurz- und mittelfristig vor großen Herausforderungen stehen (wie etwa die Umbrüche im arabischen Raum oder der amerikanische Rückzug aus Europa), tendieren sie immer noch dazu, nationale Wege zu gehen. Auch im Bereich der Energiepolitik haben sich beide Länder für unterschiedliche Ansätze entschieden, insbesondere nach dem Nuklearunfall in Fukushima.

Im Rahmen des Krisenmanagements war die Fokussierung auf Wirtschafts- und Haushaltsfragen unvermeidbar. Sollte sich die deutsch-französische Zusammenarbeit langfristig jedoch darauf beschränken, hätte dies Auswirkungen auf den europäischen Integrationsprozess. Ohne einen stabilen und politikfeldübergreifenden Bilateralismus wäre die Europapolitik stets auf temporäre und damit fragile Koalitionen angewiesen, die sich je nach Interesse der Mitgliedstaaten immer wieder bilden und lösen würden. Es mag sein, dass die EU eines Tages über so stark integrierte Entscheidungsmechanismen verfügen wird, dass sie auf die intergouvernementale Zusammenarbeit verzichten kann – doch liegt dies bislang in weiter und ungewisser Ferne. Bis dahin wird sich die Union weiterhin auf eine solide intergouvernementale Struktur stützen müssen, oder sie läuft Gefahr, in längere Phasen der Instabilität und vielleicht sogar der Desintegration zu geraten. Dass Deutschland und Frankreich dabei

eine besondere Rolle zukommt, hat nicht nur mit Tradition zu tun, sondern auch mit der Feststellung, dass es (jetzt noch) an glaubwürdigen Alternativen fehlt.

Eine dauerhafte Fokussierung auf die Wirtschafts- und Haushaltspolitik würde außerdem das deutsch-französische Verhältnis langfristig ins Wanken bringen. Seit Jahrzehnten verfügen beide Länder über sehr verschiedene Machtattribute: Deutschland über eine starke, exportorientierte Wirtschaft, Frankreich über seinen Status als Nuklearmacht und ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat. Entsprechend haben beide Länder in Bezug auf die Europapolitik immer schon unterschiedliche Interessen verfolgt. So konnten sie jahrzehntelang nach dem Gegenleistungsprinzip politikfeldübergreifende Kompromisse (*package deals*) schließen, die zur europäischen Integration beigetragen haben. Vor diesem Hintergrund würde das Ausklammern wichtiger Themen wie der Außen- und Sicherheitspolitik zum Bedeutungsverlust des französischen Partners beitragen, dessen Schwächung durch die Schuldenkrise offensichtlich geworden ist. Dies ist nicht im Interesse Deutschlands, das – insbesondere in schwierigen Zeiten – einen soliden und zuverlässigen Partner an seiner Seite braucht.

Auch wenn der deutsch-französische Bilateralismus im Rahmen der Krise eine Renaissance erlebte, wurde er durch die EU-Erweiterung geschwächt. Insofern besteht nach wie vor kein Automatismus für eine Führungsrolle Deutschlands und Frankreichs in der EU. Ob beide Länder auch künftig in der Lage sein werden, die europäische Integration voranzutreiben, hängt zum Teil von ihrer Fähigkeit ab, ihre europäischen Partner in flexibler und differenzierter Weise einzubeziehen. Entscheidend ist aber auch und vor allem der Wille ihrer Regierenden, sich gemeinsam mit zukunftsrelevanten Fragen aus unterschiedlichen Politikfeldern zu befassen – und dies auch ohne externen Druck, sei er finanzieller oder militärischer Natur. Eine solche Zusammenarbeit setzt allerdings voraus, dass sich Paris und Berlin vor nationalen Egoismen hüten und sich als Partner im Dienste aller Europäer verstehen.

Gregory Dufour

Europa im Kleinen: Grenzüberschreitende Kooperation am Beispiel Lothringen

„Die Zukunft unserer beiden Völker, die Basis auf der Europa aufgebaut wird und aufgebaut werden muss, und die sicherste Grundlage für die Freiheit in der

Gregory Dufour

Geb. 1974; seit 2004 persönlicher Beauftragter für die deutsch-französischen Beziehungen und die militärischen Angelegenheiten in einer Gebietskörperschaft, Metz; Vizepräsident des deutsch-französischen Vereins ORFACE (Observatoire des Relations franco-allemandes pur la Construction européenne).
president@i-defense.org
www.gregorydufour.eu

Welt, ist die gegenseitige Achtung, das Vertrauen und die gegenseitige Freundschaft des französischen und des deutschen Volkes.“¹

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wünschten sich viele ehemalige Deportierte und Widerstandskämpfer zum Aufbau des Friedens zwischen Frankreich und

Deutschland beizutragen, dies insbesondere in den Grenzregionen wie Lothringen, aber auch im gesamten übrigen Europa. Viele dieser Menschen wollten ihren Beitrag zu diesem großen Ziel durch die Gründung von Städtepartnerschaften leisten. Diese Partnerschaften waren der eigentliche Kitt dieser deutsch-französischen Aussöhnung auf der Ebene der Zivilgesellschaft,² ebenso wie die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks, das von Bundeskanzler Konrad Adenauer und General Charles de Gaulle initiiert wurde und dessen Leistung Staatspräsident François Hollande und Kanzlerin Angela Merkel aus Anlass des 50. Jahrestages der oben zitierten Rede des Generals an die deutsche Jugend im September 2012 besonders hervorgehoben haben.

Die Gebietskörperschaften (*Conseils Régionaux, Départements, Communes*) haben immer, insbesondere durch die Städtepartnerschaften, eine fundamentale Rolle innerhalb der deutsch-französischen Annäherung im

Dienste Europas gespielt. Das gilt besonders in Lothringen, allein dort zählt man 115 Partnerschaften. Nancy und Metz waren unter den ersten, die diesen Weg beschritten, mit Karlsruhe 1955 und mit Trier 1957, also schon lange vor der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags am 22. Januar 1963, welcher der eigentliche Eckpfeiler der deutsch-französischen Kooperation werden sollte und der es noch heute ist.³

Obwohl Lothringen die Qualen mehrerer schrecklicher Kriege zwischen Deutschland und Frankreich (1870–1871, 1914–1918 und 1940–1945) durchgemacht und ein Teil dieses Landes, das Moseldepartement (*Moselle*), zwei dramatische Annexionen erlebt hat,⁴ übernahm es bei dieser Annäherung und im Bemühen um die Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen insgesamt eine Vorreiterrolle. Noch heute, 68 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und 50 Jahre nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags, bleibt die Region einer der Hauptakteure der deutsch-französischen und grenzüberschreitenden Kooperation.

Enge Beziehungen

Die Vielzahl der Kontakte, die von lothringischen Gebietskörperschaften, Einrichtungen, Verwaltungen und Vereinen ins Leben gerufen und unterhalten wurden, spiegelt die enge Kooperation, aber auch die enge Freundschaft wider, die Lothringen mit Deutschland auf allen Ebenen verbindet. Von der politischen Arbeit des Regionalrats Lothringens (*Conseil Régional*)⁵ über die Gründung des Eurodistrikts Saarbrücken-Mosel⁶ bis hin zu den lokalen Initiativen, von der Dynamik der Université de Lorraine (Metz und Nancy), die

Übersetzung aus dem Französischen: Birgit Martens-Schöne, Maisons-Laffitte/Frankreich.

¹ Charles de Gaulle, Discours à la Jeunesse allemande (Rede an die deutsche Jugend), Ludwigsburg, 9.9.1962.

² Vgl. Corine Defrance/Michael Kissener/Pia Nordblom (Hrsg.), Wege der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen – Zivilgesellschaftliche Annäherungen, Tübingen 2010.

³ Siehe hierzu auch den Beitrag von Ulrich Pfeil in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

⁴ Vgl. François Roth, *Alsace-Lorraine, histoire d'un „pays perdu“*. De 1870 à nos jours, Nancy 2010.

⁵ Vgl. www.lorraine.eu (3.12.2012).

⁶ Vgl. www.saarmoselle.org (3.12.2012).

auf dem Gebiet der deutsch-französischen Hochschulkoooperation in Frankreich führend ist, bis zu den deutsch-französischen Abiturklassen („AbiBac“), vom grenzüberschreitenden Zug „TER Metrolor“ bis zum „TGV Grand Est“ (der deutsche Großstädte mit Paris verbindet), von der Stationierung des 3. Husarenregiments, einer Einheit der deutsch-französischen Brigade, bis zum Sitz der französischen Abteilung des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge in Metz, von den 220 Betrieben mit deutschem Kapital bis zu den 24 000 Grenzgängern, die im Saarland oder in Rheinland-Pfalz arbeiten: Jede Form der Kooperation trägt auf ihre Art dazu bei, die deutsch-französische Freundschaft zu unterhalten, zu vertiefen und zu dynamisieren – und das in einer von der Geschichte geprägten, entschieden europäischen Region.

Dass Lothringen innerhalb der deutsch-französischen Beziehungen und der europäischen Integration einen bedeutenden Platz einnimmt, ist kein Zufall. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren Frankreich und Deutschland von dem Willen geleitet, Frieden zu finden und diesen dauerhaft zu bewahren. Zu einer der Grundlagen dieses Friedens wurde schließlich die vom französischen Außenminister Robert Schuman erdachte und 1951 gegründete Montanunion (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, EGKS),¹⁷ in der Lothringen dank seiner Grenzlage, seiner Minen und seiner Eisen- und Stahlindustrie eine wichtige Rolle spielte. Das Entstehen Europas dank der deutsch-französischen Aussöhnung und dank der Wirtschaft sollte einen erheblichen Aufschwung in Lothringen auslösen – ein Aufschwung, von dem die Region heute noch profitiert.

Die lothringische Wirtschaft ist in wesentlichen Teilen tatsächlich von Deutschland abhängig: Ein Drittel basiert auf dem Austausch mit „dem Land Goethes“, wie die Franzosen sagen.¹⁸ Die ausgesprochen günstige Lage dieser Region im Herzen Europas, seine Ge-

schichte, die Qualität seiner Infrastruktur und die Fachkompetenzen seiner Bürgerinnen und Bürger sind einige der Gründe, warum zahlreiche deutsche Unternehmen hier investieren.¹⁹

Von der bilateralen zur multilateralen Kooperation

Umgeben von drei Grenzen ist Lothringen im Laufe der Zeit zu einem der wichtigsten Ziele für deutsche Investitionen in Frankreich geworden und auch eine der Hauptregionen der deutsch-französischen Kooperation, insbesondere mit seinen direkten Nachbarregionen, den Bundesländern Saarland und Rheinland-Pfalz. Obwohl diese Beziehungen selbstverständlich bilateral sind, so bleiben sie doch nicht exklusiv, sondern sind nach allen Seiten offen. Denn Lothringen, das Saarland und Rheinland-Pfalz arbeiten auch auf verschiedenen Ebenen und auf anderen Gebieten mit ihren wallonischen und luxemburgischen Partnern im Rahmen der „Großregion“¹⁰ (ehemals „Saarlorlux“) zusammen. Diese grenzüberschreitende deutsch-französische und auf andere Partner ausgeweitete Kooperation liegt in den Händen zahlreicher Institutionen:

- der Gipfel der Großregion, auf dem sich die politischen Spitzen der Partnerregionen treffen (zum Beispiel für Lothringen: der Präsident des Regionalrats, der Präfekt der Region und die Präsidenten der Generalräte der Départements);
- der Interregionale Parlamentarierrat,¹¹ der die Repräsentanten der Parlamente der angrenzenden Länder vereint (Regionalrat von Lothringen, Landtage des Saarlandes und von Rheinland-Pfalz, Abgeordnetenhauses von Luxemburg, Französische und Deutschsprachige Gemeinschaften Belgiens, wallonisches Parlament);
- der Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion, der eine beratende Funkti-

¹⁷ Vgl. Andreas Wilkens (éd.), *Le plan Schuman dans l'histoire. Intérêts nationaux et projet européen*, Bruxelles 2004.

¹⁸ Im Jahr 2011 gingen nach Angaben des französischen Zolls 32,13 Prozent der lothringischen Exporte nach Deutschland, 32,9 Prozent der Importe kamen aus Deutschland, mit einer positiven Handelsbilanz von 567 Millionen Euro.

¹⁹ Laut der Agentur Invest in France liegt Deutschland bei den ausländischen Investoren in Lothringen an erster Stelle, mit 50 Prozent der ausländischen Investitionen im Jahr 2011.

¹⁰ Vgl. www.granderegion.net (3.12.2012).

¹¹ Vgl. www.cpi-ipr.com (3.12.2012).

on für den sozioökonomischen Bereich hat und sich aus 36 von den regionalen Partnern ernannten Mitgliedern zusammensetzt;

- der Interregionale Gewerkschaftsrat,^{I¹²} in dem sich die Gewerkschaften des Saarlandes, Lothringens und Luxemburgs beraten;
- sowie das Städtenetz QuattroPole,^{I¹³} eine Kooperation der vier Städte Metz, Saarbrücken, Trier und Luxemburg.

Die Großregion, deren Vorsitz alle 24 Monate zwischen den Partnerregionen wechselt, steht nicht in Konkurrenz, wie manchmal behauptet wird, zur bilateralen deutsch-französischen Kooperation, die Lothringen mit seinem saarländischen Partner unterhält. Ganz im Gegenteil: Sie ergänzen sich bestens und bleiben ein wertvolles Laboratorium für Ideen und Initiativen, die für die Bürger sehr wichtig sind, selbst wenn dieses deutsch-französische und europäische Laboratorium von den Medien und den institutionellen Entscheidungsträgern in Paris und Berlin kaum wahrgenommen wird.

Doch was wird auf dieser Ebene nicht alles unternommen: Die erst kürzlich erfolgte Gründung der Universität der Großregion,^{I¹⁴} die Schaffung eines gemeinsamen Kulturraums, die Existenz des Interregionalen Gewerkschaftsrates oder die Schaffung einer Task Force,^{I¹⁵} die Vorschläge zur Verbesserung der sozialen Bedingungen der 200 000 Grenzgänger der Großregion erarbeiten soll – dies alles sind konkrete und wichtige Elemente für diesen im Entstehen begriffenen Raum, den man, zu Recht, als ein funktionierendes „Europa im Kleinen“ bezeichnen könnte. Die zentrale Lage der Großregion im Herzen der Europäischen Union, seine kulturelle und linguistische Diversität, seine mehr als 30-jährige Tradition der grenzüberschreitenden Kooperation und die Dynamik seiner 11,4 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner prädestinieren sie, eine der Modellregionen Europas zu werden. Dennoch gibt es verschiedene He-

erausforderungen, auf die im Folgenden eingegangen werden soll.

Herausforderung Sprache

Obwohl die Region Lothringen an der Grenze zu Deutschland liegt und außerdem an zwei Länder und Regionen grenzt, die teilweise deutschsprachig sind (Luxemburg und Wallonien, oder genauer gesagt die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens), so ist doch das Erlernen der „Sprache Goethes“ keine Selbstverständlichkeit für Lothringer. Der umgekehrte Fall gilt auch für die an Frankreich grenzenden Bundesländer und das Erlernen der französischen Sprache.

Als Teil eines zentralisierten Staats muss sich Lothringen, wie auch der Rest Frankreichs, mit den Sonntagsreden der Regierung in Paris begnügen. Selbstverständlich taucht die Frage des Erlernens der Partnersprache in den Sitzungen des deutsch-französischen Rats, in den offiziellen Reden und in der deutsch-französischen Agenda 2020,^{I¹⁶} die eine Art Fahrplan der deutsch-französischen Kooperation ist, immer wieder auf. Aber die Wirklichkeit ist meilenweit von den dort geäußerten Wünschen entfernt. Die Stellenstreichungen für Deutschlehrer an den Collèges und Lycées, die Streichung von Unterrichtsstunden, der Wunsch mancher Eltern, ihre Kinder nicht mehr Deutsch lernen zu lassen (da sie Deutsch für eine schwere Sprache halten), und dies trotz der Berufschancen, die diese Sprache in dieser Grenzregion eröffnen könnte, ergeben eine Realität, die durchaus Probleme aufwirft für einen Landesteil, dessen Wirtschaft in nicht geringem Maße vom Austausch mit Deutschland abhängt.

Verschiedene Vereine, angefangen mit der Association pour le Développement de l'Enseignement de l'Allemand en France (ADEAF),^{I¹⁷} die fast 2000 Mitglieder zählt (darunter fast ein Viertel aller Deutschlehrer in Frankreich), bemühen sich in Lothringen und auch im übrigen Frankreich nach Kräften, dieser Entwicklung entgegenzutreten, aber sie finden kaum Gehör bei den verantwortlichen

^{I¹²} Vgl. www.granderegion.net/de/andere-interregionale-kooperationen/d_interregionale_gewerkschaftsrat/index.html (3. 12. 2012).

^{I¹³} Vgl. www.quattropole.org (3. 12. 2012).

^{I¹⁴} Vgl. www.uni-gr.eu (3. 12. 2012).

^{I¹⁵} Vgl. www.tf-grenzgaenger.eu (3. 12. 2012).

^{I¹⁶} Vgl. www.france-allemande.fr/Die-Deutsch-Franzoesische-Agenda,5245.html (3. 12. 2012).

^{I¹⁷} Vgl. www.adeaf.fr (3. 12. 2012).

Politikern. Nach Schätzungen der Schulbehörde Nancy-Metz ist der Anteil der Collège-Schülerinnen und -Schüler (Sekundarstufe I), die Deutsch als erste Fremdsprache erlernen, in Lothringen innerhalb von zehn Jahren von 36 Prozent auf 25 Prozent gefallen. Auch auf dem Lycée (Sekundarstufe II) ist ein allgemeiner Rückgang des Anteils der Deutsch lernenden Schülerinnen und Schüler zu verzeichnen.

Der kontinuierliche Rückgang des Deutschunterrichts in Lothringen wird, wenn ihm nicht Einhalt geboten wird, die Grenzregion langfristig vor schwerwiegende Probleme stellen. So ist Lothringen in sprachlicher Hinsicht vom guten Willen der Regierung in Paris abhängig, denn Frankreich ist, das soll nochmals in Erinnerung gerufen werden, kein föderaler, sondern ein zentralistischer Staat. Der Umstand, dass Lothringen eine gemeinsame Grenze mit Deutschland teilt, wird dabei leider nicht berücksichtigt. Hier werden die Grenzen des Erlernens der deutschen Sprache gezogen, und sie stehen im diametralen Kontrast zu den offiziellen Reden.

Herausforderung Medien

Die zweite Herausforderung betrifft die Bereitschaft und die Möglichkeit der Bürgerinnen und Bürger, sich über die deutsch-französischen und grenznahen Neuigkeiten zu informieren. Heutzutage sind die lothringischen Medien in ihrer großen Mehrheit, ob Presse oder öffentliches Fernsehen, sehr zurückhaltend, was ihre Berichterstattung über deutsch-französische oder die Grenzlage betreffende Themen angeht. Auch hier gibt es zwischen der Realität und den sich wiederholenden offiziellen Reden über die Zukunft Europas in Paris und Berlin eine tiefe Kluft. Die auf dem deutsch-französischen Gipfel 2002 in Schwerin formulierten Vorschläge zur „Bedeutung der Medien für die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit“ sind über das Stadium von Absichtserklärungen nicht hinausgekommen.¹⁸

Stärker als anderswo ist in Grenzgebieten das eigentliche Europa zu erleben – seine Realität, seine Qualitäten und seine Mängel.

¹⁸ Vgl. Alexandre Wattin, Die deutsch-französischen Gipfeltreffen im Zeitraum 1991–2002, Bonn 2003.

Gerade angesichts der modernen Möglichkeiten, die Bürgerinnen und Bürger grenzübergreifend zu informieren, könnte sich ein Zugehörigkeitsgefühl zu einer Art europäischer „Schicksalsgemeinschaft“ entwickeln. Dies wäre sicherlich der sinnvollste Weg, um dem Euroskeptizismus und der gefährlichen Abschottung wirkungsvoll zu begegnen, die in Frankreich mehr und mehr an Einfluss gewinnt, je länger die Wirtschafts- und Finanzkrise anhält. Es ist offensichtlich: Je weniger in den Medien über Europa geredet wird, desto weniger ist seine Rolle zu erklären und kann seine Bedeutung erkannt werden. Aber die Franzosen, und so auch die Lothringer, sind seit 1992 europäische Bürger (Vertrag von Maastricht). Als solche müssten sie ein unveräußerliches Recht haben, unentgeltlich im Radio und Fernsehen über Europa informiert zu werden und insbesondere über Nachrichten aus den Nachbarländern. Aber das ist leider nicht der Fall. Die Fernsehrealität ist weit entfernt von einer europäischen Kulturförderung und -werbung, die man in einer Region wie Lothringen mit ihren drei Grenzen zu Deutschland, Belgien und Luxemburg erwarten sollte.

Nehmen wir das Beispiel der beiden wichtigsten französischen Breitband-Anbieter, Free und SFR, die zusammen fast zehn Millionen Kundinnen und Kunden haben: Die Lothringer können bei diesen Betreibern kein öffentlich-rechtliches deutsches Fernsehen außer Arte und der Deutschen Welle empfangen, und für einige andere private Sender wie RTL und Sat.1 müssen sie zusätzlich zwischen sieben und neun Euro zum normalen Monatspreis zahlen (der bei 30 Euro liegen kann). Es ist schon kurios, dass es für diejenigen Bewohner einer Grenzregion, die nicht eine Satellitenantenne installieren können (beispielsweise weil es ihr Mietvertrag nicht erlaubt), nicht die Möglichkeit gibt, die deutschen öffentlich-rechtlichen Sender zu empfangen, deren Empfang per Satellit kostenlos ist, auch wenn diese sich zugegebenermaßen in erster Linie an ein deutsches Publikum richten. Dass die deutschen öffentlich-rechtlichen Sender nicht zu empfangen sind, hängt zwar auch mit bestimmten Ausstrahlungsrechten zusammen, aber letztlich obsiegen hier wirtschaftliche und juristische Überlegungen über den Willen, besser zu informieren, wie

es auf dem deutsch-französischen Gipfel in Schwerin vorgeschlagen wurde.

In Frankreich und insbesondere in Grenzregionen wie Lothringen ist also eine informationelle Benachteiligung von Bürgerinnen und Bürgern festzustellen, die nicht die Möglichkeit haben, eine Satellitenschüssel zu installieren und deshalb dazu gezwungen sind, Zusatzabonnements abzuschließen. Schlimmer noch: Es wird eine neue Grenze geschaffen – nur ist sie dieses Mal digital und medial. 20 Jahre nach der Unterzeichnung des Maastrichter Vertrags ist das schon bemerkenswert.

Herausforderung Bürgerbeteiligung

Die grenzüberschreitende deutsch-französische Kooperation muss sich, wie auch die gesamte Großregion, stärker den Bürgerinnen und Bürgern öffnen. Mehr Demokratie wäre zweifellos auch in den Gremien der Großregion wünschenswert, in denen die politischen Repräsentanten, die auf verschiedenen grenzüberschreitenden Ebenen Entscheidungen treffen, im Wesentlichen ohne vorherige Konsultation der Bevölkerung von ihren eigenen Gremien ernannt wurden.

Im Saarland haben SPD und CDU in ihrem Koalitionsvertrag den Wunsch zum Ausdruck gebracht, dass die Mitglieder des Interregionalen Parlamentarierrates durch Direktwahl bestimmt werden sollten. Auch wenn dies utopisch erscheinen mag (ein solcher Vorschlag kann in Lothringen niemals Zustimmung finden, da er gegen die nationale Souveränität verstößt), so werden doch immer mehr Stimmen laut, die diesen grenzüberschreitenden Raum konkreter für den einfachen Bürger gestalten wollen, der nicht nur unzufrieden ist mit der mangelnden Information durch die Medien, sondern auch durch die politischen Institutionen. Es ist interessant zu beobachten, dass die Mängel auf der Ebene der Großregion dieselben sind, die auch bei der Europäischen Union zu beobachten sind. Die unzureichende Berichterstattung durch die Medien und das Fehlen von Erklärungen der Politiker führt im besten Fall zu einem allgemeinen Desinteresse, im schlimmsten Fall aber zu Euroskeptizismus oder Nationalismus. Dass sich dieser Effekt auch in Bezug auf die Großregion einstellt, ist dringend zu vermeiden.

Zusammen mit seinen Partnern der Großregion bleibt Lothringen sowohl in bilateraler deutsch-französischer als auch in multilateraler Hinsicht ein Experimentierfeld, das sowohl für Deutschland und Frankreich wichtig ist, aber auch für die gesamte Europäische Union, so unvollkommen es auch sein mag. Es ist also kein Zufall, wenn von der Großregion als ein „kleines Europa“ gesprochen wird. Was könnte es Selbstverständlicheres geben für eine Region, aus der ein Mann wie Robert Schuman stammt?

In einer Zeit, in der die Lage in Frankreich, in Deutschland und in Europa sehr besorgniserregend ist und in der nationale Abschottung droht, bleibt die Mobilisierung aller Akteure der Gesellschaft ein Muss – einerseits, um eine bessere Kooperation und ein besseres gegenseitige Verständnis zu erreichen, andererseits, um diesen langwierigen Prozess, der zum Aufbau der grenzüberschreitenden deutsch-französischen Kooperation, der Großregion und der Europäischen Union nötig war, zu konsolidieren. Von ihrer Fähigkeit, die Schwierigkeiten zu überwinden, hängt der Erfolg ab. Lothringen und das Saarland haben eine wichtige Rolle zu spielen. Sicherlich, „die deutsch-französische Freundschaft“, wie der ehemalige französische Staatspräsident François Mitterrand völlig zu Recht betonte, „versteht sich nicht von selbst“. „Sie ist“, so sagte er, „weder natürlich noch automatisch“.¹⁹ Sie ist in dieser Region vor dem Hintergrund der gemeinsamen Geschichte, vielleicht mehr als anderswo, eine „permanente Einrichtung“, die mit jeder neuen Generation erneuert werden muss. Diese beiden Nachbarregionen versuchen letztendlich mit ihren anderen Partnern in der Großregion, „europäisch zu reden“,²⁰ wie es seinerzeit der französische Außenminister Aristide Briand hoffnungsvoll formulierte, der im Dezember 1926 zusammen mit seinem deutschen Amtskollegen Gustav Stresemann den Friedensnobelpreis erhielt.

¹⁹ Allocution de M. François Mitterrand, Président de la République, sur l'entente franco-allemande et la construction de l'unité européenne, Baden-Baden le 25 novembre 1994, <http://discours.vie-publique.fr/notices/947015300.html> (3. 12. 2012).

²⁰ Débats parlementaires, Assemblée nationale, 26. 2. 1926.

Ansbert Baumann

Ein kritischer Zwischenruf zur deutsch-französischen Kulturpolitik

Essay

Es ist gerade erst ein Jahr her, da waren die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich von einer schier grenzenlos

Ansbert Baumann
Dr. phil., geb. 1967; Historiker,
Dozent an der Sciences Po
Paris; wissenschaftlicher
Mitarbeiter am Seminar für
Zeitgeschichte der Universität
Tübingen, Wilhelmstraße 36,
72074 Tübingen.
ansbert.baumann@
uni-tuebingen.de

erscheinenden Harmonie geprägt: Die Zusammenarbeit auf Regierungsebene verlief vorbildlich, und Staatspräsident Nicolas Sarkozy bekundete zu Beginn des französischen Präsidentschaftswahlkampfes beharrlich seine Bewunderung für Bundeskanzlerin Angela Merkel und stellte Deutschland als leuchtendes Vorbild für die künftige französische Politik dar („le modèle allemand“). Seit dem Amtsantritt von François Hollande scheint der deutsch-französische Motor eher ins Stottern geraten und von der Vorbildfunktion der deutschen Politik nicht mehr viel übrig geblieben zu sein. Vielmehr hat es den Anschein, als wolle der neue französische Staatschef Frankreich zum Vorreiter einer Umstrukturierung innerhalb der EU machen. Angesichts dieser Entwicklung bleibt abzuwarten, inwieweit die in der sogenannten Agenda 2020 anvisierten Ziele erreichbar bleiben. In diesen am 4. Februar 2010 vom Deutsch-Französischen Ministerrat verabschiedeten politischen Leitlinien für die deutsch-französische Zusammenarbeit hatte man sich noch auf die „beispielhafte Einigkeit“ der beiden Regierungen bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise berufen und eine verstärkte „Koordinierung wirtschaftspolitischer Maßnahmen in den einschlägigen EU-Gremien“ beschlossen.¹

Von einer aufeinander abgestimmten Wirtschaftspolitik ist man derzeit weit entfernt; immerhin sprach sich Hollande anlässlich des Festakts am 22. September 2012 in Ludwigsburg für den Ausbau des künstlerischen, wissenschaftlichen und universitären Austauschs zwischen beiden Ländern aus und bestätigte damit die Ziele der Agenda in einem vordergründig politisch unverfänglicheren Feld: Im Hinblick auf die kulturpolitische Zusammenarbeit bekundeten die beiden Regierungen dort nämlich den Willen, „Vorreiter bei der Schaffung eines gemeinsamen kulturellen Raums in Europa (zu) werden, der die kulturelle Vielfalt und den kulturellen Reichtum unseres Kontinents wahr und fördert. Um den deutsch-französischen gemeinsamen Kulturraum zu stärken, werden wir uns unter anderem darum bemühen, Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die der Freizügigkeit kreativer Menschen und Werke im Weg stehen, indem wir neue Förder- und Austauschprogramme für Künstler, Vertreter kultureller Einrichtungen und Mitarbeiter der Kulturministerien schaffen; der gemeinsame deutsch-französische Kulturraum kann in weiteren gemeinsamen Projekten seinen Ausdruck finden.“²

Eingedenk der Tatsache, dass die Interventionsmöglichkeiten im Bereich der Kultur ohnehin schon dadurch begrenzt sind, dass die Politik in demokratischen Staaten lediglich Rahmenbedingungen vorgeben sollte, innerhalb derer sich dann kulturelle Aktivitäten entwickeln können und sich im Fall des deutsch-französischen Austauschs weitere Schwierigkeiten aus dem Unterschied zwischen deutschem Föderalismus und französischem Zentralismus ergeben, bewirken vorschnell abgegebene Erklärungen im kulturpolitischen Bereich erfahrungsgemäß häufig eine Art Bumerangeffekt. Man kann sich deswegen durchaus darüber wundern, mit welcher Selbstverständlichkeit gerade in Zeiten wirtschaftspolitischer Differenzen wagemutige kulturpolitische Ziele formuliert werden. Dies ist umso erstaunlicher, weil die grundsätzliche Bedeutung kultur- und bildungspolitischer Initiativen ja keinesfalls unterbewertet werden sollte und sich hierbei

¹ Deutsch-Französische Agenda 2020, online: www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2010/02/2010-02-04-deutsch-franzoesische-agenda-2020.html (3. 12. 2012).

² Ebd.

gerade im deutsch-französischen Verhältnis innerhalb der zurückliegenden Jahrzehnte eklatante Defizite aufzun, die nicht gerade für eine Vorbildfunktion in Europa prädestinieren: Vielen wohlklingenden Verlautbarungen und Erklärungen steht eine Bilanz gegenüber, die wenige konkrete Fortschritte aufzuweisen hat, auch wenn im Anschluss an die Agenda 2020 einzelne Maßnahmen elanvoll in Angriff genommen wurden. So wird beispielsweise am 21. Januar 2013 bereits zum dritten Mal der von einer deutsch-französischen Jury ausgelobte Franz-Hessel-Preis an zeitgenössische Autoren aus beiden Ländern verliehen, um – so die offizielle Begründung – „den literarischen Dialog zwischen Deutschland und Frankreich zu vertiefen (...) und damit einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung des deutsch-französischen Kulturraums zu leisten“.[¶]

Unterschiedliche Begriffstraditionen

Es ist durchaus lohnenswert, sich ein paar grundsätzliche Gedanken zu jenem immer wieder propagierten „Kulturraum“ zu machen: Seit mit dem Vertrag von Maastricht 1992 die Zuständigkeit der europäischen Gemeinschaft erstmals auch auf den Bereich der Kultur ausgeweitet wurde,[¶] erlebte der Begriff in der Politik eine Renaissance: Beispielsweise verabschiedete das Europäische Parlament am 5. September 2001 den Beschluss „die kulturelle Zusammenarbeit sowohl auf politischer Ebene als auch auf der Ebene des Haushaltsplans (...) zu stärken, um die Schaffung eines ‚europäischen Kulturraums‘ zu ermöglichen“.[¶]

Gerade im deutsch-französischen Kontext ist die Bezeichnung „Kulturraum“ jedoch extrem problematisch: Entstanden ist der Begriff im Kontext der Institutionalisierung der Volkskunde in der Zeit nach 1800, Verbrei-

tung fand er allerdings vor allem durch die Arbeit des Bonner Instituts für Rheinische Landeskunde, welches in den 1920er und 1930er Jahren eine führende Rolle innerhalb der sogenannten Westforschung spielte. Zu dieser gehörte, wie es ein Institutsmitarbeiter 1934 ausdrückte, beispielsweise auch die „Historikerschlacht um das linke Rheinufer“.[¶] Den damaligen „Kulturraumforschern“ – neben Historikern waren dies Geografen, Sprachwissenschaftler und Archäologen – ging es vor allem darum, Expansionsbestrebungen der deutschen Politik mit mehr oder weniger wissenschaftlichen Argumenten zu legitimieren. Interessanterweise beschäftigten sich mehrere dieser Wissenschaftler nach 1945 nicht mehr mit dem deutschen, sondern mit dem „europäischen Kulturraum“,[¶] womit der Begriff eine erste Rehabilitierung und Umdeutung erfuhr, die dann nach und nach auch in die Politik eindringen konnte.

Anhand der Herkunft des deutschen Begriffs „Kulturraum“ lässt sich zudem ein wesentlicher Unterschied in der kulturellen Selbstwahrnehmung zwischen Deutschen und Franzosen festmachen. Die Idee eines „deutschen Kulturraums“ entstammte nämlich letztlich dem im Vergleich zu Frankreich völlig unterschiedlichen Nationalbewusstsein: Die moderne Idee des Nationalstaats entstand bekanntlich im Zuge der Französischen Revolution, die ja indirekt 1806 auch zum Ende des „Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation“ führte. Angesichts der Tatsache, dass nach 1815 der Integralität des französischen Nationalstaats ein in 39 Einzelstaaten aufgeteiltes Deutschland gegenüberstand, entwickelte sich der deutsche Nationalismus quasi zwangsläufig gegen Frankreich: So wurden die Kriege gegen Napoleon im Nachhinein zu nationalen „Befreiungskriegen“ deklariert,[¶] und im Kontext der sogenannten

¶ Pressemitteilung des Staatsministers für Kultur und Medien Bernd Neumann, 10.12.2010, www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2010/12/2010-12-10-bkm-literaturpreis-deutsch-franzoesisch.html (3.12.2012).

¶ Art. 128 EG-Vertrag. Vgl. Thomas Läufer (Bearb.), Europäische Union, Europäische Gemeinschaft. Die Vertragstexte von Maastricht mit den deutschen Begleitgesetzen, Bonn 1996⁵, S. 205 f.

¶ Entschließung des Europäischen Parlaments zur kulturellen Zusammenarbeit in der Europäischen Union, in: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C72E vom 21.3.2002, S. 142–146, hier: S. 144.

¶ So der Historiker Leo Just in seiner Antrittsvorlesung „Lothringen und die Saar“, zit. nach: Bernd-A. Rusinek, Das Bonner Institut für Rheinische Landeskunde, in: Ulrich Pfeil (Hrsg.), Deutsch-französische Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen im 20. Jahrhundert, München 2007, S. 31–46, hier: S. 40.

¶ Vgl. Karl Ditt, Die Kulturraumforschung zwischen Wissenschaft und Politik. Das Beispiel Franz Petri (1903–1993), in: Westfälische Forschungen, 46 (1996), S. 73–176.

¶ Vgl. Ute Planert, Der Mythos vom Befreiungskrieg. Frankreichs Kriege und der deutsche Süden, Alltag – Wahrnehmung – Deutung 1792–1841, Paderborn 2007.

Rheinkrise von 1840, als die national-patriotische, antifranzösische Stimmung einen Höhepunkt erlebte, entstanden die bekanntesten patriotischen Lieder – nicht nur die „Wacht am Rhein“, sondern auch das „Lied der Deutschen“, unsere heutige Nationalhymne.

Hieran lässt sich exemplarisch zeigen, wie sich im Laufe des 19. Jahrhunderts in Frankreich und Deutschland unterschiedliche Vorstellungen vom Nationsbegriff durchsetzten: Die französische Idee entwickelte sich nach 1789 in einem klaren staatlichen Rahmen; demnach stellt die Nation, wie es der Philosoph Ernest Renan in seiner berühmten Rede aus dem Jahr 1882 definierte, ein „ständiges Plebiszit“ dar, wodurch jeder Einzelne, indem er aktiv an ihr teilnimmt, zu einem integrativen Bestandteil von ihr wird und sich mit ihr identifizieren kann.⁹ Im Gegensatz dazu entstand das deutsche Nationalbewusstsein vor allem während der Romantik, und damit zu einer Zeit, als es keine staatlich-politische Identifikationsmöglichkeit gab; demzufolge ist der Einzelne ohne sein Zutun aufgrund von Herkunft, Geschichte, Kultur und Sprache Mitglied einer Nation.¹⁰ Für diese Sichtweise ist die Bezugnahme auf die Vergangenheit, die Kultur und die Sprache, also letztlich auf einen imaginären „Kulturraum“ von entscheidender Bedeutung.

Zum „Kampfgebiet“ dieser unterschiedlichen Vorstellungen wurde ab 1870 das Annexionsgebiet Elsass-Lothringen: Die dortigen Bewohner wollten ursprünglich mehrheitlich Franzosen bleiben, so dass es zu einem großen Diskurs zwischen deutschen und französischen Wissenschaftlern kam, in welchem die einen beweisen wollten, dass jene aufgrund von Geschichte, Kultur und Sprache eindeutig Deutsche seien, während die anderen auf die gegenwärtige Situation verwiesen, um damit den Gegenbeweis anzutreten.¹¹

Im Hinblick auf das nationale Selbstverständnis sind Deutsche und Franzosen also

eher Antipoden, in dem Sinne, dass sich die deutschen Vorstellungen außerhalb einer staatlichen Realität entwickelten und eine entsprechende kulturelle Überhöhung fanden. Unter diesem Gesichtspunkt stehen sich zum Beispiel Deutsche und Polen wesentlich näher als Deutsche und Franzosen.

In diesem Kontext sollte auch erwähnt werden, dass der deutsche Kulturbegriff Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts bewusst in Opposition gegen die *Civilisation française* gestellt wurde: Während der westlichen „Zivilisation“ ein politisches und gesellschaftliches Sendungsbewusstsein unterstellt wurde, wurde der deutschen, der „abendländischen“ Kultur ein über der Politik und der Gesellschaftsordnung stehender, grundsätzlicher und unumstößlicher Anspruch zugesprochen. So erklärte Thomas Mann in seiner zu Beginn des Ersten Weltkriegs entstandenen Vorrede zu den „Betrachtungen eines Unpolitischen“: „Der Unterschied von Geist und Politik enthält den von Kultur und Zivilisation, von Seele und Gesellschaft, von Freiheit und Stimmrecht, von Kunst und Literatur; und Deutschtum, das ist Kultur, Seele, Freiheit, Kunst und nicht Zivilisation, Gesellschaft, Stimmrecht, Literatur. (...) Dieser Gegensatz bleibt auf Seiten des Deutschtums eine nur zögernd einzugestehende Tatsache des Gemütes, etwas Seelisches, nicht verstandesmäßig Erfasstes und darum Unaggressives. Auf Seiten der Zivilisation aber ist er politischer Haß: Wie könnte es anders sein? Sie ist Politik durch und durch, ist die Politik selbst, und auch ihr Haß kann immer nur und muß sofort politisch sein. Der politische Geist als demokratische Aufklärung und ‚menschliche Zivilisation‘ ist nicht nur psychisch widerdeutsch; er ist mit Notwendigkeit auch politisch deutschfeindlich, wo immer er walte.“¹² In gleichem Sinn wandten sich 93 deutsche Professoren im Oktober 1914 in ihrem Aufruf „An die Kulturwelt“ und forderten diese zur Unterstützung des deutschen Kampfes auf.¹³ Schon allein die Begriffe „Kultur“ und „Kulturraum“ deuten also auf relevante Unterschiede und lang währende Konflikte zwischen der „Staatsnation“ Frankreich und der „verspäteten Nation“ Deutschland hin.

⁹ Vgl. Patrick Cabanel, *Nation, nationalités et nationalismes en Europe, 1850–1920*, Paris 1995, S. 81 ff.

¹⁰ Vgl. Jörg Echternkamp, *Der Aufstieg des deutschen Nationalismus (1770–1840)*, Frankfurt/M.–New York 1998, S. 483.

¹¹ Vgl. Ansbart Baumann, *Die Erfindung des Grenzlandes Elsass-Lothringen*, in: Burkhard Olshowsky (Hrsg.), *Geteilte Regionen – geteilte Geschichtskultur(en). Muster der Identitätsbildung im europäischen Vergleich*, München 2013.

¹² Thomas Mann, *Betrachtungen eines Unpolitischen*, Berlin 1920, S. XXXIII f.

¹³ *An die Kulturwelt!*, 4. Oktober 1914, in: Klaus Böhme (Hrsg.), *Aufrufe und Reden deutscher Professoren in Ersten Weltkrieg*, Stuttgart 1975, S. 47 ff.

Politik bestimmt, nicht Kultur

Natürlich ist es müßig, mehr oder weniger fragwürdige Interpretationen über die Verwendung eines Begriffs anzustellen: Man kann sich selbstverständlich ungefähr vorstellen, was in der Agenda 2020 gemeint ist: Der Kulturraum wird hier mit Sicherheit nicht primär im kulturanthropologischen oder gar nationalen Sinn interpretiert, sondern eher als ein soziologisch identitätsstiftendes Element. Allerdings drängt sich dabei der Verdacht auf, dass jener „deutsch-französische Kulturraum“ vor allem die Beschwörung eines politischen Wunschgedankens darstellt und keineswegs eine vorhandene Realität beschreibt.

Man sollte nicht den Fehler begehen, die Uniformisierung, die derzeit in Frankreich und in Deutschland zu erleben ist, als Beweis für eine gemeinsame Kultur zu interpretieren. Diese Entwicklung hat viel mit Amerikanisierung und Westernisierung zu tun, aber eben auch mit den Konsequenzen aus einem gemeinsamen europäischen Markt – sie hat eben nicht nur die Verbreitung von McDonalds mit sich gebracht hat, sondern auch das Verschwinden der Bar-Tabacs, der französischen Landgasthöfe oder der charakteristischen deutschen Telefonzellen, dafür gibt es jetzt Aldi und Lidl in Frankreich und L’Occitane in Deutschland. Dies allein ist primär kein Indiz für eine gemeinsame kulturelle Basis, sondern für angegliche Rahmenbedingungen, die aber lediglich eine Grundlage bilden, auf der sich ein kultureller Austausch entwickeln kann, jenen aber mit Sicherheit nicht determiniert.

Selbstverständlich haben Deutsche und Franzosen eine gemeinsame Vergangenheit, teilen viele gemeinsame kulturelle Werte. Aber gemeinsame kulturelle Werte bewirken nicht automatisch ein Gemeinschaftsgefühl. Gerade ein Blick auf die deutsche Geschichte kann dies verdeutlichen: Gemeinsame kulturelle Werte haben beispielsweise 1866 Bayern, Sachsen und Württemberg nicht daran gehindert, einen Krieg gegen Preußen zu führen. Dass Bayern, Sachsen und Württemberger fünf Jahre später in einem Deutschen Reich vereinigt waren, war das Resultat politischer Entscheidungen.

Auch die deutsch-französische Aussöhnung nach 1945 war ein Akt des politischen Wil-

lens. Natürlich haben insbesondere zivilgesellschaftliche Organisationen Maßgebliches zu dem fortschreitenden Verständigungsprozess beigetragen, aber die Möglichkeiten, einen dafür notwendigen Handlungsspielraum zu haben, mussten von der Politik vorgegeben werden. Hier wurde eine wichtige Lehre aus der Zwischenkriegszeit gezogen, als es bereits ein bemerkenswertes zivilgesellschaftliches Engagement zugunsten eines kulturellen Austauschs zwischen Deutschland und Frankreich gab; jenes blieb jedoch elitären Bevölkerungsgruppen vorbehalten und konnte keine größere Breitenwirkung entfalten, da die breite politische Unterstützung fehlte.

Für die Qualität aller Austauschbeziehungen – gerade auch der kulturellen – kommt den von der Politik festgesetzten Rahmenbedingungen also tatsächlich eine Schlüsselrolle zu. Wenn in einem zentralen politischen Programm von einem „deutsch-französischen Kulturraum“ die Rede ist, sollte man sich daher schon die Frage stellen, was genau damit gemeint sein könnte und welche Maßnahmen möglicherweise im Laufe der zurückliegenden Jahre in der kulturpolitischen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern ergriffen wurden, um einen solchen zu schaffen. Hier sieht die Bilanz, wie bereits angedeutet, leider nicht besonders positiv aus.

Zunehmende Sprachlosigkeit

Zunächst einmal kommt man nicht umhin festzustellen, dass eine wesentliche Grundlage für Kontakte in der Kommunikation besteht. Allerdings scheint sich in dem deutsch-französischen Paar zunehmend eine gewisse Sprachlosigkeit breit zu machen, da immer weniger Deutsche Französisch und immer weniger Franzosen Deutsch lernen.

Dabei besteht gerade im Hinblick auf die Bedeutung, die man der Sprache innerhalb der Kultur zuspricht, ein weiterer eklatanter Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich: Für die französische Politik stand stets außer Zweifel dass das entscheidende Medium zum Transport der französischen Kultur die Sprache ist, weshalb auch entsprechende politische Maßnahmen ergriffen wurden: Mit Gesetzen wie dem „Loi Bas-Lauriol“ von 1975 und dem „Loi Toubon“ von 1994 sollten die Amerikanisierungstendenzen zumindest im

sprachlichen Bereich – und damit die Anwendung des „franglais“ – zurückgedrängt werden, wohingegen in Deutschland der umfangreiche Gebrauch „denglischer“ Worte (man denke nur an die pseudo-englische Bezeichnung „Handy“) sogar eher als schick gilt.

Auch auf internationaler Ebene war Frankreich stets um die Stellung der französischen Sprache bemüht – dies kam nicht nur in der Förderung der *Francophonie* zum Ausdruck, sondern auch in Bezug auf die Bedeutung des Französischunterrichts beim deutschen Nachbarn: Nachdem Französisch bis zum Jahr 1937 an höheren Schulen in Deutschland die erste unterrichtete Fremdsprache gewesen und erst unter den Nationalsozialisten aus ideologischen Gründen an den Rand gedrängt worden war, war die französische Regierung nach 1945 beständig um eine Reetablierung des Französischunterrichts in Deutschland bemüht. Die Verteilung der Besatzungszonen erschwerte jedoch die Ausgangssituation, so dass Französisch zunächst lediglich in der französischen Besatzungszone und im Saarland zur ersten Fremdsprache wurde. Seit 1955 unterzeichneten die Ministerpräsidenten der Bundesländer eine Reihe von Abkommen zur Vereinheitlichung des Schulwesens, in welchen sie sich stets auf das Englische als erste lebende Fremdsprache verständigten.¹⁴

Die französische Regierung versuchte, dieser Entwicklung entgegenzutreten, indem sie in den politischen Verhandlungen, vor allem im Kontext der Unterzeichnung des deutsch-französischen Kulturabkommens von 1954 und des Élysée-Vertrags von 1963, auf der Forderung bestand, dass jeder deutsche Schüler die Möglichkeit haben müsse, Französisch als erste Fremdsprache zu erlernen; allerdings konnten sich beide Seiten bereits im Élysée-Vertrag lediglich darauf einigen, sich zu „bemühen, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Zahl der deutschen Schüler, die Französisch lernen, und die der französischen Schüler, die Deutsch lernen, zu erhöhen“.¹⁵

¹⁴ Vgl. Ansbert Baumann, *Der sprachlose Partner. Das Memorandum vom 19. September 1962 und das Scheitern der französischen Sprachenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Revue d'Allemagne*, (2002) 34, S. 55–76.

¹⁵ Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit, in: *Bundesgesetzblatt II*, 1963, S. 705–710, hier: S. 709.

Tatsächlich ging der Unterricht in der Sprache des Partners seither in beiden Ländern kontinuierlich zurück, so dass inzwischen sogar der Spanischunterricht dies- und jenseits des Rheins eine größere Frequentierung erfährt. Bezeichnenderweise zeigt sich die Agenda 2020 in diesem Punkt eher zurückhaltend: Zwar sollen bis 2020 mindestens 200 zweisprachige deutsch-französische Kindertagesstätten eingerichtet und die Anzahl zweisprachiger Hochschulkurse verdoppelt werden, aber die allgemeine Aussage, die im Hinblick auf den Fremdsprachenunterricht gewählt wurde, bleibt sehr bescheiden: „Das Erlernen der Sprache des Partnerlands muss angeregt und gefördert und eine engere Verbindung beider Bildungssysteme angestrebt werden.“¹⁶

Kultureller Code in Gefahr

Auch im wissenschaftlichen Austausch, der ja ebenfalls eine wichtige Bedeutung für einen gemeinsamen Kulturraum haben müsste, sind die Kontakte insgesamt rückläufig – ein Indikator hierfür ist beispielsweise, dass immer weniger wissenschaftliche Werke in die Partnersprache übersetzt werden. Hinzu kommt, dass Wissenschaftsbeziehungen häufig direkt von politischen Entscheidungen abhängig sind: Viele wichtige Mittlerinstitutionen haben unter stark gekürzten Budgets zu leiden, und es ist schwierig zu sagen, ob die jeweiligen Mittelkürzungen einen rückläufigen Austausch verursacht oder berücksichtigt haben.

Weiterhin erschweren strukturelle Unterschiede in beiden Ländern – beispielsweise im Hinblick auf die Autonomie der Hochschulen, aber auch hinsichtlich der Kontakte zwischen Intellektuellen und Politik – häufig eine intensivere Annäherung. Schließlich haben gerade im wissenschaftlichen Bereich auch manche nationale Entscheidungen starke Rückwirkungen: Wenn beispielsweise in einem so zentralen Feld wie der Energiepolitik unterschiedliche Wege beschritten werden, hat dies zweifelsohne Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen für den wissenschaftlichen Austausch (zu denken ist hier etwa an die Verteilung staatlicher Fördergelder für wissenschaftliche Projekte).

¹⁶ Deutsch-Französische Agenda 2020 (Anm. 1).

Gerade anhand des Themas Energiepolitik wird, ebenso wie im Hinblick auf die derzeitigen europapolitischen Diskussionen, deutlich, dass sich die Politik in beiden Ländern stärker auf national ausgerichtete Ziele zu konzentrieren scheint. Dies ist eine Entwicklung, die auch im kulturellen Bereich greifbar wird, zumal die weltpolitischen Veränderungen der vergangenen 20 Jahre die großen ideologischen Fragen, welche zuvor einen grenzüberschreitenden Konsens begünstigt hatten, immer stärker in den Hintergrund gerückt haben. Demgegenüber hat eine profitable, unterhaltsame Massenkultur zunehmend an Boden gewonnen, die zwar im globalisierten Gewand in Erscheinung tritt, meistens aber nur nationale Inhalte transportiert. Diese breitenwirksame Variante der Kultur geht eher verächtlich mit als elitär empfundenen kulturellen Werten um.

Aber wie man es auch dreht und wendet: Die deutsch-französische Aussöhnung war, ebenso wie die europäische Integration, von Anfang an ein Projekt der Eliten. Der dem französischen Außenminister Robert Schuman zugeschriebene und vom Germanisten Pierre Bertaux überlieferte Satz „Man ist nicht Europäer von Geburt, sondern man wird es durch Bildung“,¹⁷ ist heute noch genauso gültig wie vor 50 Jahren – gerade und besonders im Hinblick auf den kulturellen Austausch. Insofern wird man nicht umhin kommen, festzustellen, dass wenn der beispielsweise aus humanistischen Idealen und einem bestimmten Bildungskanon bestehende kulturelle Code der europäischen Eliten verloren zu gehen droht, dies Auswirkungen auf die europäischen und die deutsch-französischen Kulturbeziehungen haben muss – auch hier ist die Bildungspolitik gefordert!

Grenzen und Perspektiven der Gemeinsamkeit

Wir erleben aber nicht nur eine Renationalisierung der Kultur, sondern auch der Geschichte und des Gedenkens: In Frankreich wird über ein Haus der französischen Nati-

onalgeschichte gestritten und öffentlich über die Rolle des französischen Kolonialismus debattiert, in Deutschland erreichen Sende-reihen zur Geschichte der Deutschen und Filme über Friedrich den Großen oder Erwin Rommel mit Starbesetzung Rekordeinschalt-quoten. Diese Entwicklung ist wenig verwunderlich, wenn man bedenkt, dass Ernest Renan schon 1882 festgestellt hat, dass das gemeinsame Erinnern als identitätsstiftendes Element auch ein gemeinsames Verdrängen erfordert – hinsichtlich einer übernationalen oder gar europäischen Gedenkkultur sollte man daher eher skeptisch sein.¹⁸

Auf übernationaler europäischer Ebene könnte so – nicht im Sinne einer Glorifizierung, sondern im Sinne einer gemeinsam erlebten und dadurch verbindenden Geschichte – durchaus an die Kreuzzüge, eventuell an die sogenannte Türkenabwehr, oder mit Abstrichen auch an den Kolonialismus gedacht werden; aber die kollektive Erinnerung an die Jahre 1940 bis 1945 wird beispielsweise in Deutschland und Frankreich mit Sicherheit noch für lange Zeit unterschiedlich konnotiert sein. Ob hier gemeinsame Projekte wie das deutsch-französische Geschichtsbuch auf lange Sicht eine Änderung bewirken können und ob ein solches gemeinsames Geschichtsbild überhaupt wünschenswert wäre, sei dahingestellt.

Um es nochmals klar zu sagen: Die Politik kann für den kulturellen Austausch lediglich die Rahmenbedingungen vorgeben – dies ist aber nicht wenig, und die Situation ist somit ähnlich der im wirtschaftlichen Bereich. Aber genauso wie im Laufe der 1990er Jahre politisch sehr viel unternommen wurde, um die Liberalisierung der Märkte voranzubringen und sich viele Politiker vor diesem Hintergrund heute vielleicht allzu oft auf die Allmacht der Märkte berufen, die ja primär ein Resultat von entsprechenden politischen Entscheidungen ist, so sollte sich die Politik auch im Bereich der Kultur nicht aus ihrer Verantwortung stehlen: Letztlich ist es eben doch eine politische Entscheidung, wie viele Französisch- oder Deutsch-

¹⁷ Pierre Bertaux, *Mutation der Menschheit 1963/64*, in: Rüdiger Hohls/Iris Schröder/Hannes Sigrist (Hrsg.), *Europa und die Europäer. Quellen und Essays zur modernen europäischen Geschichte*, Stuttgart 2005, S. 304.

¹⁸ Vgl. Andreas Wirsching, *Die Ungleichzeitigkeit der europäischen Erinnerung*, in: Zsuzsa Breier/Adolf Muschg (Hrsg.), *Freiheit, ach Freiheit ... Vereintes Europa – geteiltes Gedächtnis*, Göttingen 2011, S. 150–153.

lehrer eingestellt werden, wie die Lehrpläne aussehen, welche Projekte bezuschusst werden und anderes mehr.

Selbstverständlich ist beispielsweise die nachhaltige Förderung des Fremdsprachenunterrichts wesentlich kostenaufwendiger als ein spektakuläres Projekt wie das deutsch-französische Geschichtsbuch, und es ist auch klar, dass die Politik mit den finanziellen Ressourcen verantwortungsvoll umgehen muss. Daher mag es Gründe dafür geben, dass sowohl Deutsche als auch Franzosen nur noch Englisch lernen und sich dann möglicherweise auf diesem Wege verständigen können; man sollte aber den Mut haben, derartige Überlegungen offen anzusprechen, um einen gesellschaftlichen Diskurs über die Bedeutung des Fremdsprachenunterrichts überhaupt erst zuzulassen.

Letztlich geht es bei den kulturellen Beziehungen ja um die Frage, in was für einer Gesellschaft wir, Deutsche und Franzosen, le-

ben und wie wir sie weiterentwickeln wollen. Eine konstruktive Debatte zu solch tief greifenden Fragen ist aber nur von unterschiedlichen Standpunkten aus möglich und verträgt mit Sicherheit keinen Relativismus und keine Nivellierungen. Schon allein deswegen ist die Vorstellung von einem „deutsch-französischen Kulturraum“ wenig erstrebenswert und kein Vorbild für die „Schaffung eines gemeinsamen kulturellen Raums in Europa“,¹⁹ zumal kultur- und ideengeschichtlich Deutschland und Frankreich in vielerlei Hinsicht eher Gegenmodelle sind. Europa hat seinen kulturellen Fortschritt dem fortwährenden Austausch kulturell unterschiedlich geprägter Menschen zu verdanken; ein „deutsch-französischer Kulturraum“ und noch mehr ein „europäischer Kulturraum“ wäre demgegenüber eine Schwächung des eigenen Potenzials. Das kann eigentlich niemand wollen.

¹⁹ Deutsch-Französische Agenda 2020 (Anm. 1).

Bensberger
Gespräche

bpb:
Bundeszentrale für
politische Bildung

**Energiepolitik am
Scheideweg – nationale
und globale Dimensionen
der geostrategischen
Herausforderungen**

04.–06. Februar 2013
Bergisch Gladbach/ Bensberg

Anmeldung:
www.bpb.de/bensbergergespraech

„APuZ aktuell“, der Newsletter von

Aus Politik und Zeitgeschichte

Wir informieren Sie regelmäßig und kostenlos per E-Mail über die neuen Ausgaben.

Online anmelden unter: www.bpb.de/apuz-aktuell

APuZ

Nächste Ausgabe 4–5/2013 · 21. Januar 2013

Alternde Gesellschaft

C. Tesch-Römer · S. Wurm · F. Berner · E. Schmitt · H. von Vieregge

Aktives, altes Deutschland?! Drei Beiträge

Bettina Lamla · Martin Gasche · Axel Börsch-Supan

Anmerkungen zur Diskussion über Altersarmut

Monika Alisch · Michael May

Netzwerke der Selbstorganisation und Selbsthilfe

Michael Isfort

Anpassung des Pflegesektors zur Versorgung älterer Menschen

Bettina Munimus

Politische Partizipation älterer Menschen

Beate Schultz-Zebden

Sexualität im Alter

Susanne Schmid

Bevölkerungsentwicklungen in Deutschland und weltweit

Gerhard Naegele

Handlungsfelder einer zukunftsgerichteten Alterssozialpolitik

Reimer Gronemeyer

Demenz: Wir brauchen eine andere Perspektive!



Die Texte dieser Ausgabe stehen – mit Ausnahme der Abbildungen – unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland.

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn



Redaktion

Dr. Asiye Öztürk
Johannes Piepenbrink
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Anne Seibring
Sarah Laukamp (Volontärin)
Telefon: (02 28) 9 95 15-0
www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
19. Dezember 2012

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurahessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißenfelsstraße 84
04229 Leipzig

Abonnement-service

Aus Politik und Zeitgeschichte wird
mit der Wochenzeitung **Das Parlament**
ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schüle-
rinnen und Schüler, Studierende, Auszubil-
dende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fs-medien.de

Nachbestellungen

IBRo
Kastanienweg 1
18184 Roggentin
Telefax (038204) 66 273
bpb@ibro.de
Nachbestellungen werden bis 20 kg mit
4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen
in **Aus Politik und Zeitgeschichte**
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

Ulrich Pfeil

3–8 **Zur Bedeutung des Élysée-Vertrags**

Das im Élysée-Vertrag formulierte Ziel einer „gleichgerichteten Haltung“ im außenpolitischen Handeln wurde zwar nie erreicht. Doch gelang es Deutschland und Frankreich, die Grundlage für einen in die Zukunft weisenden Anfang zu schaffen.

Clemens Klünemann

9–16 **„Eiserner Kanzler“ und „Grande Nation“**

Dass deutsche und französische Selbst- und Fremdwahrnehmungen bisweilen miteinander kollidieren, ist keinesfalls als Defizit anzusehen. Es ist eine Chance, das eigene Selbstverständnis durch die Wahrnehmung des anderen zu reflektieren.

Corine Defrance

16–22 **Die Meistererzählung von der „Versöhnung“**

Trotz der realen Grundlagen der Verständigung und Kooperation ist die deutsch-französische Versöhnung eine erzählerische Fiktion, welche die Wirklichkeit inszeniert. Erinnerung entzweit die Länder nicht mehr, sondern verbindet sie.

Wolfram Hilz

23–29 **Von „Merkozy“ zu „Merkollande“?**

Die Qualität des deutsch-französischen Verhältnisses bemisst sich auch daran, inwiefern beide Länder gemeinsam zum Wohl der Europäischen Union wirken. Die Aufgabe ist nach dem Wechsel von Sarkozy zu Hollande nicht einfacher geworden.

Daniela Schwarzer

30–36 **Deutschland und Frankreich und die Krise im Euro-Raum**

Trotz politischer und ökonomischer Auffassungsunterschiede kam es in der Euro-Krise zu keinem Zerwürfnis zwischen Berlin und Paris. Solange sie die Eurozone erhalten wollen, haben beide kaum Alternativen zur Kompromissfindung.

Claire Demesmay

37–42 **Hat der deutsch-französische Bilateralismus Zukunft?**

Wollen Deutschland und Frankreich auch künftig den Takt der europäischen Integration vorgeben, darf sich ihre Zusammenarbeit nicht nur auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik beschränken. Zudem gilt es, die anderen EU-Partner einzubeziehen.

Gregory Dufour

43–47 **Grenzüberschreitende Kooperation am Beispiel Lothringen**

Mit dem Saarland, Rheinland-Pfalz, Luxemburg und Wallonien pflegt Lothringen eine grenzüberschreitende Kooperation. Die Großregion ist ein wertvolles Experimentierfeld sowohl für das deutsch-französische Paar als auch für die EU.

Ansbert Baumann

48–54 **Ein kritischer Zwischenruf zur Kulturpolitik**

Mit der 2010 verabschiedeten Agenda 2020 sollte unter anderem auch der „deutsch-französische Kulturraum“ gestärkt werden. Es ist jedoch zweifelhaft, ob es diesen gibt, ob er vielleicht möglich oder überhaupt wünschenswert ist.